



AIB

2V 7426 E

2,- DM

April
Nr. 4 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Revolution in Mittelamerika

Nikaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras



Zimbabwe: Wahlsieg der Patriotischen Front



Inhalt:

AIB-Aktuell: Bonn und Afghanistan	3
Mittelamerika – El Salvador	
Ulrich Rupp: Revolutionäre Koordination vor dem Volksaufstand	4 – 8
Grundpositionen des Revolutionären Volksblocks (BPR)	7
Proklamation der revolutionären Einheit	9 – 11
Guatemala	
Hanne Denk: Zuspitzung nach der Botschaftsstürmung	12 – 13
Manifest der Guerillaarmee der Armen	13
Nikaragua	
Jutta Weber: Sandinistischer Aufbau	14 – 15
CIA-Destabilisierungsplan in Nicaragua – nach dem „Modell Chile“	15
Nikaragua: Erfahrungen, Lehren	
Rodney Arismendi: Nikaraguanischer Völkerfrühling	16 – 17
Honduras	
Manifest der Patriotischen Front von Honduras	18 – 19
Zimbabwe	
Rainer Falk: Der Sieg der Patriotischen Front	20 – 23
Robert Mugabe: „Unsere sozialistischen Prinzipien“	21
Fode Amadou: Wo steht Zimbabwes Wirtschaft?	22
Tunesien-Aufruf	23
Angola	
Politbüro der MPLA-Partei der Arbeit: Erklärung zur Lage im südlichen Afrika	24 – 25
Afghanistan	
Bouzid Kouza: Zwölf Tage in Kabul	26 – 28
Gespräch mit Babrak Karmal	27
Iran	
Wolfgang Ritter: Trends unter Präsident A. Bani-Sadr	29
Erdölpolitik	
Wolfram Brönnner / Paul Maaskola: Die Ölkrise – Werk der OPEC? (2. Teil)	30 – 33
Entwicklungsländer/UNO	
Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung: Aufschrei der Völker der Entwicklungsländer (3. Teil)	34 – 36
Rezensionen/Filme: Kampuchea-Filme	38
Kurzinformationen: Surinam, Liberia, Türkei, Libanon	39
Kommentar: Was bringt der Brandt-Bericht?	40



AIB
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (064 21) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 20.3.1980
Es arbeiten weiter mit: N. Biver, H. Denk, R. Hegewald, M. Hellmann, H. Mayer, W. Ritter, U. Rupp, J. Seiffert-Witt, B. Schmidt, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen: Neue Stimme, Das Argument, Die Neue, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, medico international, Unsere Zeit

ASK-Unterschriftenkampagne: James Mange retten!



Am 15. November 1979 wurde der 24-jährige James Mange, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und seiner bewaffneten Organisation Umkhonto we Sizwe, in Pietermaritzburg von der Rassistenjustiz zum Tode verurteilt. Auf „Hochverrat“ lautete die Urteilsbegründung, die Teilnahme an einem „Gewaltverbrechen“ konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Da für dieses Urteil die bloße Mitgliedschaft im ANC und die politische Überzeugung J. Manges herangezogen wurden, kommt es – verglichen selbst mit dem Todes-Urteil gegen Solomon Mahlangu, das am 6.4.1979 vollstreckt wurde – noch einer neuerlichen Verschärfung der politischen Justiz in Südafrika gleich.

Daß es gelungen ist, für James Mange ein Berufungsverfahren durchzusetzen, ist als ein erster Erfolg internationaler Solidaritätsaktivitäten zu werten. Auch 55 Bundestagsabgeordnete wandten sich in einem Telegramm an den südafrikanischen Ministerpräsidenten P.W. Botha gegen das Urteil und die Folter an inhaftierten Afrikanern.

In einem Aufruf vom 11. März d.J. appellierte das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) an alle progressiven Kräfte der Bundesrepublik die Vollstreckung dieses Urteils durch Proteste zu verhindern:

- durch Briefe und Telegramme an den Bundeskanzler (Bundeskanzleramt, 5300 Bonn);
- Protestschreiben an die südafrikanische Regierung (Prime Minister P.W. Botha, Union Buildings, Pretoria, Südafrika);
- Solidaritätsschreiben an die Frau James Manges (Mrs. Pauline Mange, 889 Cental Western Jabuva, Johannesburg, Südafrika);
- Beteiligung an der Unterschriftenkampagne des ASK, mit der die Bundesregierung dazu gebracht werden soll, ihren Einfluß in Pretoria zugunsten James Manges geltend zu machen; Material kann jederzeit beim ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. (Tel.: 0611 - 234659) angefordert werden, die Unterschriften sollten bis zum 1. Mai d.J. an das ASK geschickt werden.

AIB-Aktuell: Bonn und Afghanistan

„Im Rahmen eines westlichen Gesamtkonzepts“ will die Bundesregierung „angemessene Antworten auf die sowjetische Intervention in Afghanistan“ geben. Dabei „wollen wir arbeitsteilig vorgehen. Das heißt, daß sich jeder von uns auf dem Hintergrunde gemeinsamer Ziele und übereinstimmender Interessen auf diejenigen Beiträge konzentriert, zu denen er besonders berufen oder befähigt ist“.

Schon diese Wendung aus der Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Schmidts vom 28. Februar d.J. macht einen Grundzug der Bonner Position in der gegenwärtigen Afghanistankrise deutlich: Im Grundsätzlichen – in H. Schmidts Worten: „die Möglichkeiten der Einwirkung auf das Verhalten der Sowjetunion“ zu vermehren – herrscht Einigkeit. Differenzen mit den USA gab oder gibt es allenfalls über die Methoden, die „gemeinsamen Ziele“ möglichst effektiv zu erreichen. Bereits die Art der Reaktion auf die Verkündung der Carter-Doktrin (detaillierte Einschätzung siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.) Ende Januar d.J. bestätigte dies: Die Bonner Verärgerung über Washington bezog sich darauf, daß US-Präsident J. Carter ohne vorherige Konsultationen mit den westlichen Verbündeten neue Regeln für das Ost-West-Verhältnis verkündet hatte. Nun machte H. Schmidt in punkto Entspannung Abstriche: In der Washingtoner Abschlusserklärung Carter-Schmidt ist nicht mehr die Rede von der Fortsetzung der Entspannungspolitik.

Auch bei dem Streit zwischen der SPD/FDP-Regierung und dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten F.J. Strauß geht es allenfalls um Nuancen. In ihren Reden und Stellungnahmen versuchen sich beide Seiten mit Bekundungen prinzipieller Solidarität mit den Vereinigten Staaten zu übertrumpfen. Nur erscheint bei F.J. Strauß die Darstellung der Absichten der Sowjetunion in grellerem Licht. F.J. Strauß: „Das Ziel des Einmarsches in Afghanistan ist die Schaffung eines zusammenhängenden Einfluszbereichs bis zu den Grenzen Südafrikas.“ Einigkeit besteht in Bezug auf die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan; nur daß H. Schmidt an ein „westliches Gesamtkonzept“ die Hoffnung knüpft, „den Schaden in Europa zu bewahren“.

Die Frage, die sich hier stellt, lautet: Ist eine Politik der Solidarität mit den USA geeignet, die negativen Auswirkungen der durch die Carter-Administration systematisch zugespitzten Weltkrise auf den Entspannungsprozeß in Europa zu neutralisieren oder ist es nicht vielmehr umgekehrt so, daß die Solidarität mit den USA das gegen den Entspannungsprozeß gerichtete Obstruktionspotential noch verstärkt?

Die Gestalt des „westlichen Gesamtkonzepts“ und der „Arbeitsteilung“ hat inzwischen, besonders nach der USA-Reise H. Schmidts Anfang März d.J., konkretere Züge angenommen: In der Frage der von J. Carter betriebenen Olympiaboykotts ist die Bundesregierung de facto auf die US-Linie eingeschwenkt, wenn sie auch ihre letztendliche Entscheidung bis auf Mai 1980 hinausgeschoben hat. In der Frage des Wirtschaftsboykotts will Bonn „bestehende Verträge“ einhalten. Denn, so H. Schmidt: „Ein Abbruch solcher Lieferbeziehungen... ließe sich erst nach einer Reihe von Jahren wieder korrigieren.“ F.J. Strauß wischt demgegenüber die Bedenken der Großindustrie mit der Bemerkung von Tisch: „Das Geschäft muß innerhalb der Grenzen verantwortbarer Politik sein und darf nicht zum Selbstzweck werden.“

Solidarität mit den USA?

Einigkeit sowohl zwischen H. Schmidt und F.J. Strauß als auch zwischen J. Carter und Schmidt/Strauß besteht im Bekenntnis zum NATO-Langzeitprogramm und zum Brüsseler Raketenbeschluß vom 12.12.1979, welche die materielle Basis für eine neue „Politik der Stärke“, die mit der Carter-Doktrin verkündet wurde, schaffen sollen.

Keine Silbe des Protests war bislang auch aus Bonner Kreisen zum neuen Militärinterventionismus der USA und der damit für sozialrevolutionäre Befreiungskämpfe verbundenen Bedrohung zu vernehmen. Im Gegenteil: Dies entbindet den westdeutschen Imperialismus davon, aktuell militärisches Potential in den „Krisenregionen“ zum Einsatz zu bringen und verschafft ihm Spielraum zur Übernahme von spezifischen Aufgaben an anderen Flanken und auf anderen Bereichen. Dazu gehört die Bereitwilligkeit, mit der unser Land zum größten Raketenlagerplatz Westeuropas gemacht werden soll, oder die vorgesehene Verdoppelung der Fregattenkapazität der Bundesmarine. Mit der Aufrüstung der Bundeswehr um jährlich real 3% soll langfristig den USA und Großbritannien freie Hand bei der Ausführung überseeischer Militärsaktionen verschaffen.

Einen spezifischen Beitrag zur internationalen Systemsicherung hat



Hilfssheriff F. J. Strauß auf USA-Tournee

die Bundesregierung an der NATO-Südflanke übernommen: Hier ist sie federführend beim Versuch einer ökonomischen Stabilisierung und bei der militärischen Aufrüstung der Türkei. 1,2 Mrd Dollar westlicher Krisenhilfe für die Türkei wurden Mitte März d.J. zugesagt, wovon die BRD und die USA je 300 Mio Dollar beisteuern wollen.

Bei seiner Beteiligung am internationalen Krisenmanagement sucht Bonn enge Zusammenarbeit mit den EG-Staaten, wobei diese z.Zt. intensivsten mit Frankreich praktiziert wird. Nachdem Schmidt und V. Giscard d'Estaing in einer gemeinsamen Erklärung im Februar d.J. versucht haben, „Elemente für ein gemeinsames Handeln des Westens zu erarbeiten“ (H. Schmidt), mit dem der westeuropäische Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an der Eindämmung sowjetischen Einflusses oder was man dafür hält unterstrichen wurde, hat kurze Zeit darauf die EG-Außenministerkonferenz in Rom ihren Vorschlag für ein „neutrales“ oder „blockfreies“ Afghanistan unterbreitet.

Dieser Neutralisierungs-Vorschlag ist schon deshalb kaum mehr als ein Täuschungsmanöver, weil sich durch die sowjetische Afghanistanhilfe, die auf wiederholtes Drängen und Bitten der afghanischen Regierung und auf der Grundlage eines bilateralen Beistandsabkommens erfolgte, am nichtpaktgebundenen Status dieses Landes nicht ein Jota geändert hat. Jedenfalls widersprechen derartige Beziehungen nicht den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit.

Im Rahmen der verstärkten außenpolitischen Zusammenarbeit der EG muß auch V. Giscard's Reise an den Persischen Golf gesehen werden, die durch das spektakuläre Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser die Türen zu einer Wiederbelebung des Euro-Arabischen Dialogs öffnen sollte. Der Festigung des westeuropäischen Einflusses mit besonderem Blick auf die Sicherstellung der Ölzufuhr soll ebenso der Abschluß von Kooperationsabkommen mit den arabischen Scheichtümern und dem Irak dienen, den Bonn gegenwärtig in der EG vorantreibt.

Damit würde nach dem Lome-Abkommen mit den AKP-(Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und dem in der ersten Märzwoche 1980 in Kuala Lumpur unterzeichneten Abkommen zwischen der EG und den ostasiatischen ASEAN-Staaten eine dritte Region der Dritten Welt vertraglich mit Westeuropa verbunden. Welche greifbaren Vorteile dies dem Westen bringen kann, zeigt die dort verabschiedete gemeinsame politische Erklärung, in der sich die ASEAN-Länder, nachdem sie zuvor bereits als Initiator der UN-Resolutionen zu Kambodscha und Afghanistan in Erscheinung getreten sind, voll hinter die EG-Position in Sachen Afghanistan gestellt haben.

Daß Bonn sich mit seinen Vorstellungen zur westlichen Arbeitsteilung mit Hilfe Frankreichs gegenüber den USA weitgehend durchgesetzt hat, erspart ihm jedoch nicht den Vorwurf an der Mitverantwortung für die Verschärfung der internationalen Spannungen. Was unter dem Strich bleibt, ist lediglich die Bewahrung des Spielraums für eigenständige Expansionsbestrebungen. Im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern muß Bonn sich den Vorwurf gefallen lassen, durch sein bedingungsloses Festhalten am Brüsseler Raketenbeschluß nicht nur Chancen für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses (siehe die Berliner Abrüstungsinitiative L.I. Breschnews im Oktober 1979) leichtfertig ausgeschlagen, sondern darüber hinaus Rückschläge in Bezug auf das Erreichte mit einkalkuliert zu haben.

Mittelamerika - El Salvador

Nachdem im Juli 1979 die sandinistischen Guerilleros als Sieger in Managua Einzug hielten (siehe AIB, Nr. 7-8 und 9/1979), zeichnen sich nun in den nördlichen Nachbarländern Nikaraguas, El Salvador, Guatemala, Honduras die Konturen eines heraufziehenden „revolutionären Sturmes“ ab. Wie sehr der nikaraguanische Volkssieg dem revolutionären Prozeß auf dem mittelamerikanischen Isthmus Impuls und Beispiel zu sein vermag, zeigen unsere Beiträge von R. Arismendi und J. Weber an. Eine erste praktische Konsequenz dieser Beispielwirkung ist die seitherige Formierung von Einheitsfronten der revolutionären und demokratischen Kräfte in El Salvador, Honduras und Guatemala (siehe nachstehende Länderanalysen und Dokumente).

Im Brennpunkt aber steht augenblicklich El Salvador, das Land mit der größten Bevölkerungsdichte, dem höchsten Industrialisierungsgrad und der wohl stärksten Arbeiterbewegung unter den genannten Ländern. Hierfür legte der eintägige Generalstreik vom 17. März d.J. Zeugnis ab. Er legte das Wirtschaftsleben des gesamten Landes lahm. Erstmals lag ihm die Aktionseinheit aller revolutionären und demokratischen Kräfte zugrunde. Und er erbrachte den untrüglichen Nachweis, daß die seit Jahresbeginn in den Organen der Revolutionären Koordination vereinigten Linkskräfte (siehe nachstehenden Beitrag von U. Rupp und Dokumente, denen in AIB, Nr. 5/1980 ein Interview mit dem Generalsekretär der FAPU folgen wird) über eine starke Massenverankerung verfügen. Aktionen wie der Generalstreik vom 17. März d.J. oder die Massendemonstration der 150.000 in San Salvador vom 23.1.1980 wurden zudem begleitet von zunehmenden Guerillaaktivitäten – und dies in einer akuten Krisensituation des Regimes. Einen Vorgeschmack auf den näherrückenden Volksaufstand gab Anfang März d.J. die Guerillaorganisation Revolutionäres Volksheer (ERP), als sie die mit 1000 Mann besetzte Kaserne der Nationalgarde im Norden San Salvadors stürmte.

Die im Volk isolierte Junta wußte sich nur mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und einer kolossalen Verschärfung der Repression zu helfen. Während des Generalstreiks gingen allein 80 Todesopfer auf ihr Konto. Die Forderungen während des Generalstreiks des 17. März nach Beendigung des Terrors (seit Januar d.J. forderte er 1000 Tote), nach Zurückweisung der angekündigten halbherzigen Agrarreform und nach Beendigung der zunehmenden äußeren Einmischung (vorab seitens der USA, Israels und Venezuelas) verdienen eine stärkere internationale Beachtung.

Ulrich Rupp

Revolutionäre Koordination vor dem Volksaufstand



Mitte Juni 1979, auf dem Höhepunkt der Endoffensive der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung (FSLN) in Nicaragua zeichnete sich schon die existenzielle Krise der salvadoranischen Romero-Diktatur ab. Sie resultierte aus einem stark anwachsenden Volkswiderstand, der mit dem Sieg der nikaraguanischen Revolution zusätzlichen Auftrieb erfuhr und dessen Wurzeln in einer sozialen Notstandssituation und rigiden politischen Unterdrückung zu suchen sind. In einem Land, in dem gerade 1% der Bevölkerung 60% der landwirtschaftlichen Nutzflächen besitzen, sind 58% der Bevölkerung mit einem Monatseinkommen von 10 Dollar zu einem Elendsdasein verurteilt. 10% der arbeitsfähigen Bevölkerung El Salvadors sind ständig arbeitslos, weitere 30% finden nur während der 140 Tag dauernden Erntesaison Beschäftigung. Die Hälfte der Kinder stirbt noch vor Erreichen des fünften Lebensjahres an Unterernährung oder Krankheit. 10.000 Einwohnern stehen nur 3 Ärzte zur Verfügung.¹

Das Miteinander von Massen- und Guerillaaktionen

Zum Anstoßpunkt des forcierten Kampfes gegen diese soziale Ungerechtigkeit war im Mai 1979 die gewaltsame Auflösung einer Demonstration geworden, bei der man 19 Menschen auf den Stufen der Kathedrale in der Hauptstadt ermordete. Dies geschah während der Revolutionäre Volks-

block (BPR) die Botschaften Venezuelas und Frankreichs besetzt hielt, um auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen und die Einstellung des Terrors der Romero-Diktatur zu fordern.

Der gegenwärtig rund 100.000 Mitglieder umfassende BPR entstand 1975 und vereinigt die verbotenen Gewerkschaftsverbände Vereinigung der Landarbeiter (UTC) und Christliche Föderation Salvadorianischer Bauern (FECCAS), die Vereinigung der Slumbewohner (UPT), Studenten- und Frauenorganisationen sowie das Komitee der Eltern politischer Gefangener. Mit den Volksbefreiungskräften – Farabundo Marti (FPL) wird dem Revolutionären Volksblock auch die derzeit wohl stärkste Guerillaorganisation als bewaffneter Arm nachgesagt. Schwerpunkt in der politischen Arbeit des BPR ist die Landbevölkerung.

Zu den Hauptforderungen des BPR gehören die Senkung des Pachtzinses, Lohnerhöhungen für Arbeiter und Einführung besserer Sozialleistungen, aber auch die Freilassung der politischen Gefangenen und Aufklärung des Schicksals Hunderter verschwundener Patrioten. Darüber hinaus fordert der Revolutionäre Volksblock die verstärkte Mobilisierung der Bevölkerung in Stadtteilkomitees, die sich perspektivisch zu einer revolutionären Massenorganisationsfront entwickeln ließen, sowie schließlich eine Volksregierung zum Sozialismus hin (siehe Kasten zu den BPR-Grundpositionen).

Zunehmender Terror, dem alleine im Juli 1979 52 Personen zum Opfer fielen, bewirkte nicht das von der Diktatur er-

hoffte Zurückweichen der Opposition.² Vielmehr festigte sich ihre Geschlossenheit. So gab Reynaldo Cruz Menjia, Mitglied der die Arbeiterschaft zusammenfassenden zweiten großen Massenorganisation Einheitliche Volksaktion (FAPU) bekannt, daß sich am 21.9.1979 der BPR, die FAPU und die Volksligen 28. Februar zur „Breiten Front der revolutionären und demokratischen Kräfte“³ zusammenschlossen hätten. Auch letztere unterhalten je einen Guerillaverband: Während die Streitkräfte des Nationalen Widerstands (FARN) der FAPU zugerechnet werden, gilt das Revolutionäre Volksheer (ERP) als bewaffnete Abteilung der Volksligen 28. Februar (LP-28).

Gerade aus dem hierin angelegten Zusammenwirken von politischem Massenkampf und Guerillaaktionen schöpfte der Volkswiderstand seine anwachsende Breite und Schlagkraft. Und dieser Kampf wurde beflügelt durch den Triumph der sandinistischen Revolution im Juli 1979. Wie FAPU-Repräsentant R. Cruz Menjia betonte, führte man ihn mit der Orientierung, „die Opposition herauszubilden und breitere Kreise der Bevölkerung einzubeziehen, um zu einem Volksaufstand gleich dem der in Nicaragua Somoza verjagt hat, zu kommen.“⁴

Vor diesem Hintergrund entwickelte der Revolutionäre Volksblock auf seinem Kongreß im September 1979 ein neues Offensivkonzept des fortdauernden Volkskampfes zum Sturz der Romero-Diktatur, gaben sich die drei Guerillaorganisationen FPL, FARN und ERP im September 1979 ein einheitliches Kommando.

Umso hektischer reagierten die USA, zeichnete sich hier doch eine Wiederholung der Vorgänge in Nicaragua ab. Staatssekretär W. Bowdler für Lateinamerika und der stellvertretende US-Außenminister V.P. Vaky fanden sich zu mehreren geheimen Treffen in El Salvador ein. Es galt, rechtzeitig die Möglichkeiten zu prüfen, inwiefern man eine reformistische Öffnung in El Salvador herbeiführen und gleichzeitig Humberto Romero zum Rücktritt auffordern könne. So präsentierten die USA einen Plan, der vorgezogene Präsidentschaftswahlen, eine politische Amnestie und das Rückkehrrecht der im Exil Lebenden sowie wirtschaftlich-soziale Reformen beinhaltet.

Die Opposition entlarvte diesen Plan, der letztlich am Widerstand der mächtigen Landbesitzeroligarchie El Salvadors scheiterte, als ein Manöver der Carter-Administration und der herrschenden Oberschicht in einer für beide prekären Situation. Washington suchte durch rechtzeitige „Öffnungs“-Maßnahmen einer revolutionären Explosion wie in Nicaragua vorzubeugen, indem es seine vorbehaltlose Stützung des Romero-Regimes aufgab.

Dessen fortschreitende Isolierung äußerte sich einmal in einem Generalstreik Ende September/Anfang Oktober 1979 in der Hauptstadt San Salvador gegen den rechten Terror als Antwort auf die Ermordung von vier Gewerkschaftsführern der FECCAS. Sie äußerte sich weiter im Zustandekommen einer Allianz, des Volksforums zwischen der kleinbürgerlichen Christdemokratischen Partei (PDC), der als Massenorganisation der illegalen Kommunistischen Partei El Salvadors (PSC) fungierenden Nationaldemokratischen Union (UDN), der sozialdemokratisch-reformistisch orientierten Nationalen Revolutionären Bewegung (MNR), der LP-28 und der FAPU-Gewerkschaft Fenestras im Oktober 1979.

Das Intermezzo der „Reform“-Junta

In dieser Übereinkunft, die zur „Aktionseinheit gegen das Regime“ aufrief, forderte das Volksforum insbesondere die Auflösung der für die Morde an Landarbeitern verantwortlichen paramilitärischen Organisationen Phalange, Union der Weißen Krieger und Nationale Demokratische Organisation (ORDEN), ferner eine Generalamnestie, Freilassung der politischen Gefangenen und der Verschwundenen.

Mit dem am 15.10.1979 inszenierten Putsch gegen Romero und der Etablierung einer Junta, suchten reformistische Kräfte mit US-amerikanischem Rückhalt einem Umsturz durch die demokratische Bewegung vorzubeugen, diese mit Kompromißangeboten aufzusplintern, andererseits aber auch, einem denkbaren Rechtsputsch zuvorzukommen.⁵

Wesentlich bei der Charakterisierung der neugebildeten Junta, die sich aus den Militärs Adolfo Arnado Mejano und Jaime Abdul Gutierrez, dem Privatunternehmer Mario Andino,



11. Januar 1980: Meeting zur Gründung der Revolutionären Massenkoordination durch die Führungen der Massenorganisationen (v. l. n. r.) BPR, FAPU, UDN und LP-28

dem der Christdemokratie nahestehenden Universitätsrektor Roman Mayorga Quiroz und dem Sozialdemokraten Guillermo Manuel Ungo zusammensetzte, war in der Tat ihre vorübergehende maßgebliche Einflußnahme auf die Haltung der Opposition. Denn ihr zum damaligen Zeitpunkt verheißungsvolles Programm zur Einleitung einer Agrarreform, der Säuberung des Staatsapparates und der Streitkräfte von allen faschistoiden Elementen der Romero-Diktatur führte zu anfänglichen Rissen in der Oppositionsfront.

Auf der einen Seite lehnte die FAPU einen Dialog mit der Junta ab, hielt sie an Besetzungen von Kirchen weiter fest. Und die FARN kündigten an, ihren Kampf fortzuführen, „bis eine volksdemokratische und revolutionäre Regierung eingesetzt ist, die den Weg zum Sozialismus und zu einer wahren Volksvertretung geebnet hat“.⁶ Auf der anderen Seite beteiligte sich das Volksforum zunächst einmal an der Regierung der neuen Junta, allerdings ausgenommen die LP-28 und Fenastras, die aus dem Volksforum ausscherten. Die UDN stellte anfangs einen Minister. Der Revolutionäre Volksblock schloß im November 1979 ein Abkommen mit der Junta, das neben der Ankündigung einer Preisreduzierung für Massenkonsumgüter an Zusagen enthielt, die Löhne für Arbeiter zu erhöhen und das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Vorbehaltlich der Erfüllung dieses Abkommens hob der BPR seine Besetzung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums auf. Die ERP und die Volksligen 28. Februar stellten vorübergehend ihre Guerillaaktivitäten ein.

Bald machte sich jedoch Ernüchterung über die Glaubwürdigkeit der Junta breit. Schon die Ankündigung einer Eskadron des Todes, sie wolle alle Linken aufhängen, hätte ein Alarmsignal für die Junta sein müssen, energisch gegen den rechten Terror vorzugehen.⁷ Stattdessen ließ man den Terrorgruppen, hinter denen der gegen eine Agrarreform und Verstaatlichung des Außenhandels kämpfende Unternehmerverband ANEP sowie die Front der Großgrundbesitzer und Agroindustriellen standen, freie Hand.

Neuerlich aufflammende Kämpfe und Botschaftsbesetzungen waren die Folge. Landarbeiter besetzten Plantagen, um die zügige Einleitung der Agrarreform zu fordern.

Anfang Januar 1980 kapitulierten schließlich zwei zivile Junta-Mitglieder und legten auch 10 Minister und andere hohe Staatsbeamte ihre Ämter nieder. Sie erklärten, daß die Militärs die beim Sturz Romeros gemachten Zusagen für so-



Junta-Militärs J. A. Guierrez (l.) und A. Majano; ausgestiegenes Junta-Mitglied G. M. Ungo (M.)



Meeting der Revolutionären Massenkoordination

ziale Reformen nicht gehalten hätten. Zudem seien Soldaten mehrfach gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden. Damit waren auch für die Linksopposition alle Möglichkeiten für eine eventuelle Durchsetzbarkeit grundlegender progressiver Veränderungen über eine eigene Regierungsbeteiligung oder über die Unterstützung einer radikalisierten Juntapolitik abgeschnitten.

Am 10.1.1979 gaben die Nationalleitungen der wichtigsten politisch-militärischen Organisationen auf einem geheimen Treffen die Gründung eines Organs der Revolutionären Koordination bekannt. In ihrem Grundsatzdokument, der Proklamation der revolutionären Einheit (voller Wortlaut nachstehend) äußerten die FPL, die FARN und die PCS ihre Absicht zur fortschreitenden organisatorischen Vereinigung.

Linkseinheit zur bewaffneten Volksrevolution

Alle anderen revolutionären Gruppen wurden zum Beitritt zur Revolutionären Koordination aufgerufen. Ihr wurde die Funktion beigemessen, den politischen und militärischen Widerstand anzuleiten, zu koordinieren. So orientiert die Proklamation unmißverständlich darauf, „daß das Volk von El Salvador alle seine Kräfte vereinigen muß, wenn es seine Befreiung erreichen will. Die einzig wirkliche und wirksame Alternative zur Lösung der nationalen Krise ist die bewaffnete Volksrevolution... Bewaffneter Kampf heute, Sozialismus morgen!“ Und die Revolutionäre Koordination nahm Kurs auf die Schaffung einer revolutionären Volksregierung, die sich auf das Bündnis von Arbeitern und Bauern zu stützen habe.

Tags darauf manifestierten die Führungen der legalen Massenorganisationen BPR, FAPU, Volksligen 28. Februar und UDN auf einem Massenmeeting in San Salvador ihr Unterstützung für die Proklamation der Revolutionären Koordina-

Grundpositionen des Revolutionären Volksblocks (BPR)

(...)Der Revolutionäre Volksblock (BPR) ist z.B. eine Vereinigung von acht Organisationen aus verschiedenen Sektoren. Sie haben sich auf der Basis übereinstimmender strategischer Prinzipien vereinigt. Unsere gemeinsame Planung baut auf dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern auf und richtet sich nach der proletarischen Ideologie. An dieses grundlegende Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern müssen sich die anderen Volksgruppen anschließen, wie die Angestellten, die Marktfrauen, Slumbewohner usw.

Das Problem der Einigung der Linken in El Salvador ist ziemlich komplex. Man kann es nicht auf eine romantische Art lösen, indem man abstrakt von Einheit redet, ohne sich auf konkrete spezifische Bedingungen des Landes, die Art der Revolution, die man anstrebt, sowie die gewünschten Veränderungen zu beziehen.

Wir planen eine Volksregierung zum Sozialismus hin, daher muß das Volk Werkzeuge schaffen, die seinen Triumph auch nach der Machtübernahme garantieren. Diese Werkzeuge sind noch nicht entwickelt, nämlich eine Volksarmee, eine Marxistisch-Leninistische Partei und eine revolutionäre Massenorganisationsfront. Diese Werkzeuge muß sich das Volk im Laufe des revolutionären Prozesses schaffen, und ebenso eine marxistisch-leninistische Avantgarde, die es während des ganzen Kampfes anführt und orientiert, denn man kann nicht drei Tendenzen an der Macht haben. Das ist ein ernstes Problem. Wir werden nicht die Macht erkämpfen, um dann untereinander weiterzukämpfen. (...)

Ganz konkret plant der Block für die jetzige Zeit nach dem Putsch (vom 15.10.1979; d. Red.), für materielle Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes zu kämpfen, d.h. Kampf gegen die hohen Lebenshaltungskosten, für Lohnerhöhungen, aber auch für die Freiheit der politischen Gefangenen usw. Das bedeutet, alle unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes aufzugreifen als Mittel, um das Bewußtsein des Volkes zu heben, zumal manche Sektoren des Volkes noch sehr unter dem Einfluß reformistischer Gedanken stehen oder noch gar kein politisches Bewußtsein haben.

In diesem Sinne plant die Organisation das Bewußtsein des Volkes auf eine politische Ebene zu heben und zwar eben für den Kampf für die am meisten empfundenen Bedürfnisse des Volkes. Dies ist auch der Weg, um weitere Sektoren in den revolutionären Prozeß miteinzubeziehen und damit auch die Absicht der Junta zu vereiteln, mit bürgerlicher und imperialistischer Propaganda die Entwicklung des Bewußtseins des Volkes zu behindern. (...)

Sandinistische Einheit als Beispiel

Die Revolution in Nicaragua z.B. war ganz anders als die, die sich in El Salvador anbahnt. Dort gab es als Organisation, die FSLN, mit drei internen Richtungen. Hingegen gibt es in El Salvador drei Volksorganisationen (gemeint sind BPR, FAPU und die Volksliga 28. Februar; d. Red.), die zu verschiedenen Zeiten in Erscheinung treten und unterschiedliche Perspektiven aufwerfen.

Wir haben aber denselben Feind vor uns, erkennen dieselben vor uns liegenden Etappen im revolutionären Prozeß, sehen denselben Charakter der Reaktionen usw. Die Einheit, die wir erreichen wollen, soll nicht aus Verhandlungen entstehen, sondern aus dem Kampf selbst. Dafür steht auch Nicaragua als Beispiel. Die Einigung der drei Tendenzen der FSLN entstand im Kampf selbst, aufgrund konkreter gemeinsamer Planung. In El Salvador ist dieser Prozeß im Entstehen begriffen, mit anderen Merkmalen. (...)

Ich möchte noch eine Bemerkung bezüglich der konkreten Aufgaben machen, die uns jetzt bevor stehen. Der BPR hält angesichts des taktischen Schachzuges des Imperialismus in unserem Lande, um die Volksbewegung aufzuhalten, folgende Aufgaben für sehr wichtig: Erstens, den Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschwundenen voranzutreiben. In diesem Moment werden diverse Mobilisierungen mit diesem Ziel vorgenommen. So wurden z.B. manche Straßenaktionen initiiert, wie die Besetzung des Eingangs zum Parlament oder die Besetzung des zentralen Parks La Libertad durch die FAPU (Einheitliche Volksaktion; d. Red.), um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, bei denen die Junta aber nicht nachgeben wird.

Die zweite wichtige Aufgabe, die das Volk verwirklichen muß, ist die Bildung von Stadtteilkomitees, um den am meisten empfundenen Interessen und Bedürfnissen der Menschen, die in einzelnen Stadtteilen wohnen, Gehör zu verschaffen und um diese Menschen zu organisieren. Heute wird gerade diese Aufgabe sehr ernst genommen und diese Arbeit der Organisation der Volkskomitees in den einzelnen Stadtteilen kommt schnell voran.



Die dritte Aufgabe besteht darin, die Einheit des Volkes voranzutreiben, um dem Volk noch größere Kraft zu geben, um dem Imperialismus und der Bourgeoisie in unserem Land noch größere Schläge zu versetzen. Ganz konkret muß auch die Organisation der salvadoranischen Frauen und ihre Eingliederung in den revolutionären Prozeß vorangetrieben werden. Letzte Woche fand schon eine Demonstration der Frauen statt, an der sich über 5000 Demonstrantinnen beteiligten. Wie meinen, daß es eine fundamentale Aufgabe ist, die Frauen, als einen ausgebeuteten Teil unseres Volkes in die Reihen der konsequenten Organisationen zu integrieren. Dasselbe gilt auch für einige Sektoren aus den Mittelschichten, wie die Marktfrauen oder die Staatsangestellten, die ebenfalls von der Unterdrückung durch den Kapitalismus und den Imperialismus betroffen sind. (...)
(Quelle: Interview des mexikanischen Solidaritätskomitees mit einem namentlich nicht genannten BPR-Vertreter, o.O., 2.12.1979)



Hauptstadt San Salvador: Guerilleros im Straßenkampf

tion.⁸ Sie konstituierten ihrerseits ein legales Leitungsorgan für die Massenarbeit, die Revolutionäre Koordination der Massen mit einer eigenen politischen Plattform.

In einem kurz darauf der Öffentlichkeit vorgelegten Programm für eine demokratisch-revolutionäre Regierung forderten die vier Massenorganisationen die Beendigung der Repression, die Auflösung der Terrororganisationen, die Nationalisierung der Banken, des Außenhandels und der Monopolunternehmen sowie eine wirkliche Agrarreform. Das Regierungsprogramm solle in erster Linie den Interessen der Arbeiterklasse gerecht werden, die Beteiligung der Volksmassen am Aufbau eines demokratischen Staates sichern und alle demokratischen Freiheiten garantieren.⁹

Demgegenüber erwies sich die Aufnahme von christdemokratischen Politikern in die Junta von vornherein als fraglich und umstritten. Sie gerieten auch von Seiten der Reaktion unter Beschuß. Generalstaatsanwalt und PDC-Führer Mario Zamora Rivas wurde von einem rechtsgerichteten Kommando ermordet, weitere 15 Funktionäre landeten auf einer Todesliste.¹⁰

Dieser Angriff der Reaktion entsprang dem Versuch, die PDC-Politiker aus der Junta zu treiben und gegen eine politisch isolierte Junta, die dem ultrarechten Terror, der im Januar und Februar d.J. 600 Tote forderte, machtlos gegenüberstünde, einen Rechtsputsch auszulösen.

Einbezogen in einen solchen Plan waren u.a. der stellvertretende Verteidigungsminister Oberst Nicolas Carranza, der Kommandeur der Nationalgarde Eugenio Vides Casanova sowie der Gründer und Führer der 80.000 Mann starken zwar verbotenen aber nicht entwaffneten ORDEN, General Jose Alberto Medrano.¹¹

Da helfen auch die Beteuerungen der Carter-Administration nicht viel, sie suchte einem solchen Putsch vorzubeugen. Denn ihre derzeitigen Aktivitäten in und um El Salvador laufen auf eine Begünstigung bzw. Rückendeckung für die rechtsgerichteten Kräfte hinaus. So sprach sich US-Staatssekretär W. Bowdler bei Visiten in den Nachbarstaaten El Salvadors dafür aus, daß Guatemala und Honduras ihre Truppen an der Grenze zu El Salvador verstärken sollten mit dem Ziel, „einen militärischen Schutzgürtel um den zentral-amerikanischen Staat zu legen“.¹² Das kann nichts anderes heißen, als daß die USA eine Invasion in El Salvador vorbereiten. Ende 1979 hatten die USA bereits für den Fall einer Wiederholung des nikaraguanischen Revolutionsbeispiels den Einsatz ihrer Eingreiftruppe gegen die salvadoranische Volksbewegung angedroht.

Zur Ermunterung des US-Interventionismus hielt sich Anfang März d.J. fast die gesamte Führung der salvadoranischen Industrie- und Plantagenbesitzerverbände in Washington auf, „um die Amerikaner für eine Unterstützung einer rechtsgerichteten Militärregierung zu gewinnen und sie zu

einer direkten Intervention in Mittelamerika zu ermutigen“. Angeblich sei ansonsten eine „kommunistische Machtübernahme“ nicht mehr zu verhindern.¹³

Damit verbunden ist auch die Stimulierung der salvadoranischen Rechten. So klagte der Erzbischof von San Salvador Oscar Arnulfo Romero jüngst die USA der massiven Einflußnahme an und warnte davor, daß die verstärkte Militärhilfe für die Junta gegen Linkskräfte eingesetzt werden könnte. Am 12. März d.J. wies er gegenüber der mexikanischen Zeitung Excelsior zudem darauf hin, daß die Militärhilfe Washingtons aus großangelegten Waffen- und Munitionstransporten bestehe. Kein Wunder, daß O.A. Romero von der salvadoranischen Ultrarechten prompt mit der Ermordung bedroht wurde.

Auch die finanzielle Unterstützung der USA geht weiter. So kündigten die USA die Bereitstellung eines 49,8 Mio Dollar Kredits an, um einen Versuch zu unternehmen, „die strahlende neue Regierung zu stützen und eine Machtübernahme der Linken abzublocken“.¹⁴

Die Carter-Administration scheint aus ihrem Nikaragua-Debakel wenig gelernt zu haben. Sie schreitet offenbar unaufhaltsam dem nächsten revolutionären Volksaufstand in Mittelamerika entgegen.

Anmerkungen:

- 1) D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 190/191; US News & World Report, Washington, 20.8.1979; Neue Zürcher Zeitung-Fernaussgabe, Zürich, 19.2.1980
- 2) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 15./16.9.1979
- 3) Vorwärts, Basel, 18.10.1979
- 4) Ebenda
- 5) Vgl. hierzu: IHT, 27.8.1979
- 6) Granma Weekly Review, Havanna, 4.11.1979
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.10.1979
- 8) Barricada, Managua, 13.1.1980
- 9) Die Tageszeitung, 28.2.1980; Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Berlin, 27.2.1980
- 10) IHT, 25.2.1980
- 11) Granma Weekly Review, 24.3.1980
- 12) FAZ, 29.1.1980
- 13) FAZ, 8.3.1980
- 14) IHT, 15.2.1980



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

- Ich bestelle AIB-SH 1/1980
 Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr. . .

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

4/1980

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,-DM.

Jahresabo 20,- DM inkl. Porto.

Bitte ausfüllen und einsenden an:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. (06421) 24672

Proklamation der revolutionären Einheit

I. DIE REVOLUTIONÄRE EINHEIT – EINE ERRUNGENSCHAFT UNSERES HEROISCHEN VOLKES

Wir, der Nationale Widerstand (FARN), die Volksbefreiungskräfte – Farabundo Martí (FPL) und die Kommunistische Partei El Salvadors (PCS), haben im vollen Bewußtsein unserer historischen Verantwortung und darüber, daß die Einheit ein unentbehrlicher Schritt für den Triumph des Volkskampfes ist, beschlossen, ein Organ der Revolutionären Koordination zwischen unseren nationalen Leitungen zu schaffen mit dem Ziel, einen Prozeß zunehmender Koordination der Politik und des Kampfes unserer drei Organisationen einzuleiten.

Mit dieser Übereinkunft streben wir den fortschreitenden organisatorischen Zusammenschluß unserer Gruppen an und allen wahrhaft revolutionären Organisationen unseres Landes steht es offen, sich daran zu beteiligen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß das Volk von El Salvador alle seine Kräfte vereinigen muß, wenn es seine Befreiung erreichen will; es braucht die kämpferische Einheit seiner revolutionären Kräfte, seiner demokratischen Kräfte, aller patriotischen, aufrechten und progressiven Männer und Frauen.

Die Gründung dieses Koordinationsorganes ist ein entscheidender Schritt, ein bestimmender Beitrag auf dem Weg zur Errettung unseres Vaterlandes aus der Unterdrückung, der Ungerechtigkeit und der imperialistischen Vorherrschaft und ein wichtiger Beitrag zur Erlangung der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der wirklichen nationalen Unabhängigkeit, der Volksbefreiung und des Friedens.

Die Einheit unserer Organisationen vervielfacht die Kraft unseres Volkes, bestärkt sein patriotisches Streben und bringt den Moment seiner Befreiung näher. Allein diese Absicht liegt unserer Übereinkunft zugrunde, und wir haben damit einem Wunsch des salvadoranischen und mittelamerikanischen Volkes, einer Forderung von immer breiteren Teilen unserer Gesellschaft entsprochen.

II. DIE HISTORISCHEN WURZELN UNSERES KAMPFES

Der heroische Kampf, den das salvadorianische Volk heute für seine Befreiung führt, hat tiefe historische Wurzeln. Die heroischen Taten unseres Volkes lassen sich zurückverfolgen bis zu den Tagen des zähen Widerstandes gegen das spanische Joch, und die Schlachten sind unzählbar, die es für seine Unabhängigkeit (proklamiert 1821; d. Red.), für sein Recht auf Land, Brot und Ausbildung, für demokratische Freiheiten, gegen die Herrschaft des Yankee-Imperialismus und für den endgültigen Triumph seiner revolutionären Hoffnungen geschlagen hat.

Der Kampf für die Unabhängigkeit von Spanien und gegen die Annexion Mittelamerikas durch das Imperium Iturbides (1821-23 Staatsoberhaupt des unabhängig gewordenen Mexiko, dem El Salvador zunächst eingegliedert wurde; d. Red.); der Aufstand der Nonualcos, geführt von Anastasio Aquino, zur Erlangung der Gleichberechtigung und zur Beendigung der barbarischen Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer; die enthusiastische Beteiligung am Heer Morazans (guatemalteckischer Führer der Liberalen beim Aufstand von 1826; d. Red.), um die Vorherrschaft der konservativen Reaktion niederzuringen und Mittelamerika (1823-38 gehörte El Salvador den Vereinigten Provinzen von Mittelamerika an; d. Red.) unter liberalem und demokratischem Banner zu vereinigen; die Beteiligung an dem Krieg, den die Brudervölker des Isthmus gegen William Walker führten, den Söldner der expansionistischen und unterjochenden Ambitionen der Yankees, die beabsichtigten, sich Mittelamerikas zu bemächtigen (Mexikanisch-Nordamerikanischer Krieg 1846-48, wobei die USA 2/3 des mexikanischen Territoriums annektierten; d. Red.); der bäuerliche Widerstand gegen den Raub der gemeinschaftlichen und kommunalen Böden; dieses sind die Marksteine in der Geschichte der Volkskämpfe im vergangenen Jahrhundert.

In diesem Jahrhundert stellte sich das salvadorianische Volk auf der



Basis dieser demokratischen Traditionen der 14jährigen grausamen Herrschaft der Melendez Quinones entgegen; seine besten Söhne schlossen sich unter Führung von Augustin Farabundo Martí dem, ruhmreichen Kampf des Generals der Freien Männer, Augusto Cesar Sandino (im nikaraguanischen Befreiungskrieg 1930-33; d. Red.), gegen die nordamerikanischen Invasoren an und sie beteiligten sich am Arbeiter- und Bauernaufstand (in El Salvador; d. Red.) von 1932, der im Blut von 30.000 Werktätigen erstickt wurde. Der Militär- und Volksaufstand und der Generalstreik vom April und Mai 1944 beendeten die Tyrannei der Martinisten (benannt nach dem Militärdiktator General Hernandez Martinez 1931-44; d. Red.); die Schlachten gegen den Tyrannen Osmin Aguirre in den Bergen von Ahuachapán im Dezember 1944; die kämpferischen Mobilisierungen, die der tyrannischen Herrschaft des Obersten Lemus (Präsident 1956-60; d. Red.) den Garaus machten; die andauernden und heroischen Kämpfe der Arbeiter, Bauern, Lehrer, Angestellten und Studenten für die Wiedererlangung ihrer Rechte boten und bieten noch immer erfolgreich der von der Militärdiktatur entfesselten blutigen, repressiven Gewalt die Stirn. All diese Beispiele beweisen den ungebrochenen Kampfgeist unseres Volkes und bezeugen seine kämpferische Tradition.

Während der letzten Jahrzehnte ist die Zahl der im Kampf gefallenen heldenhaften Revolutionäre ins Unermeßliche gestiegen: Saul Santiago Contreras, Jose Dimas Alas, Felipe Pena, Clara Elizabeth Ramirez, Lyl Milagro Ramirez, Manuel Rivera, Rafael Arce Zablah, Rafael Aguinada, Victor Manuel Sanchez und viele andere, bekannt die einen, anonym die meisten, die ihr Leben in vorbildlicher Weise für die gerechte Sache der Volksbefreiung hingegeben haben. Ihr Opfer wird Millionen von Salvadoianern und den kommenden Generationen ein Leben in einer gerechten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Elend ermöglichen.

Unsere Organisationen sind die Erben dieser patriotischen, demokratischen und revolutionären Traditionen unseres Volkes, der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Wir sind entstanden und haben uns entwickelt unter den unausgesetzten Schlägen unserer erbittertesten Feinde. Wir waren von Anfang an fest und unzertrennlich mit der großen Mehrheit unseres Volkes vereint, durch ihre moralische und materielle Hilfe sind wir gewachsen und stark geworden. Aus diesem Grunde konnte es und wird es auch in Zukunft unseren Feinden nicht gelingen, und zu zerstören. Wir vereinigen die entschlossensten und bewußtesten Vertreter der Interessen unseres Vaterlandes und des Volkes und zusammen mit der Mehrzahl der Volksorganisationen verkörpern wir das Ergebnis aller Erfahrungen aus den ausgedehnten historischen Kämpfen.

In diesem entscheidenden Moment unserer nationalen Geschichte verfügen wir über mehr Stärke, Erfahrung, Entschlossenheit und

Fähigkeit denn je, um den endgültigen Sieg im Kampf des Volkes von El Salvador zu organisieren und zu leiten.

III. DIE OLIGARCHIE HAT DEN FRIEDLICHEN WEG VERSPERRT UND DEM VOLK DIE GEWALT AUFGEZWUNGEN

Während der letzten 25 Jahre und in besonderem Maße seit Ende der 60er Jahre ist der Kampf des salvadoranischen Volkes ausdauernder, systematischer und organisierter, bewußter und kämpferischer geworden.

Im Laufe dieser Intensivierungsperiode hat unser Volk friedliche Mittel angewandt, um die durch die Verfassung gebotenen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Umgestaltung zum Wohle der großen Mehrheit zu nutzen. Bei der Beteiligung an Wahlen waren aber Betrug, Erpressung und Repression die Antwort, die das Volk erhielt (durch Verfälschung der letzten Wahlen vom Februar 1977 war die oppositionelle Koalition UNO, bestehend aus Christdemokraten, Kommunisten u.a., um den Sieg betrogen worden; d. Red.). Die Oligarchie, ihre Agenten wie militärischen und politischen Instrumentarien versperrten diesen friedlichen Weg, nahmen dem salvadoranischen Volk die Möglichkeit, seine historischen Hoffnungen und Ziele ohne Blutvergießen zu verwirklichen.

Diese historische Erfahrung war nicht umsonst: die große Mehrheit machte auf diese Weise die unersetzliche Schule harter eigener Erfahrungen durch und begriff so, daß die Veränderung des Landes, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit nur errungen werden können, wenn die Macht einer Handvoll unersättlicher großer Ausbeuter, Henker und Vaterlandsverräter entrissen wird; daß es dazu notwendig ist, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen und das legitimste und oberste Recht eines Volkes anzuwenden: das Recht auf Erhebung.

Das salvadoranische Volk hat die Gewalt nicht gesucht. Sie wurde ihm von der Oligarchie und der ihr gehorsamen, verbrecherischen Militärtyrannie aufgezwungen. Zur Gewalt des herrschenden Systems, das die Werktätigen zu Hunger, Elend, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit — was die Unterernährung unserer Kinder mehrt, die elementarsten Rechte unserer Bevölkerung negiert — verurteilt, gesellte sich die stetige militärische Aggression gegen das unbewaffnete Volk, insbesondere von seiten der Sicherheitskräfte (in diesem Zusammenhang sei beispielsweise an die Ereignisse in Chinamequita, La Cayetana und in Tres Calles im Jahre 1974 erinnert). Mit den als „antiaufständischer Krieg“ bezeichneten Aktionen wurde versucht, alle Forderungen und Kämpfe der großen Mehrheit im Blut zu erstickern.

Dadurch wurde in unserem Volk das Bewußtsein geweckt, daß ihm kein anderer Weg bliebe als sich zu bewaffnen und zu organisieren, um so auf die Aggression zu antworten und seine Kämpfe, seine Errungenschaften und sein Recht zur Veränderung der Gesellschaft zu verteidigen.

Auf diese Weise wurde der bewaffnete Kampf ein allgemeiner und unlöslicher Bestandteil des politischen Kampfes; formierte und vervielfachte sich die revolutionäre Guerilla, vervielfachten vermehrten sich in breitem Maße Selbstverteidigungsorgane der Massen bis hin zur Gründung der Miliz und der Inangriffnahme des Aufbaus des Volksheeres. Nunmehr stellt die revolutionäre Gewalt in jeder Hinsicht ein nicht wieder rückgängig zu machendes Recht des salvadoranischen Volkes dar.

Die Oligarchie und ihre Helfershelfer rufen heute heuchlerisch nach „Frieden“; sie fordern, daß unser Volk auf seine Rechte verzichtet, sich unter ihrer grausamen Herrschaft beugt, daß es widerspruchslos die Auslieferung und Ausplünderung seines Vaterlandes hinnimmt. Ihren Frieden wollen sie dem Volk mit Hilfe von Blutbädern, Entführungen, Einkerkern und Verbannung aufzwingen; es ist dies ein Friedhofsfrieden. Wir, die FPL, die FARN und die PCS kämpfen, fest und unverbrüchlich mit dem Volk verbunden, für einen Frieden in Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit. Zusammen mit dem Volk werden wir kämpfend diesen gerechten Frieden erringen.

IV. DIE NATIONALE KRISE IST TIEFGREIFEND UND KANN NICHT DURCH FLICKEN UND MASSAKER ÜBERWUNDEN WERDEN

Die aktuelle salvadoranische Gesellschaft ist so strukturiert, daß einige wenige im Überfluß leben können, die imperialistischen Mächte uns ungestört berauben können und ein kleine Clique ihre unbarmherzige Herrschaft aufrechtzuerhalten vermag. Aber diese ökonomisch-sozialen Strukturen befinden sich zur Zeit in einer tiefen Krise.

Diese Krise erstreckt sich auf die Besitz-, Produktions- und Distributionsverhältnisse; auf die kommerzielle, finanzielle und technologische Abhängigkeit vom Imperialismus; auf die Ausbeutung durch die transnationalen Niederlassungen auf nationalem Boden. Durch die Wirtschaftskrise, welche die ganze kapitalistische Welt erlebt, wird

unsere nationale Krise noch verschärft.

Auch die Militärdiktatur, die uns als Statthalter der Oligarchie und des Imperialismus seit nun schon 48 Jahren unterdrückt, wird von dieser Krise unentrinnbar erfaßt. Schon seit langer Zeit führt das Volk den Kampf dagegen, weiterhin von dieser blutigen Militärregierung beherrscht zu werden.

Die politische Krise verschärft die Wirtschaftskrise, wodurch eine Beschleunigung der Kapitalflucht, der Stillstand und sogar die Rückwärtsentwicklung der nationalen Wirtschaft bewirkt werden. Die überkommenen juristischen und ideologischen Instrumente der herrschenden Klassen zur Beeinflussung und Beherrschung der werktätigen Massen sind zerstört. Das Zeichen unserer Zeit ist die wachsende Volksrebellion.

Alles in allem sind die eigenen Reihen der herrschenden Klassen und ihres Militärapparates brüchig geworden.

Der Heroismus des Widerstands und Kampfes unseres Volkes haben den von der Bourgeoisie erstrebten Ausweg aus der Krise, der die Installierung einer faschistischen oder faschistoiden Herrschaft zur blutigen Unterdrückung und Ausrottung der revolutionären Organisationen und Kämpfer vorsah, verhindert.

Auch der Versuch, eine sog. dritte historische Alternative, die des Reformismus aufzubauen, schlug fehl. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom 15. Oktober (1979, Etablierung einer militärisch-zivilen Junta; d. Red.) haben bewiesen, daß die Krise auf diesem Wege, wie ihn sich einige Sektoren des Imperialismus, der Bourgeoisie und des Mittelstandes vorstellen, nicht zu überwinden ist.

Die Anstrengungen, die derzeit mit der entschiedenen Unterstützung durch die US-Regierung zur Rettung des reformistischen Projektes unternommen werden, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die reaktionärsten Teile der Oligarchie und des Imperialismus, die Parteigänger der Konterrevolution, entziehen dem bürgerlichen Reformprojekt ihre Unterstützung und versuchen, dem Land einen völkermörderischen Krieg aufzuzwingen, der die Ausrottung von Zehntausenden von Intellektuellen und einfachen Menschen aus dem Volk bedeuten würde.

Indem wir unsere warnende Stimme erheben, versichern wir gleichzeitig, daß es den konterrevolutionären Kräften nicht gelingen wird, die revolutionäre Volksbewegung zu zerschlagen, sondern daß sie selbst durch die starke Hand des geeinten und bewaffneten Volkes geschlagen werden.

V. DIE VOLKSREVOLUTION — EINZIG WIRKLICHER AUSWEG

Um Irrtümer auszuschließen, sei noch einmal betont: die einzig wirkliche und wirksame Alternative zur Lösung der nationalen Krise zum Wohle des Volkes ist die bewaffnete Volksrevolution, deren Kräfte im Kampf vervielfacht werden.

Diese Revolution wird kein Akt der Rache sein, sondern der Gerechtigkeit und befreienden Veränderung; durch sie werden dem ganzen Volk seine Freiheiten und seine demokratischen Rechte gesichert, wird der Aufbau einer wirklichen Demokratie ermöglicht werden; die Ländereien werden unter der großen Mehrheit auf dem Lande verteilt, unter denen, die sie bearbeiten und die den Boden urbar machen; die wahrhaftige nationale Unabhängigkeit wird erobert, durch die unser Volk sein Recht auf freie Entscheidung über sein Schicksal zurückerhält; durch diese und weitere grundlegende Veränderungen werden würdige materielle und kulturelle Lebensbedingungen für das werktätige Volk gesichert sein.

Diese großen Aufgaben können nur realisiert werden, wenn zuvor die Revolution triumphiert, d.h. wenn sie die Macht erringt, die schimpfliche, korrupte und blutige Maschinerie der Militärtyrannie zerstört und auf der Grundlage der Volksmacht eine revolutionäre, demokratische und antiimperialistische Regierung errichtet.

Dieses sind die strategischen Ziele der Revolution, für die unsere Organisationen zusammen mit den avantgardistischsten Kräften des Volkes kämpfen.

Um dieser Revolution zum Sieg zu verhelfen, haben wir beschlossen, mit unserem Zusammenschluß den Prozeß der Vereinigung aller revolutionären Kräfte und der Vereinigung dieser mit allen demokratischen Kräften, Zivilisten und Militärs, Religiösen und Weltlichen, in Gang zu bringen.

Die revolutionären und demokratischen Kräfte sind die zwei großen Strömungen, aus denen der Kampf des salvadoranischen Volkes hervorgeht. Diese beiden Strömungen zu vereinen bedeutet, das Volk zu einen, es ihm zu ermöglichen, alle seine Potenzen und Fähigkeiten zu nutzen und die breitestmögliche internationale Solidarität zu gewinnen mit dem Ziel, den mächtigen und grausamen Gegner zu isolieren und zu besiegen.

Die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte ist eine dringende Notwendigkeit, eine unerläßliche Voraussetzung für die Befreiung des salvadoranischen Volkes und muß schnellstens erreicht werden.

Wir wenden uns an die progressiven Sektoren der Kirche und des Militärs, der oppositionellen Parteien, an die unabhängigen, gewerkschaftlichen und Berufsorganisationen im allgemeinen, an alle Intellektuellen und demokratischen Persönlichkeiten, seien sie Mitglieder einer bestimmten Partei oder nicht, an die zahlreichen Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmer, an alle, die sich heute um einen patriotischen Ausweg aus der Krise bemühen und die mit ständig wachsender Besorgnis die Forderung der Oligarchie nach Gefolgschaft und Unterstützung ihrer Ausbeutung beobachten, und wir sagen ihnen: ungeachtet der zwischen ihnen und uns existierenden ideologischen und politischen Differenzen anerkennen wir ihre Verdienste und ihre Bemühungen um den Aufbau der Demokratie und das Erreichen sozialer Gerechtigkeit für unser Volk und wir bitten sie, zu seiner Einheit beizutragen und seinen Befreiungskampf wirksam zu unterstützen; wir fordern sie auf, sich aktiv an dem beginnenden großen Einigungsprozeß zu beteiligen und ihre von uns respektierten Ideen, Fähigkeiten und Möglichkeiten, ihren Einfluß und ihre Freiheitsliebe in den Dienst dieser Sache zu stellen.

Diese große Einheit des salvadoranischen Volkes wird seinen Sieg beschleunigen und erleichtern, den nichts und niemand verhindern können, selbst wenn er unter den größten Opfern erkämpft werden muß.

Das heroische, kämpferische und stolze salvadoranische Volk wird niemals aufgeben. Seine Stunde ist gekommen und es wird sich befreien, geführt von seinen revolutionären Organisationen, es wird die Ketten der reaktionären Militärdiktatur, von der es seit einem halben Jahrhundert beherrscht wird, sprengen, und sie für immer zerschlagen.

VI. DIE AUFRICHTIGEN ANGEHÖRIGEN DES MILITÄRS MÜSSEN AUF DER SEITE DES VOLKES KÄMPFEN

In der Geschichte der Kämpfe unseres Volkes haben aufrechte Militärs von patriotischer und demokratischer Gesinnung wichtige Seiten geschrieben.

Die salvadoranische Armee stellte sich gegen die annexionistischen Bestrebungen des Mexikanischen Kaiserreiches unter Iturbide im Jahre 1822, befehligt durch ihren Gründer, Manuel Jose Arce. Die Einheitsbestrebungen des Generals Gerardo Barrios bedeuteten eine eindeutige Haltung zur Verteidigung der Souveränität der mittelamerikanischen Völker und bewiesen den 1850-60 in der salvadoranischen Armee herrschenden reformistischen Geist.

Durch die unheilvolle und schmerzliche Entwicklung, die der junge, eben erst unabhängig gewordene Staat durchmachte, geriet die Armee unter die Hegemonie der schlimmsten reaktionären Kräfte unter den Grundbesitzern; die Korruption und Bestechlichkeit einer Minderheit der Kommandeure führten zum Verrat an den freiheitlichen und demokratischen Idealen der Begründer der Armee. Dieser Prozeß gipfelte in der Installierung der Militärtyrannie im Jahre 1932; die Funktion der Armee wurde damit reduziert auf den Schutz derjenigen, die das Vaterland aussaugen und verraten sowie auf die tagtägliche Unterdrückung unseres Volkes, wodurch die tiefe Feindschaft zwischen den Militärs und unserem Volk, aus welchem sie ja auch hervorgegangen sind, entstand.

Die Armee wandelte sich zum Parteigänger der Oligarchie der großen Kapitalisten und Grundbesitzer, aber in jeder Generation der Militärs gab es auch einige, die Patrioten blieben, die rebellierten und sich auf die Seite des Volkes und gegen dessen Feinde stellten. Ein leuchtendes Beispiel dafür sind die Offiziere, die sich am 2. April 1944 gegen Martinez (General und reaktionärer Militärdiktator 1931-44; d. Red.) erhoben und dabei ihr Leben hingaben. Die Beteiligung junger Militärs an der Schlacht von Ahuachapan gegen Osmin Aguirre, die Erhebung gegen Lemus im Oktober 1960, der unterdrückte Aufstand vom 25. März 1972, dieses sind weitere Beispiele dafür, daß sich nicht alle Angehörigen des Militärs in die traurige Henkerrolle fügen, die ihnen aufgezungen wird.

Die Bereitschaft, sich mit dem Volk zu verbünden, welche sich in den letzten Monaten in großem Maße unter den jungen Offizieren gezeigt hat, beweist, daß das Erbe der patriotischen Traditionen in der Armee noch lebendig ist. Die Oligarchie und die Reaktion haben aber erneut ihre Bestrebungen um Veränderungen zunichte gemacht.

Die aufrichtigen Militärs sind bestrebt, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Streitkräften und dem Volk zu vermeiden. Wir teilen diese Empfindung und sind der Ansicht, daß diese Militärs als Ehrenmänner und Patrioten, als Teil des Volkes, den ihnen gebührenden Platz beim Aufbau einer neuen Gesellschaft einnehmen werden. In der Armee sind es die einfachen Soldaten und die unteren Dienstgrade, die dem Kampf des Volkes das größte Verständnis entgegenbringen, denn sie selbst sind Werktätige und Werktätigensöhne, und ein Platz in der Volksarmee ist ihnen sicher.

Zusammen werden wir eine Gesellschaft aufbauen, in der die Armee der wirkliche bewaffnete Arm des Volkes sein wird, der Verteidiger seiner Freiheit und der Gerechtigkeit, der feste Garant der heute noch mit Füßen getretenen nationalen Souveränität.

VII. WIR UNTERSTÜTZEN DIE REVOLUTIONÄREN KÄMPFE UND DEMOKRATISCHEN BESTREBUNGEN ALLER VÖLKER UND LERNEN AUS IHREN ERFABRUNGEN

Der heroische Kampf des nikaraguanischen Volkes, angeführt durch die siegreiche Sandinistische Front für die Nationale Befreiung, ist eine weitere Quelle der Inspiration unserer Einheit und unseres Entschlusses, bis zum Sieg zu kämpfen.

Der sandinistische Sieg hat am mittelamerikanischen Isthmus eine Epoche der Revolution eröffnet; wir lernen aus ihrer Erfahrung und wir werden sie zu nutzen wissen, indem wir sie entsprechend unserer jeweiligen Situation und unseren Problemen anwenden.

So wie wir uns einer Intervention der CONDECA (Zentralamerikanischer Verteidigungsrat, 1964 gegründet von Guatemala, Honduras, El Salvador und Nikaragua; d. Red.) und des Yankee-Imperialismus im Kampf gegen Somoza widersetzt haben, so werden wir jeden interventionistischen Versuch mit dem Ziel der Niederschlagung des Freiheitsbegehrens unseres Volkes verurteilen.

Wir begreifen die Revolution in El Salvador als einen Teil der Revolution in Mittelamerika und als einen Beitrag unseres Volkes zur Befreiung aller Völker des Kontinents. Wir unterstützen die demokratischen Bestrebungen, die von immer mehr Völkern und Regierungen Lateinamerikas aufgenommen und weiterverfolgt werden. Wir schätzen die antiimperialistischen Positionen, die Bereitschaft zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und des internationalen Friedens, die die Völker und Regierungen von Panama, Mexiko und Kostarika, die Länder des Andenpaktes und der Karibik zeigen. Wir unterstützen den Kampf der Völker von Puerto Rico, Belize und Panama für ihr Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und für die Herstellung ihrer territorialen Souveränität.

Wir wünschen die Einheit Mittelamerikas, aber wir weisen sie zurück unter dem Vorzeichen einer äußeren Intervention und Unterjochung unserer Völker durch eine ausländische Macht. Wir beabsichtigen, die Beziehungen zu allen mittelamerikanischen Ländern zu erweitern. Wir hoffen, auf der Basis der Selbstbestimmung freundschaftliche und brüderliche Beziehungen zu allen Völkern der Erde anknüpfen zu können.

Wir verurteilen den Kolonialismus in jeder Form. Wir unterstützen den Kampf der Völker dieser Erde gegen ausländische Unterdrückung und gegen Rassismus, ganz besonders den Kampf des palästinensischen Volkes gegen den Zionismus und den der Völker Afrikas gegen Rassismus und Apartheid.

Die Entschließung des VI. Gipfeltreffens der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna unterstützen wir in allen ihren Punkten; wir befürworten die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und sind entschiedene Vertreter der Entspannung, der Abrüstung und der Sicherung des Weltfriedens.

VIII. MIT DER VOLKSEINHEIT ZUM ENDGÜLTIGEN SIEG

Die Bedeutung unserer Übereinkunft zur Koordination und Einheit eröffnet eine neue Seite unserer nationalen Geschichte, der Geschichte des Kampfes um die endgültige Befreiung unseres Volkes.

Arbeiter, Bauern, Studenten, Lehrer, Angestellte, progressive Intellektuelle, Bewohner der Elendsquartiere, kleine und mittlere Unternehmer, fortschrittliche Geistliche, demokratische Sektoren im allgemeinen, patriotische Militärs, Männer und Frauen unseres Volkes, vereinigen wir uns alle, um unsere endgültige Volksbefreiung zu erlangen.

Der Moment ist gekommen, in dem unsere ganze Kraft für den Triumph der Revolution einzusetzen ist!

Die entscheidenden Phasen des Kampfes werden hart und schmerzhaft sein, aber der Triumph ist uns sicher. Das Blut, vergossen von Tausenden und Abertausenden von Patrioten seit dem vergangenen Jahrhundert, die Hoffnungen und das Blut unserer geschätzten Kameraden, die in den letzten Jahren gefallen sind, tragen heute Früchte in der Einheit, mit der unser Volk auf dem Weg zum endgültigen Sieg voranschreitet.

Es lebe die feste und breite Einheit des salvadoranischen Volkes!

Es lebe das Bündnis der Arbeiter und Bauern!

Für eine revolutionäre Volksregierung!

Es lebe die internationale Solidarität der Völker!

Das vereinte Volk wird siegen!

El Salvador, Mittelamerika, 10. Januar 1980

Nationale Exekutivleitung des Nationalen Widerstandes (FARN)
Zentralkommando der Volksbefreiungskräfte – Farabundo Marti (FPL)

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei von El Salvador (PCS)
Revolution oder Tod, das bewaffnete Volk wird siegen!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Bewaffneter Kampf heute, Sozialismus morgen!

(Quelle: Barricada, Managua, 13. und 14.1.1980)

Hanne Denk

Zuspitzung nach der Botschaftsstürmung

In den letzten Monaten spitzte sich auch in Guatemala die politische Lage zu. Weltweites Aufsehen erregte der brutale Einsatz guatemaltekischer Militäreinheiten in der spanischen Botschaft von Guatemala-Stadt Ende Januar d.J.

Indianische Landarbeiter aus dem Indianer-Department El Quiche hatten die Botschaft friedlich besetzt. Sie protestierten gegen die Terrorisierung der Bevölkerung durch Polizei, Militär und privaten Mörderbanden. Und sie verlangten Aufklärung über das Schicksal verschwundener Landsleute. Nachdem die Bauern vergeblich bei lokalen Behörden und beim Nationalkongreß vorgespochen hatten, besetzten sie im Januar d.J. zwei Rundfunkstationen und schließlich die Botschaft Spaniens.

Schon zweimal zuvor, im September 1978 und im Juni 1979 waren friedlich verlaufene Besetzungen der Schweizer bzw. mexikanischen Botschaft durch guatemaltekische Gewerkschafter erfolgt. Am 31. Januar 1980 dagegen stürmten 200 schwerbewaffnete Angehörige der Modell Bataillon, einer von US-Spezialisten ausgebildeten Elitetruppe der guatemaltekischen Streitkräfte, das Gebäude. 39 Menschen fanden den Tod. Einzige Überlebende waren der spanische Botschafter und ein Campesino, der jedoch wenig später aus dem Hospital entführt und ermordet wurde. Als zwei Tage später der Trauermarsch für die Opfer zu einer antidiktatorischen Massendemonstration von Zehntausenden geriet, als diese in Sprechchören „Das vereinte Volk wird siegen!“ riefen, eröffneten die Militärs abermals das Feuer.

Das Blutbad zeigt, wie die Herrschenden auf berechtigte Forderungen der unterdrückten Volksmassen antworten, und das in einem Land, das gekennzeichnet ist von 70% Analphabetentum, mehr als 42% Arbeitslosigkeit, 85% unterernährter Bevölkerung und der nach Haiti höchsten Kindersterblichkeit auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Erklärung indianischer Landarbeiter

Am 16.1.1980 wandten sich indianische Landarbeiter aus der Gemeinde Uspantan im Departement Quiche mit folgender Erklärung an das guatemaltekische Volk, welche die Motive für die Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala-City erbellt:

1. Die Repression durch die nationale Armee und die Großgrundbesitzer hat von unserem Volk weitere Opfer gefordert, Frauen, Männer und Kinder. Im Oktober 1979 wurden 9 unserer indianischen Genossen aus Uspantan entführt. 7 sind von der Armee nach Chajul gebracht worden, wo sie im Dezember brutal ermordet wurden. Um offiziell behaupten zu können, die Genossen seien bei Kämpfen mit der Armee umgekommen, zogen ihnen die Mörder Kleidung von Guerilleros an.

2. Am 9. Januar 1980 hat das Militär unsere Gemeinde überfallen. Sie haben unsere Tiere und unser Essen gestohlen und anschließend unsere Hütten zerstört.

3. Wir werden durch Mißhandlungen und Bedrohungen Tag für Tag terrorisiert. Viele unserer Frauen wurden vergewaltigt, viele unserer Genossen verschwanden spurlos.

4. Sie vertreiben uns von unserem Boden, zerstören unsere Ausrüstung und Besitzurkunden.

Die Repression durch die Armee und ihre paramilitärische Kräfte macht uns das Leben unerträglich.

(Quelle: ila-info, Nr. 33/März 1980)



„Aber die größte Tragödie unseres Volkes, das an großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen leidet, ist, daß alle Regierungen seit 1954 (dem Sturz der progressiven Regierung Arbenz; d. Red.) uns als einzige 'Lösung' Repression anbieten,“¹ hieß es in der Grundsatzklärung der Demokratischen Front gegen Gewalt und Unterdrückung vom März 1979.

Besonders hart ist hierbei die Landbevölkerung der nördlichen, ärmsten Provinzen betroffen. Die Bauern, die zu 85% landlos oder so gut wie landlos sind (2% der Bevölkerung besitzen 72% des Bodens), sind gezwungen, zu Hungerlöhnen auf den Latifundien zu arbeiten. 500.000 verließen ihre Heimat auf Suche nach Arbeit. Oft werden die Campesinos zur Erntezeit mit Gewalt zu den Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerplantagen an die Küste transportiert.

Wer sich weigert, wird von einem der unzähligen Mordkommandos aus dem Wege geräumt. Zwischen November 1979 und Februar 1980 verschwanden weitere 60 Patrioten. Unter dem Vorwand der Kollaboration mit Guerillaorganisationen werden Bauernführer liquidiert. Von Säuberungskommandos der Latifundistas oder der ausländischen Konzerne verjagt man die Indios von ihrer letzten Parzelle. Besonders seit vor vier Jahren Erdöl und Nickelvorkommen in der Provinz Quiche entdeckt wurden, nimmt der rücksichtslose Landraub zu.

Die US-Firmen Exxon und Exnibal versprachen die Erschließung „wenn die Region ruhig bleibt“.² Daneben plant die guatemaltekische Regierung den Bau einer Überlandstraße (der Franja Transversal del Norte), die Mexiko und Honduras verbinden soll. An dieser infrastrukturellen Verbesserung sind 14 Ölkonzerne interessiert.

Strategisch bedeutend ist ein weiteres Projekt: der Bau einer Pipeline, die es den USA ermöglichen soll, Erdöl aus Alaska, Indonesien und Ecuador billig und unter Umgehung des Panamakanals an ihre Ostküste zu transportieren.³

In dieser gewinnbringenden Region besitzen auch guatemaltekische Regierungsmitglieder wie Verteidigungsminister Otto Spiegel, Landwirtschaftsminister David Rubio, Expräsident Arana Osorio oder der amtierende Präsident Lucas Garcia riesige Ländereien.

Solche Wirtschaftspläne bedürfen einer garantierten „politi-

schen Stabilität". So erhält der nicht einmal von 10% der Wahlberechtigten bei den Präsidentschaftswahlen 1978 unterstützte Diktator Lucas verstärkte Militärhilfe aus Washington. Zumal das „Ausscheiden“ Somozas und des salvadoranischen Diktators Romero aus dem Zentralamerikanischen Verteidigungspakt (CONDECA) die Position von Lucas schwächt. Auch die BRD, mittlerweile zweitbedeutendster Handelspartner Guatemalas, liefert Waffen.

Doch beflügelt durch die nikaraguanische Revolution wächst, ungeachtet aller Repression (vgl. AIB, Nr. 7-8/1979), der Volkswiderstand. Wiederholte Massendemonstrationen in den Jahren 1978, 1979 und 1980 (so im September 1979 und Januar 1980 in Guatemala-Stadt) sind ein Zeichen dafür, daß die revolutionäre Bewegung in Guatemala deutlich an Aktivität und Breite hinzugewann. Ein weiteres Indiz ist das Entstehen neuer demokratischer Arbeiter-, Bauern- und Studentenorganisationen, so der Föderation der Arbeiter Guatemalas, des Einheitskomitees der Bauern, der Robin-Garcia-Studentenfront, und neuer Guerilla-Gruppen wie der Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA), gegründet im Herbst 1979.⁴

Ein drittes Anzeichen sind verstärkte Guerillaaktivitäten, die zusehends Anklang und Unterstützung im Volk finden. So erklärt es sich, daß die bedeutendste Guerillagruppe, die Guerillaarmee der Armen (EGP), in den letzten Monaten rund 70 Orte besetzten und dort politische Versammlungen abhalten konnte. Als Vergeltung für das Botschaftsmassaker überfielen EGP-Einheiten Anfang Februar d.J. einen Armeetransport und töteten 11 Soldaten.

Vorangetrieben durch das Nationalkomitee für Gewerkschaftseinheit (CNUS, 1976 gegründet) im März vergangenen Jahres mit der Bildung der Demokratischen Front ein erster wichtiger Schritt zur Einigung der antidiktatorischen Kräfte gelungen. Das gemeinsame Anliegen der Gründer: „Wir müssen erkennen, daß wir die Verantwortung und Pflicht haben, eine Organisation zu gründen, die alle Opfer der Repression vereint.“⁵ 150 Bauern-, Arbeiter-, Studenten- und andere Organisationen schlossen sich dem Bündnis mit dem Ziel an, den Kampf gegen die Unterdrückung und das Lucas-Regime, für die Unterstützung aller Betroffenen und ihrer Familien sowie für die Solidarität mit allen Unterdrückten Lateinamerikas gemeinsam zu führen.

Anlässlich ihres 30. Jahrestages im September 1979 betonte die in der Illegalität kämpfende Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) anknüpfend an die nikaraguanischen Erfahrungen, nochmals nachdrücklich die Notwendigkeit einer raschen Vereinigung aller revolutionären, antiimperialistischen und antioligarchischen Kräfte. Sie formulierte in einem 5-Punkte-Minimalprogramm die Forderungen: „demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit, bessere Löhne, Beendigung des Terrorregimes, Respektierung der Menschenrechte, Schluß mit der Ausplünderung der Naturreichtümer Guatemalas durch imperialistische Mächte und Herstellung der nationalen Unabhängigkeit.“⁶ Über diese und andere Vorschläge der guatemaltekeischen Linkskräfte zur antidiktatorischen Einheit findet gegenwärtig eine intensive Diskussion statt.

Auch Guatemala strebt, ähnlich wie Nicaragua und El Salvador, dem „revolutionären Sturm“ entgegen.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Proclama del Frente Democratico contra la Represion en Guatemala a los Pueblos del Mundo. Hrsg. Comitè Costaricense de Solidaridad con Guatemala, Juli 1979, S. 3; deutsche Übersetzung in: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 28-29
- 2) Zit. nach: Horizont, Berlin, Nr. 4/1980
- 3) Vgl. El Moudjahid, Algier, 18.10.1979 und Afrique/Asie, Paris, 18.2.1980, S. 60
- 4) Siehe: Granma Weekly Review, Havanna, 17.2.1980
- 5) Vgl. Proclama del Frente Democratico..., a.a.O., S. 6
- 6) Zit. nach: Neue Berliner Illustrierte, Nr. 45/1979

Manifest der Guerillaarmee der Armen

Wir, die Arbeiter in Waffen, organisiert in der Guerillaarmee der Armen (EGP), verkünden, daß es das Grundrecht des Volkes ist, die Macht in seine Hände zu nehmen und sich selbst zu regieren, daß die einzig mögliche Demokratie für unser Volk die Demokratie der Arbeiter ist, und daß der bewaffnete Aufstand das erste Recht des Volkes ist, wenn ihm die Regierenden Freiheit, Wohlergehen und Leben verweigern.

Die Reichen können nicht ohne uns, die wir arbeiten, leben, denn wir produzieren all den Reichtum im Lande. Wir Arbeiter dagegen können ohne die Reichen leben, weil diese nichts produzieren und nur Nutzen aus unserer Arbeit ziehen. Die Reichen werden nie mit Demokratie regieren können, weil die von ihnen eingesetzte Regierung nur zum Wohle einiger weniger ist. Unsere Regierung aber wird demokratisch sein, weil wir, die wir arbeiten, die Bedürfnisse der anderen kennen und fühlen. Und es ist einfach nicht wahr, daß wir Arbeiter noch nicht für die Demokratie bereit seien.

Von welcher Demokratie reden die Politiker, die absichts des Arbeitsprozesses stehen? Was die Reichen Demokratie nennen, ist die Freiheit zum Ausbeuten, die Freiheit zum Hamstern, die Freiheit, sich selber übermäßig zu bereichern. Die Demokratie, die die Reichen und der Imperialismus verteidigen, ist eine „Demokratie“ wie unter Somoza, wie heute noch unter Stroessner und Pinochet.

Diese Regierungsform lehnen wir ab und bekämpfen sie. Die Demokratie, für die wir kämpfen, ist die Demokratie der Agrarreform, die Demokratie eines ausreichenden Lohnes, die Demokratie der Gesundheit, der Erziehung und der Wohnung für alle.

Die Demokratie, die wir wollen, ist die Freiheit, den Reichtum, den wir produzieren, zum Wohle derjenigen zu nutzen, die ihn durch ihre Arbeit schaffen. Die Demokratie, die wir wollen, ist die Freiheit, daß die Hilflosen, und diejenigen, die keine Möglichkeit hatten, sich für die Arbeit zu qualifizieren, bei der Verteilung des sozialen Reichtums genügend berücksichtigt werden.

Wir fordern die Freiheit, die Gesellschaft in einer Art und Weise zu organisieren, daß niemand mehr Besitz an sich reißen kann, sich bereichern und die Erträge der Arbeit der anderen verschwenden kann. Und wir fordern die Freiheit, daß niemand mehr wegen seiner ethnischen Abstammung, wegen seiner Religion oder wegen seines Geschlechts diskriminiert oder unterdrückt wird, weil er die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Rechte der Arbeiter und der ehrenhaften Bürger verteidigt.

Für diese Form der Demokratie sind wir nicht nur vorbereitet, sondern wir sind sogar bereit, dafür zu sterben. Das ist die einzige und wahre Demokratie. Das ist nicht jene Demokratie, die diejenigen verteidigen, die vom Vaterland reden, und die die ersten sind, die die nationalen Reichtümer und die Souveränität des Landes ausländischen und imperialistischen Firmen ausliefern; die von Familie reden, und Tag für Tag Väter und Söhne von Arbeitern ermorden; die von Gott reden und die elementarsten Prinzipien und Normen christlichen Zusammenlebens mit Füßen treten und Priester niederschließen.

An ihren Früchten werden wir sie erkennen.

Dies ist die Situation unseres Volkes und dies sind unsere Kämpfe! Das Schicksal Guatemalas ist heute mehr denn je in unseren Händen!

Die Organisation des Volkes ist der Schlüssel zu unserer Befreiung. Der Weg der Befreiung ist der revolutionäre Volkskampf. Der Guerillakrieg auf dem Land und in der Stadt und die revolutionären Kämpfe der Bevölkerung, die in den bewaffneten Aufstand einmünden werden, sind die politisch-militärische Taktik und Strategie der Revolution und Befreiung in unserem Land. Das Entscheidende dieser Strategie ist die Allianz zwischen Arbeitern und Bauern unter der Leitung der revolutionären und proletarischen Führung.

In diesem Kampf haben wir alle unseren Platz, denn Guatemala gehört allen. Unsere Feinde sind die nationalen Reichen und die ausländischen Imperialisten.

In Guatemala kann man nicht arm sein und dabei kein Revolutionär sein. Man kann nicht Indio sein, ohne dabei eine Waffe in die Hand zu nehmen, um gegen die Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen. Man kann nicht jung sein und in gleichgültiger Weise den Schmerz unseres Volkes mit ansehen. Man kann nicht Christ sein, ohne gleichzeitig Partei für die Armen zu ergreifen. Erheben wir uns alle in dem revolutionären Befreiungskampf, der schon begonnen hat, in den Bergen, im Flachland und in den Städten.

Bis zum endgültigen Sieg!

(Quelle: Prensa Libre, Guatemala-Stadt, 16.10.1979)

Jutta Weber

Sandinistischer Aufbau



Mit dem Sieg der Sandinistischen Front zur Nationalen Befreiung (FSLN) und dem Sturz A. Somozas erbte das Volk Nikaraguas ein völlig desolates Land,¹ dessen Wiederaufbau nur mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen möglich ist.

Obwohl die USA von diesem Aufstand in ihrem mittelamerikanischen „Hinterhof“ nicht nur direkt ihre Interessen bedroht sahen, sondern auch Auswirkungen auf El Salvador, Guatemala und Honduras befürchten mußten, obwohl der US-Geheimdienst CIA bereits im August 1979 mit einem Destabilisierungskonzept aufwartete (siehe Kasten), verhielten sich die Westmächte zunächst eher abwartend. Man rechnet sich offenbar angesichts der Breite des antidiktatorischen Bündnisses, das auch die gesamte bürgerliche Opposition gegen Somoza einschloß, noch Chancen der Einflußnahme aus.

Erste Reformmaßnahmen

Die ersten Maßnahmen der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus standen dem auch nicht prinzipiell entgegen: Zwar wurde sämtlicher Somoza-Besitz unverzüglich beschlagnahmt, das Banken-, Versicherungs- und Transportwesen verstaatlicht und der Außenhandel unter staatlicher Kontrolle gestellt. Zugleich wurde jedoch betont, daß ansonsten Besitz garantiert, die Mitarbeit der Privateigentümer – allerdings im Interesse des Gemeinwohls² – erwünscht sei. Neben der Ankündigung, gegenüber Helfern und Helfershelfern des alten Regimes Milde walten zu lassen, war die prinzipielle Anerkennung der Auslandsschulden von 1,6 Mrd Dollar³ auf der Basis der Neuverhandlung der Rückzahlungsbedingungen dabei von besonderer Bedeutung.

Nachdem die Auslandshilfe zunächst spärlich geflossen war – eine Ausnahme bildet Kuba, das sogleich Personal für das Gesundheitswesen und die Alphabetisierung bereitstellte –, erhöhte sie sich bis Januar d.J. inklusiv der Kredite auf 579 Mio Dollar.⁴ Besonders hervorzuheben ist unter den Geberländern auch Mexiko, das neben Hilfsleistungen ein umfassendes wirtschaftliches Kooperationsprogramm zusagte. Managua hat immer wieder die dankbare Annahme von Hilfe aus allen Ländern betont, sofern sie nicht an politische Bedingungen geknüpft werde. Die jetzt bewilligten 75 Mio Dollar US-Hilfe sind angesichts der massiven Unterstützung des Somoza-Clans recht bescheiden, zumal davon 70 Mio langfristige Kredite zum Kauf amerikanischer Waren darstellen.⁵ 60% sind für Privatgeschäfte bestimmt, die nach offizieller Sicht „sowohl zur Entwicklung als auch zur Demokratie beitragen“.⁶

Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus hat mit der Durchführung einer umfassenden Agrarreform begonnen, die die Bewirtschaftung der beschlagnahmten Somoza-Güter sicherstellen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen soll. Erste Verbesserungen konnten bereits im bisher katastrophalen Gesundheitswesen erzielt werden und die im März angelaufene Alphabetisierungskampagne soll die Analphabetenrate von 63% radikal abbauen.

Zur Verhinderung der Bodenspekulation wurde ein Höchstpachtsatz festgelegt,⁷ was die extreme Ausbeutung der Landbevölkerung einschränkt. Ebenso wurden die Wohnungsmieten je nach Höhe um 50-60% reduziert.⁸ Für 1980 ist eine Steuerreform angekündigt, zunächst wurde eine Vermögenssteuer von 6% auf Kapitalien über 10.000 Dollar eingeführt.⁹ Der Wirtschaftsplan für 1980/81, mit dem das Vorkriegsniveau von 1978 wieder erreicht und 97.000 Ar-

beitsplätze geschaffen werden sollen, sieht für 1980 staatliche Investitionen von 374 Mio Dollar vor.

Anlaß zu Idealisierungen besteht allerdings wenig: Die Umsetzung des Plans ist von der Mitarbeit der Bourgeoisie abhängig. Zwar ist durch die Enteignungen ein breiter staatlicher Sektor entstanden, doch sind ca. 75% der Industrie- und 80% der Agrarproduktion weiterhin in privater Hand und weitere Enteignungen sind vorerst undenkbar, da es bereits in den jetzt staatlichen Betrieben an qualifiziertem Verwaltungspersonal fehlt.¹⁰

Die notwendige Bündnisbreite kann deshalb nur erhalten bleiben, wenn dem Privatsektor, der schon gelegentlich über die Beschneidung der Privilegien klagt,¹¹ weiterhin gewisse Konzessionen gemacht und nicht zu viele Kosten des Wiederaufbaus auf ihn abgewälzt werden.

Dies schließt mittelfristig aber materiellen Verzicht für die Massen ein, was sich u.a. in Maßnahmen wie der Reduzierung des 13. Monatsgehalts auf maximal 50 Dollar¹² niederschlägt, die Angriffsflächen auch für die „linke“ trotzkistisch-maoistische Konterrevolution bieten.

Das gilt beispielsweise für die ultralinke Arbeiterfront (FO), die in der inzwischen geschlossenen Zeitung El Pueblo wiederholt den Wirtschaftsplan kritisierte, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung forderte und zu Streiks in Zuckerfabriken aufrief.¹³ Reaktionäre Kreise im In- und Ausland sind über den Aufbau des Sandinistischen Volksheeres (EPS), das konsequente Auftreten der neuen Regierung beim Gipfel der Nichtpaktgebundenen in Havanna im September 1979 und die Enthaltung bei der UN-Abstimmung zu Afghanistan im Januar 1980 aufgeschreckt und rufen verstärkt zum Angriff.

Der Fortgang der Revolution und ihr Vertiefungsprozeß werden einesteils davon abhängig sein, inwieweit die Sandinistas über ihre Massenorganisationen – den Bauernverband, die Sandinistische Gewerkschaftszentrale, die Sandinistische Jugend, die Frauenorganisation und die Sandinistischen Verteidigungskomitees – sowie die noch zu gründende Partei den hohen Mobilisierungsgrad zu erhalten vermögen. Andernteils wird dies davon abhängen, inwiefern die Sandinistas auch das politische Bewußtsein von der Notwendigkeit revolutionärer Geduld vermitteln können – eine schwierige Aufgabe in einem jahrzehntelang von einer Diktatur beherrschten Land.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Bilanz der Kriegsschäden, in: AIB, Nr. 2/1980, S. 23
- 2) Vgl. Le Monde, Paris, 23.1.1980 oder das Interview mit dem Innenminister T. Borge, in: Der Spiegel, 18.2.1980, hier S. 131
- 3) Vgl. A. Gilly, La Nueva Nicaragua II, in: uno mas uno, Mexiko-Stadt, 7.12.1979
- 4) Vgl. Le Monde, 23.1.1980
- 5) Vgl. Frankfurter Rundschau, 29.2.1980
- 6) So der Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten V. Vaky; zitiert nach: A. Gilly, a.a.O.
- 7) Vgl. El Dca, Mexiko-Stadt, 3.1.1980
- 8) Vgl. Granma Weekly Review, Havanna, 30.12.1979. Für monatliche Mieten über 100 Dollar wurde der neue Maximalwert auf 5% des Jahreswertes der Wohnungen festgelegt. Vgl. ebenda
- 9) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 7.12.1979
- 10) Vgl. Nachrichten für den Außenhandel, 24.1.1980 und A. Gilly, La Nueva Nicaragua IV, in: uno mas uno, 8.12.1979
- 11) So etwa Geschäftsmann J. Robeldo auf der Tagung der lateinamerikanischen Handelskammern in Managua, vgl. Nicaragua Nachrichten, Nr. 1/Januar 1980
- 12) Die so erhaltenen Mittel wurden für einen Fonds zum Abbau der Arbeitslosigkeit verwandt. Zunächst hatte die Regierung an die Arbeiter appelliert, dem Beispiel der Bediensteten des Nikaraguanischen Agrarreforminstituts (INRA) zu folgen und freiwillig auf das Weihnachtsgeld zu verzichten. Nachdem dieser Appell auf wenig Resonanz gestoßen war, beschloß man, den Beziehern von Einkommen bis zu 50 Dollar, das 13. Monatsgehalt in voller Höhe auszuzahlen. Vgl. A. Gilly, La Nueva Nicaragua VI, in: uno mas uno, 10.12.1979
- 13) Vgl. Latin America Weekly Report, London, 8.2.1980; Granma, 10.2.1980; Die Tageszeitung, 14.2.1980

CIA-Destabilisierungsplan in Nicaragua – nach dem „Modell Chile“

Wie der ehemalige Agent des US-Geheimdienstes Philip Agee aufdeckte, machte sich bereits während der Endoffensive der Sandinistischen Front zur Nationalen Befreiung (FSLN) im Sommer 1979 der Nationale Sicherheitsrat der USA daran, in Zusammenarbeit mit dem State-Department, dem Pentagon und dem CIA ein Konzept gegen die neue Regierung Nicaraguas auszuarbeiten. Mit ihm sollte um jeden Preis eine Konsolidierung des bevorstehenden FSLN-Sieges verhindert werden. Zentrale Fragen waren dabei, wo die Schwachstellen der neuen Regierung und der politischen Führung liegen würden, wie man diese ausnützen könnte und welche Diplomaten anderer Staaten heimlich die radikalen Programme oder Pläne denunzieren könnten.

Nach Philip Agee arbeiteten schon im August 1979 Diplomaten aus drei Ländern von Managua aus mit dem CIA zusammen. Zu diesem Zeitpunkt sei es dem CIA bereits gelungen, über die Infiltration internationaler politischer Bewegungen und nationaler Parteien, insbesondere der Christ- und Sozialdemokratie, Informationen zusammenzustellen.

Das für Nicaragua ausgearbeitete Destabilisierungskonzept des CIA ist dem gegen die Volksfrontregierung S. Allendes in Chile angewandten sehr ähnlich. Seine unmittelbaren politischen Ziele sind: „1. Die Nationale Leitung der FSLN durch eine 'erregende' Kampagne auf nationaler und internationaler Ebene spalten und die radikalsten Führer isolieren, indem man sie fälschlicherweise als 'Kommunisten' oder 'Verbündete Kubas und der Sowjetunion' darstellt.

2. Den nationalen und internationalen Kommunikationsmedien gefälschte Dokumente zuspülen, die die 'kommunistische Gefahr' deutlich machen sollen, die Nicaragua für die Länder der mittelamerikanischen Region darstellt.

3. Die Aktion linksextremer Gruppierungen benutzen – wie es mit den Antisozialistischen Volkskriegen (MILPAS; diese bilden den bewaffneten Flügel der trotzkistisch-maoistischen Arbeiterfront FO; d. Red.) der Fall ist, damit sie permanent die sandinistischen Autoritäten anfeinden.

4. Ein Meinungsbild herstellen, das ausgerichtet ist darauf, daß das Sandinistische Volksheer 'in seine Kasernen zurückkehren soll' und daß der Ruf nach 'freien Wahlen' erschallt.

5. Und dies ist vielleicht der wichtigste Punkt: Philip Agee bezieht sich mit folgenden Worten auf die Kollaboration der Regierungen der Region mit dem CIA: 'Vielleicht tragen die Streitkräfte El Salvadors, Honduras und Guatemalas dazu bei, Zwischenfälle und zusätzliche Spannungen zu provozieren.'

(Quelle: Presencia Universitaria, Honduras, Nr. 59/1979, S. 7)

Brillen für Nicaraguas Alphabetisierung

Wer lesen lernt, muß sehen können!

Im Zusammenhang mit der im März d.J. begonnenen Alphabetisierungskampagne in Nicaragua wurde ein gravierendes Problem deutlich: Viele der 900.000 Analphabeten haben Sehschwächen, die nur mit Brillen ausgeglichen werden können. Die Beseitigung dieses Mangels ist eine Voraussetzung, damit in den kommenden vier Monaten auch die Analphabeten in Nicaragua mit Sehestörungen lesen und schreiben lernen können.

Wer Brillen übrig hat, kann diese an folgende Adresse in Nicaragua schicken:

Fernando Cardenal, Cruzada Nacional de Alfabetización, Complejo Civico Camilo Ortega Savedra; MANAGUA, NIKARAGUA
Auf das Päckchen mit den Brillen ist deutlich das Wort „Anteojos“ zu schreiben.

Achtung! Die Brillen müssen vor ihrer Versendung von einem Optiker vermessen werden!! Am Bügel, der an das jeweilige Glas anschließt, ist deutlich sichtbar auf einen überhängenden Klebestreifen die Dioptrienzahl des jeweiligen Glases anzubringen. Also je Glas, auch bei gleicher Dioptrienzahl, jeweils ein Streifen.

Noch ein Hinweis: Gebrauchte aber noch gute Brillen sind bei Optikern und Augenärzten zu erhalten!

medico international e.V.

Homburger Landstr. 455

6000 Frankfurt/M.; Tel.: 0611-54 10 91

Nikaragua: Erfahrungen, Lehren

Seit im Juli 1979 die sandinistische Revolution den Somoza-Clan hinwegspülte und den nach Kuba (1959) größten Sieg der lateinamerikanischen Revolution markierte, wird eine lebhafteste Debatte über Charakter und Perspektiven der Entwicklung Nikaraguas geführt. Die Leitfragen: Kommt es nach der nationalen, antiimperialistischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution? Steuert die Entwicklung gar auf ein „zweites Kuba“ zu?

Die Politik der Revolutionsregierung konzentrierte sich zunächst auf die machtpolitische Absicherung des Erreichten, u.a. durch den Aufbau ziviler Verteidigungskomitees, worüber sich bereits in AIB, Nr. 10/1979 der ehemalige Guerilla-Kommandant und jetzige Innenminister Tomás Borge äußerte. Zugleich wurden die Grundaufgaben des nationalen Aufbauprogramms und erster sozialer Umwälzungen angegangen (siehe Bilanzierung des Beitrags von J. Weber). Klar ist allerdings, daß eine prinzipielle Entscheidung über die Zukunft des Landes noch nicht gefallen ist. Verschiedene westliche Hauptländer engagieren sich deshalb mit teilweise aufwendigen finanziellen Hilfsprogrammen. 30 Mio DM z.B. sollen in diesem Jahr aus der Bundesrepublik kommen. Bonns Entwicklungshilfeminister Rainer Offergeld, der sich Ende 1979 zu einer Visite nach Nikaragua begab, knüpft daran die vielsagende Hoffnung: „Es geht darum, die Option wahrscheinlich zu machen, daß dieses Land einen freiheitlichen Weg geht.“ Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage nach den internationalen Auswirkungen der nikaraguanischen Revolution in der Region. Fidel Castro etwa sieht diese vor allem darin, daß sich angesichts des Kampfes der Sandinistas „eine große Einheit der gesamten Linken in Mittel- und Lateinamerika“ entwickelt hat (siehe AIB, Nr. 10/1979, S. 15). Fraglich ist allerdings, ob dies das Anliegen auch einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung von Anfang März d.J. in Managua gewesen ist, auf der über 40 politische Organisationen aus Europa und Lateinamerika vertreten waren.

Diese und andere Fragen der Kampferfahrungen, Lehren und Orientierungspunkte der nikaraguanischen Revolution sollen im AIB auch weiterhin breitere Berücksichtigung finden. Insbesondere lateinamerikanische Autoren wie in diesem Heft der uruguayische Publizist R. Arismendi, FSLN-Führer wie H. Ortega, verschiedene nikaraguanische Repräsentanten von Parteien, Kirche u.a. sollen dabei zu Wort kommen.

Rodney Arismendi

Nikaraguanischer Völkerfrühling



Völkerfrühling nannten große Denker die Flamme der französischen Revolution, die in den Jahren 1789-1794 loderte. Der Sieg der Sandinistas in Nikaragua bedeutet vor allem eins: neue Triebe und neue Früchte für dieses Volk, für Lateinamerika und die Karibik.

Wenn wir diesem Sieg kontinentale Bedeutung beimessen, so heißt das nicht, in unüberlegtem Optimismus zu verfallen. Wir können unseren „intellektuellen Pessimismus“ ruhig straff zügeln und uns gleichzeitig dem Gefühl hingeben, daß in unserem Amerika die Morgensonne am Horizont aufgegangen ist. Nikaragua ist ein weiterer Stein in dem Mosaik der glänzenden Siege über langjährige blutige faschistische Diktaturen und Tyrannen. (...)

Der ehemalige US-Außenminister Kissinger, Hauptregisseur der imperialistischen und faschistischen Gegenoffensive in Lateinamerika, erklärte kurz vor dem Sturz Somozas, daß die „Errichtung einer radikalen Linksregierung in Nikaragua“ den Kontinent in die Zeit zu Beginn der 70er Jahre zurückwerfen würde. Diese Erklärung verfolgte ganz offensichtlich eine provokatorische Absicht: Sie sollte eine Intervention rechtfertigen. Nikaragua ist ein Beweis für die tiefe Krise, in der sich die lateinamerikanischen Regimes befinden. Sie weist in jedem Land in jeder Region je nach Grad der Deformation der kapitalistischen Entwicklung, den Formen der US-amerikanischen Unterdrückung, den spezifischen historischen Bedingungen und der politischen Kräftekonstellation ihre Besonderheiten auf.

Es ist, als agierten diese Regierungen auf vulkanischem Untergrund. Denn sie werden zunehmend mit den sozialökonomischen Krisenerscheinungen in ihren Ländern, dem sich verstärkenden demokratischen und antiimperialistischen Kampf ihrer Völker sowie der Herrschaftskrise des US-Imperialismus konfrontiert. Nikaragua zeigt aber auch das

kritische, spontane Wesen, die leuchtenden Fortschritte und brutalen Rückschläge des blutigen und schwierigen Befreiungskampfes unserer Völker.

Andererseits ist das Land ein Beispiel für die Unsicherheit und politische Überlebtheit der faschistischen Diktaturen im Süden des Kontinents, die politisch isoliert sind, im Widerspruch zu den Interessen der betreffenden Völker stehen und von aller Welt angeklagt werden. Das ist eine Realität, die auch nicht dadurch weggewischt werden kann, daß der Somoza-Clan 45 Jahre sein Unwesen getrieben hat und Stroessner sich schon über 20 Jahre an der Macht hält. (...) Für Mittelamerika und die Karibik hat die Revolution in Nikaragua wegen der strategischen Bedeutung des Landes ein ganz besonderes Gewicht. Die Somoza-Diktatur bildete den Mittelpunkt des politisch-militärischen Überbaus, der vom US-Imperialismus zur Beherrschung Mittelamerikas und der Karibik installiert worden war. (...)

Carter träumte davon, die Sandinistische Front von der Führungsrolle zu verdrängen und sie zu spalten. Deshalb versuchte er, in die breite Oppositionsbewegung gegen Somoza einen Keil zu treiben und die den Patrioten aktive Solidarität gewährenden demokratischen Regierungen unter Druck zu setzen bzw. sie mit Versprechungen zu täuschen.

Als jedoch der Volkswiderstand in einen Generalstreik sowie später in den bewaffneten Aufstand mündete und sich die Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung (FSLN; d. Red.) von einer heldenhaft kämpfenden Guerillabewegung zu einer von den Massen und allen Revolutionären anerkannten politischen Vorhut entwickelt hatte, änderte der US-Präsident seine Haltung. Jetzt versuchte er, Somoza davon zu überzeugen, daß es für den Diktator besser sei, abzudanken und seine ergaunerten Millionen zu genießen.

Um ihre politischen Ziele in Nikaragua durchzusetzen, ver-

längerte die USA-Regierung den Krieg in diesem mittelamerikanischen Land. (...)

Verjagt wurde das Somoza-Regime durch den heldenhaften Kampf des Volkes und seine schnell absolvierte „Lehre in der Schule des Bürgerkrieges“ – wie Lenin es nannte –; besiegt wurde die Diktatur durch die gewachsene politische und militärische Macht der FSLN und anderer revolutionärer Kräfte, darunter auch der Sozialistischen Partei (die Partei der Kommunisten). Zum Sturz Somozas hat aber auch die wachsende Solidarität beigetragen, die Ende 1978/Anfang 1979 noch aktivere Formen und weltweite Dimensionen annahm. Drei politische Faktoren waren es, die Anfang 1979 die Voraussetzungen für den Sieg des Volkes schufen: die Bildung der Patriotischen Front und der Provisorischen Regierung des Nationalen Wiederaufbaus, die Vereinigung der drei Strömungen der Sandinistischen Front (programmatische Dokumente siehe: AIB, Nr. 7-8/1979, S. 6-11; d. Red.) unter einem einheitlichen Oberkommando und die wiederholt erklärte Bereitschaft der revolutionären Kräfte Lateinamerikas, das Ringen der Sandinistas in all seinen Formen und Aspekten als ihren eigenen Kampf zu betrachten. (...)

Die demokratische Revolution Nikaraguas wurde hervorgebracht durch eine echte Volksrevolution. In der neugebildeten nikaraguanischen Regierung sind – von den Vertretern der schwachen mittleren Bourgeoisie bis zu den Kommunisten – alle politischen und sozialen Kräfte vertreten, die gegen Somoza und sein Regime gekämpft haben. Doch die Hauptkraft der Regierung ist die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung und das entspricht der politischen Realität in Nicaragua.

Ihrem Charakter nach handelte es sich um eine demokratische und nationale Unabhängigkeitsrevolution, die als erste Aufgabe den nationalen Wiederaufbau benannte. Es ist eine Volksrevolution, radikal in ihren Formen und siegreich nach einem langen heldenhaften bewaffneten Kampf.

Die sandinistischen Führer und die übrigen fortschrittlichen Kräfte beweisen ihre politische Reife – woran Fidel Castro kürzlich erinnerte (siehe AIB, Nr. 10/1979, S. 15; d. Red.) – durch die Entwicklung einer flexiblen, breiten und realistischen Strategie und Taktik. Obwohl sie Stärke verkörperten, vertrauten sie auf das Volk und die Zukunft. Sie sind weder in verbalen Extremismus verfallen noch überstürzen sie Auseinandersetzungen, die zum Überspringen von Entwicklungsstadien führen könnten. Sie scheinen keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, um Verbündete für eine progressive soziale Entwicklung zu gewinnen.

Eine echte Volksrevolution

Die Revolution muß sich stabilisieren, indem sie die notwendigen Etappen durchläuft, und das Volk muß durch eigene Erfahrung sein revolutionäres Bewußtsein festigen. Die Führungskräfte der FSLN sind sich der gefährlichen geographischen Lage ihres Landes bewußt. Sie haben erkannt, daß der Imperialismus nach seiner offenen Niederlage den geordneten Rückzug angetreten hat, um dadurch besser agieren zu können. Illusionen oder Irrtümer hierüber wären einseitig und äußerst verhängnisvoll, denn die Imperialisten wissen, gegen wen sie kämpfen und um welchen Preis es geht.

Der Verbalismus und „Linksradikalismus“ sind Lenin zufolge Kinderkrankheiten. Und sie führen stets dazu, die unnötige voluntaristische Spaltung der Vorhut oder der Massen vorzubereiten. Kürzlich sagte eine junge, führende Vertreterin der FSLN, von der wir wissen, daß ihr theoretisches Denken hervorragend entwickelt ist, daß die Kunst der Politik nicht im Subtrahieren, sondern im Addieren und Multiplizieren besteht. Die Größe dieser möglichen Summe oder

Multiplikation kommt im Programm und in den politischen Aktionen zur Durchsetzung dieses Programms zum Ausdruck. Die neue Regierung in Nicaragua bezeichnet ihr Programm zu ökonomischen und sozialen Fragen als demokratisch und unbedingt notwendig für eine Etappe des nationalen Wiederaufbaus.

Das steht keinesfalls im Widerspruch zu der Tatsache, daß bestimmte grundlegende demokratische Reformen, wie z.B. die Bodenreform, die Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels sowie einiger anderer Zweige, für die progressive Entwicklung des Landes unerlässlich sind. Auf außenpolitischem Gebiet bekennt sich Nicaragua, das zeigt die Erklärung für die Nichtpaktgebundenheit, zu einer Politik der Unabhängigkeit und Souveränität, des Friedens und der guten Beziehungen zu allen Ländern, unter Berufung auf die ökonomische und politische Selbständigkeit, und zur Solidarität mit allen Völkern, die um ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. (...)

Die nikaraguanische Revolution ist eine echte und tiefgreifende Volksrevolution, d.h. das ganze Volk, angeführt von der FSLN im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften und Somoza-Gegnern, fegte die Tyrannei hinweg, ließ die Manöver des Imperialismus scheitern und schlug die gefährliche und durchtrainierte Nationalgarde mit der Waffe in der Hand. Es errichtete eine neue demokratische Macht, die für die volle Unabhängigkeit und nationale Souveränität des Landes eintritt.

Insbesondere der pyramidenförmige Aufbau des ökonomischen „Imperiums“ des Somozismus, in dem ein großer Teil der Hauptausbeuterschicht mit der Familie Somoza und ihren Spießgesellen liiert war, erleichterte die revolutionären Veränderungen. Außerdem wurde der „militär-bürokratische Apparat“ des Staates Somozas, der in der Nationalgarde und auf die Busenfreunde des Diktators konzentriert war, durch den Aufstand zerschlagen. (...)

Der Hauptteil dieses alten Machtapparates wurde vom bewaffneten Volk hinweggefegt. Aus dem Volk selbst und der Sandinistischen Armee entstehen jetzt die Strukturen des neuen Staates. Dieser Staat wird natürlich nicht nur aus den Kräften bestehen, die die Revolution und die Nation schützen. Dazu gehört auch die Errichtung von zivilen Organen des Volkes, die Schaffung entsprechender Institutionen für wirtschaftliche, juristische und politische Funktionen, für die Volksbildung und das Gesundheitswesen usw. Aber niemand erschrickt vor der Tatsache – ausgenommen die Heuchler und verkappten Konterrevolutionäre –, daß sich jetzt die wichtigsten Machtmittel in den Händen der Revolutionsarmee und der bewaffneten Organe des Volkes befinden. Diese durchlaufen gegenwärtig einen Prozeß der Veränderung: aus der Guerilla und den schlecht bewaffneten Massen werden eine reguläre Armee und die Sicherheitsorgane aufgebaut. (...)

Wenn die Revolution voranschreitet, sich soziale und politische Differenzierungen vollziehen, dann wird sich auch der Klassenkampf verschärfen. Niemand kann sicher sein, daß Verbündete oder Freunde von heute nicht morgen vielleicht schon zu den erbittertsten Feinden zählen. Es wäre aber unklug, dem Feind Vorwände für ein Eingreifen zu liefern oder notwendige Etappen überspringen zu wollen. Politik muß sich von Prinzipien leiten lassen, aber sie ist die Kunst des Möglichen.

Je richtiger die Politik, desto schwieriger werden die Arbeit und die Aggressionen des Feindes. Das ist die Geschichte aller Revolutionen. Die Erklärungen einiger sandinistischer Führer zeugen von großer Klarheit gerade in dieser Frage. (...) Im Falle Nikaraguas scheint eine Übergangsphase einer sehr breiten Front antidiktatorischer Kräfte, der Demokratisierung und des nationalen Wiederaufbaus möglich. (...)

(Quelle: Estudios, o.O., Nr. 73/Okttober 1979, S. 2-19)

Manifest der Patriotischen Front von Honduras

Nach dem Willen des Juntachefs General Policarpo Paz Garcia und seiner Washingtoner Ziehväter sollen die zum 20. April 1980 angesetzten Wahlen Honduras vor einer revolutionären „Erschütterung“ à la Nicaragua oder El Salvador bewahren. Der dortige abrupte Sturz der Diktatoren Somoza und Romero im Juli bzw. Oktober 1979 soll hier der reaktionären Militärdiktatur erspart werden, indem sie sich zur Übergabe der Regierungsgeschäfte an gutbürgerlich-oligarchische Zivilisten bereit findet. Das wiederum können nur „gemäßigte“ Herrschaften aus den Reihen der Nationalen Partei, der Liberalen Partei oder der sog. Reformpartei des Großhändlers und Industriellen Andonie Fernandez sein. Sie nämlich sind einzig zu dem Wahlspektakel zugelassen.

Ob mit dieser Wahlfarce allerdings dem demokratisch-anti-imperialistischen Widerstandspotential die Spitze genommen werden kann, scheint mehr als fraglich. Angesichts der tiefgreifenden Krise des wirtschaftlich-sozialen Systems in Honduras (siehe ausführlich: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 25-27) dürften bloße Korrekturen an der Oberfläche keine Krisenlösung bescheren. Zum anderen rief dieses durchsichtige Betrugsmanöver bei der demokratischen und revolutionären Oppositionsbewegung eine verstärkte Bereitschaft zur Aktionseinheit hervor. Inspiriert durch das Beispiel der antidiktatorischen Volkseinheit im benachbarten Nicaragua fand sich zur Jahreswende 1979/80 auch in Honduras – ähnlich wie in El Salvador (siehe Beiträge in diesem Heft) – ein außerordentlich breites Spektrum zur Patriotischen Front von Honduras (FPH) zusammen. In ihrem nachfolgend dokumentierten Manifest vom 20. Februar 1980 formulierte die FPH ihre Alternativvorstellungen zu einer wirklichen sozialen Veränderung und Demokratisierung in Honduras, wandte sie sich gegen die Wahlfarce des 20. April 1980. Die Programmatik dieser Patriotischen Front ist indessen von Bedeutung über diesen Wahltermin hinaus. Denn mit der Christdemokratischen, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei von Honduras stehen hinter ihr die drei wichtigsten Oppositionsparteien (der FPH bislang nicht beigetreten ist die Sozialdemokratische Revolutionäre Partei) und so gewichtige Massenorganisationen wie die Allgemeine Zentrale der Arbeiter (CGT), Landarbeitergewerkschaften, Lehrer-, Studenten- und Schülerverbände.

- Die Patriotische Front (FPH) lehnt die nächsten Wahlen (vom 20. April 1980; d. Red.) ab und ruft zum Widerstand gegen den Wahlkampf auf.
- Die FPH verlangt eine neue Politik und neue Bedingungen für einen Wahlprozeß, der die Interessen des Volkes beachtet.
- Die FPH verkündet das Recht zum Aufstand, wenn dem Volk von Honduras weiterhin die demokratischen Wege verschlossen bleiben.

Honduranisches Volk!

Die ökonomische, soziale und politische Krise, die Honduras zur Zeit erlebt, ist das Ergebnis der Funktionsunfähigkeit

der Struktur, die unserer Gesellschaft zugrundeliegt. Diese Struktur ist völlig veraltet und entspricht nicht den Notwendigkeiten für eine demokratische Entwicklung des Landes. Von daher besteht die Lösung dieser Krise in der Veränderung der Gesellschaftsstruktur. Alle demokratischen Kräfte des Landes sehen in dieser Veränderung eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Jeder Lösungsversuch, der nicht die veralteten, ungerechten und unproduktiven Produktionsverhältnisse angreift, bleibt einfache Demagogie.

Die Militärregierung (Lopez Arellano, im Dezember 1972 unter Führung reformfreundlicher Offiziere installiert; d. Red.) hat sich als unfähig erwiesen, das Wesen der nationalen Krise zu erfassen, und selbst wenn sie sie erfaßt hätte, so fehlte es doch an ernsthaften Anstrengungen, die dazu führen könnten, diese Krise zu lösen. Am Beginn ihrer Regierungszeit sind diese Anstrengungen zwar gemacht worden, aber heute sind diese Reformversuche nicht nur vergessen, sondern ihre Prinzipien auch verraten worden (im April 1975 brachte ein Putsch unter Oberst Melgar Castro den Reformprozeß zum Erliegen und im August 1978 kamen unter General Policarpo Paz Garcia die revolutionären, mit der Oligarchie verbundenen Militärs an die Macht; d. Red.). Die Kamarilla der traditionellen Parteien, die der politische Ausdruck der konservativsten Kräfte sind (Nationale Partei und Liberale Partei; d. Red.), ist aufgrund ihrer Struktur und ihrer politisch rückwärtsgewandten Konzeptionen unfähig, ein Programm der Sozialreformen zu schaffen, und es durchzusetzen, ein Programm, das die Ursachen der Unterentwicklung und der Abhängigkeit beseitigt.

Die geplanten Wahlen am 20. April dieses Jahres werden durch zwei politische Kräfte mit der gleichen prooligarchischen und antipatriotischen Prägung gesteuert und bringen daher keine Lösung für die Probleme des Landes. Im Gegenteil, diese Wahlen sind vielmehr ein Schachzug, um die jetzigen Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten und die politische Macht in den Händen einer Kamarilla zu sichern, die im Dienst der multinationalen Ausbeuter steht. Nachdem sich die Militärregierung hierzu als unfähig erwiesen hat, versucht man nun, die Militärregierung durch eine vermeintlich verfassungsmäßige Regierung des gleichen antidemokratischen Kalibers zu ersetzen.

Der hervorstechendste Charakterzug der Militärregierung besteht darin, daß sie eine Entwicklung des Landes vorantreibt, die untrennbar verbunden ist mit Abhängigkeit, Antidemokratismus und einer unverantwortlichen Staatsführung, was ihre repressive Tendenz, ihre arbeiterfeindliche Politik, ihre unsoziale Ausrichtung in Bezug auf die Verteilung des Bodens sowie ihre völlige Unterwerfung unter die transnationalen Gesellschaften, ihre nicht zu rechtfertigende Verpflichtung gegenüber den reaktionärsten Teilen der Nationalen Partei (Konservative, gegründet 1923; d. Red.) und eine skandalöse Korruption auf allen Sektoren zum Ausdruck brachte.

Aus diesem Grunde sind die Forderungen des Volkes nach Beendigung der Verfolgungen, Respektierung der gewerk-

schaftlichen Freiheiten, Freilassung der politischen Gefangenen, Wiedereinbürgerung des Paters Guadalupe Carney, Freilassung der Opfer der absurden politischen Prozesse sowie nach einer umfassenden Demokratisierung voll gerechtfertigt und bilden die Grundlage des gemeinsamen Kampfes der demokratischen Kräfte des Volkes.

Die Handlungen des Arbeitsministeriums bleiben weiterhin geprägt durch eine arbeiterfeindliche Ideologie. Die Interessen der Werktätigen werden den Interessen der ausbeuterischen Arbeitgeber geopfert, in erster Linie den Interessen der transnationalen Gesellschaften. Die demokratische Gewerkschaftsbewegung ist immer das Objekt der Manöver dieses Ministeriums gewesen, das zwar die Arbeiter ihre eigenen Gewerkschaftsvertretungen wählen ließ, diese dann aber nicht akzeptierte, sondern durch ihm genehme ersetzte.

Das Programm der Agrarreform ist überhaupt nicht verwirklicht worden. Was übriggeblieben ist, ist ein bürokratischer Apparat, dem man illegale Handlungen vorwirft und der völlig unfähig ist, auch nur die elementarsten Probleme der Bauern zu lösen. Die Massen der Landarbeiter sind gezwungen, Boden zu besetzen, weil die Versprechungen der Regierung, ihre Forderungen nach Land, Krediten und technischer Hilfe zu erfüllen, nicht eingehalten wurden. Stattdessen war nur den Forderungen der Großgrundbesitzer nachgegeben worden.

Es ist paradox, daß das Heer 8 Jahre, nachdem es die verfassungsmäßige Ordnung gebrochen hat, um eine neue Ära des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit einzuleiten, nun genau denjenigen die Macht zurückgeben will, die es 1972 gestürzt hat. Der schwerwiegendste Umstand hierbei ist, daß diese Rückerstattung vollzogen wird, ohne daß die geringsten erforderlichen Änderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Landes verwirklicht worden wären. Die Probleme, die damals zum Sturz der Regierung führten, haben sich seitdem nur verschärft.

Dies bedeutet, daß der damalige Grund der Machtübernahme, die Einführung von sozialem Fortschritt und Gerechtigkeit, nur vorgeschoben war, und stattdessen lediglich egoistische Interessen durchgesetzt werden sollten. So hat heute die Korruption in der öffentlichen Verwaltung beängstigende Ausmaße erreicht. Die illegale Bereicherung und die Ausnutzung des Einflusses, den das Militär ungerechtfertigterweise in dem ganzen bürokratischen Apparat ausübt, hat sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene zu einer völligen Verachtung der honduranischen Regierung geführt, was auch einige ehrliche Offiziere öffentlich zugegeben haben.

Als Höhepunkt seiner antidemokratischen und antipatriotischen Handlungen hat nun der Teil der Streitkräfte der zur

Zeit das Land regiert, zusammen mit der Nationalen Partei einen Wahlprozeß in Gang gesetzt, der betrügerisch ist und bei dem die demokratischen Kräfte von der Teilnahme ausgeschlossen sind, so daß die beiden traditionellen Parteien, die verantwortlich sind für das Ausmaß der honduranischen Tragödie von vornherein als Sieger feststehen.

Angesichts dieses Betrugsmanövers, das die Teilnahme der demokratischen Kräfte an den Wahlen verhindert hat, lehnt die Patriotische Front von Honduras die Wahlen in der Form wie sie jetzt durchgeführt werden ab, und verweigert jede Art der Beteiligung.

Schon ihre Teilnahme bzw. die Teilnahme einiger ihrer Mitgliedsparteien würde ein demokratisches Aushängeschild abgeben und den Betrug vergrößern. Mehr noch, sie (die FP; d. Red.) wird auch ihre Mitglieder an der Basis nicht dazu aufrufen, sich an der Wahl zu beteiligen. Denn niemand von den Kandidaten vertritt ihre Interessen, und auch nicht die Interessen des Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit.

Je mehr der Zeitpunkt der Wahlen sich nähert, umso mehr wächst der Widerstand des Volkes gegen diese. Auf dem Hintergrund dieser Realität, versucht die Nationale Partei diejenigen, die sich nicht an den Wahlen beteiligen wollen, da die Kandidaten keine Alternative des Fortschritts des Volkes darstellen, zu einer Stimmabgabe zu zwingen. So versuchen die traditionellen Parteien, die unzufriedenen Bürger mit einem antidemokratischen Gesetz zu einer Stimmabgabe zu zwingen und so Kandidaten zu wählen, die sich dem sozialen Fortschritt widersetzen.

Zum anderen wäre die Abhaltung einer Wahl nur dann im Sinne des Volkes, wenn man den diskriminierenden Wahlprozeß von Grund auf neu strukturieren und demokratisieren würde, wenn man alle demokratischen Kräfte an der Wahl teilnehmen ließe. Nur wenn man das gültige, diskriminierende Wahlgesetz reformieren würde; nur wenn man den Zensurprozeß abschaffen würde; nur wenn sich alle politischen Kräfte eintragen könnten; nur wenn der Organismus der Wahlen und Bürgerregistratur neu strukturiert würde; nur wenn eine wirkliche Teilhabe an dem Bürgerrecht, die Kandidaten zum Senat und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, den Präsidenten der Republik und die übrigen Vertreter auf zentraler und örtlicher Ebene direkt zu wählen, existierte.

Der politische Prozeß, den Honduras erlebt, findet in einer Situation wichtiger Veränderungen auf dem mittelamerikanischen Isthmus statt. Deshalb bekräftigt die Patriotische Front von Honduras ihre Solidarität mit dem nikaraguanischen Volk, das eine neue Gesellschaft aufbaut, und verurteilt alle Versuche, von unserem Land aus konterrevolutionäre Aktionen zu unternehmen. Wir solidarisieren uns ebenfalls mit dem Kampf der Völker von El Salvador und Guatemala.

Die materielle Basis der Gewalt in unserem Land liegt in den ungerechten Strukturen, in der andauernden und systematischen Mißachtung der Interessen des Volkes. Die Patriotische Front von Honduras kann als im Volk verwurzelte Organisation niemals mit Krieg, Anarchie und Terrorismus einverstanden sein. Die Verantwortung liegt bei jenen, die heute den Staat regieren und denen wir verkünden, daß ihnen die Aufgabe obliegt, in dieser schwierigen Situation historische und mögliche Initiativen zur Wiedererlangung eines Klimas des Friedens und der Ruhe in unserem Lande konkret zu machen. Wenn aber die Türen zu einer wirklichen Beteiligung des Volkes an der Entwicklung des Landes weiterhin verschlossen bleiben, dann steht dem Volk das Recht zum Aufstand zu.

Tegucigalpa, 20.2.1980

(Quelle: Patria, Tegucigalpa/Honduras, Nr. 162/2.2.1980, S. 2)



Rainer Falk **Der Sieg der Patriotischen Front**



Die Parteien der Patriotischen Front haben bei den Wahlen vom 27.-29. Februar d.J. einen glänzenden Sieg davongetragen: Die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) erreichte mit 62,9% der abgegebenen Stimmen 57 von 80 an die Schwarzen zu vergebenden Sitzen des neuen Parlaments. Die Afrikanische Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) hat 24,1% der Stimmen und damit 20 Sitze bekommen. Den 87% der Parteien Robert Mugabes und Joshua Nkomos stehen gerade 8,2% oder drei Sitze gegenüber, auf die es Abel Muzorewa mit seinem Vereinigten Afrikanischen Nationalrat (UANC) brachte.

„Für meine Partei, für die Patriotische Front insgesamt, ist dies ein sehr großer Augenblick,“ wertete Robert Mugabe das Ergebnis. „Dies ist die Stunde unseres Sieges, der Kulminationspunkt unseres nationalen Kampfes, der so viele Tote und so viel Leid gekostet hat.“ Und er fügte hinzu: „Die Patriotische Front hat gewonnen, und sie hat gut gewonnen. Obwohl wir getrennt in die Wahlen gingen, wußten wir, daß das Ergebnis allen Bestandteilen der Front anzurechnen wäre. Wenn einige in den Kategorien eines Sieges für die ZANU ganz allein denken, so meinen wir, daß es sich um einen Sieg der gesamten Front handelt.“¹

Fanal für Namibia und Südafrika

Der Wahlsieg ist ein Ergebnis des fast 15-jährigen bewaffneten Befreiungskampfes gegen das illegale Smith-Regime. Er wurde letztlich möglich, weil es in der letzten Phase des Kampfes gelungen war, ZANU und ZAPU in einer gemeinsamen Front zusammenzuführen. Diese – wenngleich oft brüchige und von taktischen Differenzen belastete – Einheit erhöhte die Schlagkraft der kämpfenden Parteien in jeder Hinsicht, sei es auf der militärischen, der politischen oder

der diplomatischen Ebene. Alle diejenigen, die sich gegen diese Einheit stellten, blieben politisch auf der Strecke: zuerst der ehemalige ZANU-Chef Sithole, sodann Muzorewa, und mit ihm alle diejenigen westlichen Strategen, die glaubten, mit Marionettenlösungen den Status quo stabilisieren zu können.

So ist denn die Niederlage Muzorewas, in dessen Wahlkampfkasse Millionen südafrikanischer Rand und britischer Pfund flossen, auch und vor allem eine Niederlage der Strategie neokolonialer Lösungen: Noch im letzten Frühjahr führten die britischen Konservativen ihren Wahlkampf mit der Losung, das damals aus einem Wahlschwindel (über dessen Charakter jetzt auch die letzten Zweifel beseitigt sein dürften; siehe AIB, Nr. 6/1979) hervorgegangene Muzorewa-Regime würde von einer Regierung Thatcher unverzüglich anerkannt werden. Kaum war die Thatcher-Regierung im Amt, sah sie sich mit dem gewaltigen Druck der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der Commonwealth-Staaten konfrontiert. Sowohl auf dem Monrovia-Gipfel der OAU als auch auf der Commonwealth-Konferenz in Lusaka von 1979 wurde klar, daß der Westen die interne Lösung nur um den Preis einer heillosen Isolierung hätte offen anerkennen können. Hinzu kam, daß Muzorewa selbst nicht in der Lage war, die vom Westen in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen, nämlich den Guerillakrieg zu beenden.

Die daraufhin im September 1979 einberufene Londoner Lancaster-House-Konferenz, an der Smith/Muzorewa, die Patriotische Front und Großbritannien teilnahmen, war zunächst als nochmaliger Anlauf gedacht, die Patriotische Front durch Ultimaten und Schaffung vollendeter Tatsachen auszumanövrieren. Auch das, was letztlich als politischer Kompromiß herauskam, ließ viele im Westen zumindest an der Hoffnung festhalten, ein Marionettenregime un-

ter Muzorewa würde mit dem Heiligenschein freier Wahlen internationale Anerkennung erlangen. Es kam jedoch ganz anders. Die Verankerung der Patriotischen Front in der Bevölkerung erwies sich als so stark, daß selbst Einschüchterungen und gewisse Unregelmäßigkeiten den Wahlsieg der Befreiungsbewegung nicht mehr verhindern konnten.

Das Wahlergebnis hat weitreichende internationale Auswirkungen, vor allem im Südlichen Afrika. Ganz deutlich ist jetzt geworden, daß dem Turnhallenregime in Namibia jegliche Legitimationsbasis fehlt. Es stärkt die Position derer, die davon ausgehen, daß auch dort ohne die Befreiungsbewegung, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), keine Lösung denkbar ist (siehe: AIB, Nr. 3/1980). Für eine gewisse Zeit wird eine verhärtete Haltung der südafrikanischen Besatzungsmacht deren Triumph noch hinauszögern können: aber die Perspektivlosigkeit dieses Unterfangens ist jetzt schon unverkennbar.

Auch in Südafrika selbst wird es zu einem Aufschwung des Befreiungskampfes kommen. „Der 4. März (Datum der Bekanntgabe des Wahlergebnisses, d. Verf.),“ heißt es in einem Telegramm des Präsidenten der südafrikanischen Befreiungsbewegung, des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC),

Oliver Tambo, an die Wahlsieger „ist ein historisches Datum im Leben des Volkes von Südafrika. Der Mißerfolg, der den Kräften der Reaktion und des Neokolonialismus in den Wahlen beigebracht wurde, ist ein Sieg ohne Beispiel. Er läutet das Ende des Systems des Imperialismus, des Kolonialismus und des Rassismus im Süden Afrikas ein“.²

So hoch der Sieg der Patriotischen Front zu bewerten ist, er darf nicht den Blick für die Hypotheken verstellen, mit denen das unabhängige Zimbabwe konfrontiert sein wird.

Im Wahlergebnis, besonders in der Wahlbeteiligung von 94% (der höchsten, die es bislang in Afrika gab) spiegelt sich ein hoher Stand der Mobilisierung des Volkes wider. In ihm drückt sich aber auch die starke Stammesverwurzelung der beiden Parteien der Patriotischen Front aus, deren Stimmanteile nahezu deckungsgleich sind mit ihrer traditionellen Stammesbasis (ZANU/Shona, ZAPU/Matabele). Schon daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer breiten Regierung der nationalen Einheit, auf die sich Robert Mugabe und Joshua Nkomo inzwischen geeinigt haben. Danach wird J. Nkomo in einer Regierung Mugabe das Amt des Innenministers einnehmen, in dessen Zuständigkeit u.a. die sog. Tribal Trust Lands (Stammesgebiete) fallen, die traditionel-

Robert Mugabe „Unsere sozialistischen Prinzipien“



Über Sozialismus: Wir sind sozialistisch. Wir werden für sozialistische Prinzipien eintreten, aber unsere Prinzipien müssen die Realitäten unseres Landes – die Geschichte, Traditionen und besonderen Umstände, in denen wir uns befinden – zur Kenntnis nehmen. Das Land ist auf das freie Unternehmertum gegründet und von daher kapitalistisch. Wir müssen hinnehmen, daß wir keine sofortige Zerschlagung dieser Ökonomie herbeiführen können; wir können schrittweise vorgehen bis wir unser Ziel erreichen. Natürlich muß der Rassismus in der öffentlichen Verwaltung verschwinden. Aber man wäre sehr dumm, wenn man sich des Systems sofort bemächtigen und es umstürzen würde.

Über Demokratie: Wir möchten, daß die Leute, insbesondere auf dem Lande, auf den verschiedenen Ebenen an der Gestaltung ihres eigenen Lebens teilnehmen. Für die Arbeiter werden verschiedene Komitees geschaffen, die Funktionen im Management ausüben werden. Dies fassen wir ins Auge. Ich weigere mich, politische Modelle zu übernehmen. Die Prinzipien – ja, die Prinzipien, daß die Leute schließlich ihre eigenen Herren sein müssen, daß sie das Eigentum an den Ressourcen teilen, daß die Bauern in Kollektiven gut organisiert sind... Dies sind Prinzipien aus Erfahrungen anderer, wie China, Jugoslawien, Rumänien. Ich möchte keine Reglementierung. Ich hätte das wirklich nicht gern. Ich empfinde persönlich eine starke Abneigung gegen eine Diktatur, ob sie nun von Individuen oder von Staaten praktiziert wird. Menschen müssen das demokratische Recht haben, ihre Entscheidungen zu treffen, selbst wenn sie nicht kollektiviert werden wollen.

Über Marxismus: Gewisse Prinzipien, die wir haben, stammen vom Marxismus her. Aber andere stammen aus unseren eigenen Traditionen, beispielsweise das Gemeindeeigentum am Boden. Die Marxi-

sten glauben ebenfalls daran, aber ich glaube nicht, daß die Nigerianer, die ihr Land nationalisiert haben, in irgendeiner Weise Marxisten sind.

Über die Verfassung: Wir sind bereit im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie, wie sie von uns in dem Abkommen von Lancaster House (Londoner Zimbabwe-Konferenz Ende 1979; d. Red.) akzeptiert wurde, zu arbeiten. Obwohl wir durch die Koalition der Patriotischen Front sogar die Macht dazu hätten, glaube ich nicht, daß wir größere Verfassungsänderungen vornehmen möchten. Ich meine, wir werden versuchen mit der Verfassung so wie sie ist zu arbeiten, und wir werden sehen, wie es geht. Es ist wahr, wir hatten gegenüber gewissen Klauseln unsere Bedenken, aber es ist nur fair, daß wir der Verfassung eine ehrliche Chance geben.

Über das Kriegerrecht: Ausgangssperren müssen aufgehoben werden; sie sind jetzt unnötig. Der Krieg ist zuende gegangen. Wir sind ein Land im Frieden. Wir brauchen kein Kriegerrecht. Wir brauchen keine unnötigen politischen Verhaftungen. Diejenigen, die verhaftet worden sind, müssen jetzt freigelassen werden. Wir beginnen ein völlig neues Kapitel in der Hoffnung, daß es keine Schikanie von irgendjemandem aus politischen Gründen geben wird. Wir werden so viel Freiheit zur politischen Organisation wie möglich gewähren. Warum sollten Parteien der Opposition mit ihren Kampagnen, wie sie sie während der Wahlen betrieben hatten, nicht fortfahren?

Über die Entwaffnung der Weißen: Jedermann muß entwaffnet werden, nicht nur die Weißen. Es gibt viele Schußwaffen, und wir wollen sie fortschaffen. Wir möchten, daß dies innerhalb einer möglichst kurzen Zeit erreicht wird. Das Volk hat jetzt die Macht, ich sehe daher keinen Grund, warum der Einzelne Schußwaffen haben sollte. Falls wir das Volk bewaffnen wollen, werden wir dies in passender Weise tun.

Über Südafrika: Was die Schwarzen in Südafrika zu tun beschließen, ist völlig ihre eigene Angelegenheit. Wenn sie sich dafür entscheiden, einen bewaffneten Kampf zu führen, wünschen wir ihnen alles Gute. Es ist weder unsere Sache, unsere Männer mit Waffen dahin zu schicken, um auf der Seite der Befreier zu kämpfen, noch in irgendeiner anderen Form direkt etwas zu unternehmen, um den bewaffneten Kampf zu unterstützen. Wir können die Apartheid auf den Foren der Vereinten Nationen und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen verurteilen, aber wir würden es nicht als unsere direkte Verantwortung betrachten, die südafrikanische Regierung zu stürzen. Südafrika ist eine andere Sache als Rhodesien, wo eine Gruppe von Siedlern gegen ihre Königin und danach auch gegen den allgemeinen Willen des Volkes rebellierte. Südafrika konsolidierte sich selbst auf der Basis einer Unabhängigkeit, die 1910 (durch Großbritannien) gewährt worden war. Was jetzt erforderlich ist, ist nicht die Infragestellung der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit Südafrikas, sondern des Systems, das für die Unterdrückung, die da unten weitergeht, verantwortlich ist. Südafrika ist kein koloniales Problem wie bei uns.

(Quelle: Time, New York, 17.3.1980)

Fode Amadou Wo steht Zimbabwes Wirtschaft?

Die Frage, die sich nach den Wahlen in Zimbabwe stellt, ist die der Umstellung und Ankurbelung einer Wirtschaft, die tief von 14 Jahren Krieg geprägt ist. Die Hauptorientierungen in diesem Bereich werden gewiß erst nach der Bildung der Regierung der Patriotischen Front von Robert Mugabe und Joshua Nkomo festgelegt werden.

In dieser Hinsicht gibt die Bilanz der wirtschaftlichen Situation des vergangenen Jahres einen Anhaltspunkt über den bereits erreichten Rückstand und die Anstrengungen, die man entfalten muß. Das Bruttoinlandsprodukt hat stagniert, die Inflation hat offiziell 12% erreicht, die Importpreise haben sich erhöht und die Arbeitslosigkeit hat alarmierende Ausmaße angenommen.

Die neuesten Voraussagen über den letzten Punkt verleiten kaum zu Optimismus. Von 1.055.000 Personen im Jahre 1975 ist die Gesamtzahl der Lohnempfänger auf 990.000 Ende 1978 gefallen (bei einer aktiven Bevölkerung von 3 Mio Einwohnern), und ca. 75.000 Arbeitsplätze pro Jahr müssen durchschnittlich im nächsten Jahrzehnt geschaffen werden, wenn man dem Bevölkerungsdruck begegnen will; abgesehen von den heute unterbeschäftigten weiblichen Arbeitskräften, denen man Arbeit verschaffen muß, und vom Andrang in die Städte, der durch die Landflucht verursacht wird.

Diese massenhafte Arbeitslosigkeit, die besonders die Schwarzen trifft, verstärkt sich seit der Intensivierung der Guerillaoperationen im Jahre 1976, durch die immer massiver werdende Abwanderung europäischer Techniker, die sich um die Zukunft ihres Landes sorgen. Die Zahl ihrer Abgänge hat 1979 jährlich 10.000 Personen erreicht.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit hängt selbstverständlich mit den Schwierigkeiten zusammen, auf die die Wirtschaft Zimbabwes seit Jahren stößt, vor allem was den Transport der Export- und Importartikel betrifft. Die ersteren, hauptsächlich bestehend aus Agrar- (Tabak und Mais), Bergbau- (Asbest, Chrom, Nickel, Zinn usw.) und Fertigprodukten, wurden ernsthaft behindert, nicht so sehr durch das UN-Embargo selbst, sondern durch die zusätzlichen Kosten, die dadurch indirekt entstanden sind. Diese erreichen nach offiziellen Schätzungen 15-18% und stellen verschiedene Bezüge von Zwischenhändlern und Tarnfirmen dar sowie Kosten, die durch die Schließung der Grenzen und die Verlängerung der Handelswege verursacht werden.

Folglich konnte Rhodesien, während es am Vorabend der einseitigen Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1965 112.000 t Tabak von hervorragender Qualität produzierte, im letzten Jahr nur noch 56.000 t auf den Markt werfen. Die Produktion und Ausfuhr von Mais ist zwar angestiegen, aber in einem geringeren Ausmaß als vorgesehen.

Der Bergbau wurde ebenfalls durch den Krieg und die Sanktionen behindert: Er brachte 1979 nur 300 Mio Dollar ein, für eine Produktion, die kaum 80% höher war als 1964, während das Ansteigen der Kurse für Bergbauprodukte bessere Ergebnisse erhoffen ließ.

Anbindung an Südafrika

Der Verkauf von rhodesischen Fertigerzeugnissen, hat nicht zuletzt unter dem totalen oder partiellen Verlust von zahlreichen Märkten in Süd- und Zentralafrika (Malawi, Sambia, Macambique usw.) gelitten, wo sie früher mit südafrikanischen Produkten konkurrierten. Was die Ausfuhren betrifft, weiß man, daß sie fast immer einen Absatzmarkt im Ausland gefunden haben, obwohl Salisbury seit mehr als 15 Jahren weder Zahlen über seinen Außenhandel, noch Angaben über seine wirtschaftlichen Partner veröffentlicht. Und dies zuerst in Südafrika, über das der Hauptteil des rhodesischen Handels zwischen 1965 und 1979 abgewickelt wurde. Pretoria kauft von Rhodesien Fertigprodukte (Textilien, Bekleidung, Radios) und verkauft eine breite Skala von Produkten, die von Maschinen bis zu Erdöl und militärischen Ausrüstungen reicht.

Hingegen kennt man nicht das Ausmaß der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Salisbury weiterhin besonders mit verschiedenen afrikanischen und arabischen Ländern aufrechterhalten hat, obwohl diese sich verpflichtet hatten, das Embargo anzuwenden.

Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Südafrika hat die Belastung des Krieges für die rhodesische Wirtschaft erheblich verringert, ohne sie allerdings ganz verschwinden zu lassen. Die Entwicklung der Infrastruktur (Flughäfen, Eisenbahnen, usw.), der neuen Energiequellen, um die Abhängigkeit vom Erdöl (vollständig importiert) zu verringern, dies alles wurde erheblich gebremst, weil der Import der notwendigen Ausrüstungen aus dem Ausland nicht



möglich war. Aus den gleichen Gründen, nahm die Produktivität der Fertigerzeugnisse produzierenden Unternehmen wegen der Überalterung der Maschinen ab.

Angesichts dieser schlechten wirtschaftlichen Situation, stellt die Aufhebung der Sanktionen, die sich bereits konkret in der Wiederaufnahme von Flügen verschiedener Luftfahrtgesellschaften (darunter British Airways und Zambian Airways) und der Wiederöffnung der Grenze zu Mocambique am 12. Januar ausdrückt, einen ersten Hoffnungsschimmer dar. Von den rhodesischen Tabakpflanzern wurde die Öffnung des Marktes der EG, der vor 1965 einer ihrer Hauptmärkte war, mit Genugtuung aufgenommen.

Landreform als Angelpunkt

Über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die mittel- und langfristig zu treffen sind, kennt man die Optionen der wichtigsten schwarzen Führer.

Während Joshua Nkomo sich während seiner Kampagne wenig deutlich zu seinem „zimbabwischen Sozialismus“ äußerte, und sich damit zufrieden gab festzustellen: „Wir wollen einen pragmatischen Sozialismus, der mit unseren Traditionen und unserer Geschichte harmoniert“, sind die Thesen Robert Mugabes besser bekannt. Der Führer der ZANU, der während seines Wahlkampfes häufig beruhigende Erklärungen an die Adresse der weißen Bevölkerung abgab, hat den wirtschaftlichen Liberalismus abgelehnt und sich für die Kontrolle der Produktionsmittel durch das Volk ausgesprochen, wenngleich das erst nach und nach realisiert werden sollte.

Die beiden ehemaligen Führer der Patriotischen Front beziehen indessen eine gemeinsame Position, was die Landfrage betrifft, die als der Dreh- und Angelpunkt jeder sozialen Veränderung in Zimbabwe erscheint. Man urteile: 10.000 weiße Farmer besitzen dem Land Tenure Act (Gesetz über die Landverteilung; d. Red.) zufolge 50% des Landes, und 600.000 Familien von schwarzen Bauern die andere Hälfte in den am wenigsten fruchtbaren und überdies über-völkerten Gebieten des Landes.

Wie könnte man infolgedessen eine wirkliche Veränderung erreichen, ohne die Privilegien der weißen Farmer in Frage zu stellen? Es ist also nicht erstaunlich, daß die ZANU und die ZAPU in fast wörtlicher Übereinstimmung erklärt haben, „dieses Unrecht wiedergutzumachen“. Das Land muß nach ihnen „dem Volk gehören. Der Einzelne darf nur das Recht zu seiner Nutzung haben“.

(Quelle: L'Economiste du Tiers Monde, Paris, Nr. 44/März 1980, Auszüge)

len, noch von der britischen Kolonialmacht den Schwarzen zugeteilten Reservate.

Aktuell brisanter noch ist das Arrangement mit der bislang herrschenden weißen Minderheit, für die im Parlament nach den Bestimmungen des Lancaster-House-Abkommens 20 Sitze reserviert sind. Zwei ihrer Vertreter werden in die neue Regierung als Landwirtschafts- und Finanzminister kooptiert werden. Auch der Oberbefehlshaber der rhodesischen Armee, Peter Walls, bleibt in seinem Amt.

Diese personalpolitischen Maßnahmen, die Ausdruck der von R. Mugabe und J. Nkomo schon im Wahlkampf proklamierten „Politik der nationalen Versöhnung“ sind, sind ein kluger Schritt, aber keine Garantie dafür, daß ein massenhafter Exodus weißer Techniker und Spezialisten das Land nicht in Zukunft vor kaum lösbare Probleme stellt. Die Umstrukturierung der Wirtschaft stößt ohnehin auf eine Reihe objektiver Schwierigkeiten, die Ausdruck der extremen Verflechtung mit Südafrika und Ergebnis der langjährigen Kriegswirtschaft sind (siehe Beitrag von Fode Amadou in diesem Heft).

Das drängendste Problem stellt indessen die Landfrage dar. Hier hat der neue Premierminister R. Mugabe eine Politik der „fortschreitenden Sozialisierung“ angekündigt (zu seiner ideologischen Konzeption siehe Interview), die die existierenden Besitzverhältnisse zwar zum Ausgangspunkt nimmt, perspektivisch jedoch um die Beschneidung der privilegierten Besitzverhältnisse der Weißen nicht herumkommen wird.

Hypotheken der PF-Regierung

Immerhin scheint es realistisch, daß eine erste Phase der Bodenreform, die sich auf die Verteilung des nicht bebauten Bodens sowie der von den Weißen verlassenen Ländereien erstrecken soll (lediglich 6% des Bodens werden heute landwirtschaftlich genutzt), erfolgreich angegangen werden kann. Dazu sieht das ZANU-Wahlmanifest die Einrichtung eines landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds vor, der Land aufkaufen und mit dessen Finanzmitteln „die Errichtung von Gemeinschaftsdörfern und kollektiver Landwirtschaft auf neuerworbenem Land“ gefördert werden soll.³ Nach den Lancaster-House-Bestimmungen müßte dieser Fonds mit Geldern aus den USA, Großbritannien, der BRD und der Europäischen Gemeinschaft gespeist werden.

Ein weiteres Problem ist die Umstrukturierung des alten Machtapparates, insbesondere des Militärs. Die inzwischen angelaufene Integration der Guerillaarmeen mit der Armee des alten Regimes geht ebenfalls auf die Übergangsbestimmungen des Abkommens der Lancaster-House-Konferenz zurück. Auch hier stellt sich die heute noch ungewisse Frage, ob die Machtübergang ohne Reibungen und Konflikte bewerkstelligt werden kann.

Eine große Gefahr für eine friedliche Entwicklung des jungen Staates stellt schließlich die Existenz des rassistischen Regimes in Südafrika dar. Schon kurz nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses hat der südafrikanische Premierminister P.W. Botha mit „Gegenschlägen“ gedroht, falls Zimbabwe zum strategischen Hinterland des südafrikanischen Befreiungskampfes werden sollte. Auch in diesem Sinne ist es eine beherzigenswerte Erfahrung, die der Präsident der VR Mocimboa nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses so formuliert hat: „Der Kampf ist weit davon entfernt, beendet zu sein, auch wenn die Waffen schweigen. Die Manöver des Feindes, die Manöver des Imperialismus, die Manöver der Rassisten und hartnäckigen Reaktionäre werden weitergehen. Wenn er aus seinen Positionen verdrängt ist, strebt der Feind stets danach, sie zurückzuerobern, mit neuen Methoden, neuen Taktiken, neuen Agenten. Aber es ist wesentlich

in Erinnerung zu behalten, daß es die Einheit des ganzen Volkes und besonders die Einheit derer, die gekämpft haben, ist, aus der die Kraft entsteht, die in der Lage ist, die Manöver des Feindes zu demaskieren und zu neutralisieren.“⁴

Anmerkungen:

- 1) Afrique Asie, Paris, Nr. 209/17.3.1980
- 2) El Moujahid, Algier, 6.3.1980
- 3) Auszüge aus dem Manifest in: Frankfurter Rundschau, 17.3.1980
- 4) Afrique Asie, a.a.O.

Tunesien-Aufruf

Freiheit für die politischen Gefangenen in Tunesien und die Beendigung der militärischen Intervention

Seit der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 organisiert die alleinherrschende Neodestur-Partei, die später ironischerweise in „Sozialistische Destur-Partei“ umbenannt wurde, unter dem Präsidenten auf Lebenszeit, Habib Bourguiba, den Ausverkauf des Landes an imperialistische Wirtschafts- und Militärinteressen. Dabei hat sich das Regime jeder Opposition sowohl aus der eigenen Partei wie auch von Kräften außerhalb der Partei mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entledigt. Dazu gehört der politische Mord wie im Fall des früheren Generalsekretärs der Partei, Salah Ben Youssef, und seiner Anhänger ebenso wie das Verbot der Formierung progressiver nationaler Kräfte und der Inhaftierung ihrer Kader als auch Folter und Unterdrückung der Mitglieder demokratischer Massenorganisationen wie des Gewerkschaftsverbandes UGTT.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes in Gafsa (Ende Januar 1980; d. Red.) mit Hilfe französischer Spezialeinheiten ist Schlimmstes für die Bevölkerung zu erwarten.

Unter dem Destur-Regime, das sich alle Mühe gab, Tunesien als ein aufgeklärtes demokratisches und „gemäßigtes“ Land erscheinen zu lassen, werden Demokratie und Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten. Das Regime ließ seine Maske fallen, als es nach monatelangen Provokationen gegen die Gewerkschaftsbewegung den aus Protest ausgerufenen Generalstreik vom 26. Januar 1978 blutig niederschlug und in den darauffolgenden Monaten versuchte, die Gewerkschaft durch Verhaftung und Aburteilung ihrer Kader und aktiven Mitglieder zu zerschlagen. Noch heute befindet sich eine Vielzahl der im Zusammenhang mit diesem „Schwarzen Donnerstag“ Verhafteten und in Scheinprozessen Verurteilten unter unmenschlichen Bedingungen in tunesischen Gefängnissen.

Wir fordern deshalb:

- die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen. Dazu gehören alle diejenigen, die unter Bruch der tunesischen Verfassung wegen ihrer politischen Betätigung in oppositionellen Parteien und Organisationen zu oft langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und diejenigen, die sich wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten vor allem im Zusammenhang mit dem Generalstreik vom 26.1.1978 im Gefängnis befinden;
- alle Beschränkungen der Freizügigkeit für die in den vergangenen Monaten aus tunesischer Haft entlassenen, unrechtmäßig verurteilten politischen Gefangenen aufzuheben;
- die „Generalunion der Gewerkschaften Tunesiens“ (UGTT) unter seine authentische, demokratisch gewählte Führung stellen, die nach dem „Schwarzen Donnerstag“ vom Regime abgesetzt und durch eine Marionettenführung um Tijani Abid ersetzt wurde;
- die seit vielen Jahren praktizierte Folter in tunesischen Gefängnissen zu beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen;
- die Aufhebung der Zwangsarbeit (Zivildienst und Nationaldienst), die nach dem Generalstreik gegen die tunesische Arbeiterjugend eingeführt wurde;
- die Beendigung jeder ausländischen militärischen Intervention, durch die das Land unterdrückt und zur Basis gegen andere afrikanische und arabische Staaten wird.

Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf,

- sich diesen Forderungen anzuschließen und jegliche Militärhilfe wie auch die Lieferung von militärischer Ausrüstung (z.B. durch die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG) an das tunesische Regime einzustellen und
- auf den EG- und NATO-Partner Frankreich im Sinne einer sofortigen Beendigung der Interventionspolitik einzuwirken.

Martin Böttger, Mitglied des Vorstands der Vereinigten Deutschen Studentenschaften, Bonn; Kristian Kordes, Vorstand des Sozialistischen Hochschulbunds, Bonn; Prof. Dr. Norman Paech, Vorsitzender der Demokratischen Juristen in der Bundesrepublik, Hamburg; Prof. Dr. Erich Wulff, Sprecher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees, Frankfurt; Prof. Dr. Manfred O. Hinz, Vorstand des Deutsch-Afrikanisch-Arabischen Büros, Bonn; Horst Falkowski, Jugendleiter der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken, Berlin; Uwe Foullong, Landesjugendleiter der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, Berlin; Christoph Stresser, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, Münster; Manfred Confurius, Außenreferent des Bundesvorstandes des Liberalen Hochschulverbands, Bonn.

Politbüro der MPLA – Partei der Arbeit

Erklärung zur Lage im Südlichen Afrika

Der Kampf der noch unter kolonialer Herrschaft stehenden Völker im Südlichen Afrika um die nationale Unabhängigkeit befindet sich gegenwärtig in einer äußerst kritischen Phase. Ursache dafür sind die vielfältigen Versuche bestimmter westlicher Mächte, auf jeden Fall zu verhindern, daß die legitimen Vertreter dieser Völker die Macht übernehmen. Unter diesen Umständen ist zu befürchten, daß die Situation sich derart verschlechtert, daß es in Zimbabwe und Namibia zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Freiheitskämpfern und den kolonialistischen und rassistischen Kräften mit unvorhersehbaren Auswirkungen für die ganze Region, insbesondere für die Frontstaaten kommt. Was Zimbabwe betrifft, so muß unterstrichen und daran erinnert werden, daß die sog. Londoner Verfassungskonferenz (vom 10.9.-21.12.1979, siehe AIB, Nr. 1 und 2/1980; d. Red.) eine offensichtliche Folge der progressiven Entwicklung des von der Patriotischen Front geführten bewaffneten Kampfes und der Anerkennung der Patriotischen Front durch die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.) als legitimer Repräsentant des Volkes von Zimbabwe sowie ihrer späteren Aufnahme als Mitglied der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna war.

Gleichzeitig bewirkte der auf der Konferenz in Monrovia gefaßte Beschluß der OAU (Gipfeltreffen vom 17.-21.7.1979; d. Red.), das Marionettenregime Muzorewa nicht anzuerkennen und die von der britischen und amerikanischen Regierung mit solcher Eile verfolgte Aufhebung der Wirtschaftssanktionen nicht zuzulassen, ein Zurückweichen der britischen Regierung während der Commonwealth-Konferenz in Lusaka (1.-7.8.1979; d.Red.). Dies drückte sich in der britischen Selbstanerkennung als administrative Kolonialmacht Rhodesiens 14 Jahre nach der einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit aus.

Obstruktion in Zimbabwe und Namibia

Nach den langen und bewegten Verhandlungen im Lancaster House (Tagungsort während der Londoner Konferenz; d. Red.) wurden zwischen der Patriotischen Front und der doppelt vertretenen britischen Regierung Abkommen zur Verfassung, zu den Waffenstillstandsbedingungen und den Modalitäten für freie und demokratische Wahlen unterzeichnet.

Trotz der gewissenhaften Erfüllung der Abkommensklauseln durch die Patriotische Front gab es absichtliche Verletzungen von seiten der britischen Behörden. Diese erschwerten ernsthaft die Rückkehr der Kader und Führer der Patriotischen Front nach Zimbabwe und gestatteten den Verbleib südafrikanischer bewaffneter Kräfte auf dessen Territorium. Sie schränkten die Wirksamkeit des Commonwealth-Kontingents ein, indem sie ostentativ auf den systematischen Ein-



Luanda im Februar 1979: Letztes Geleit für den verstorbenen angolischen Präsidenten Agostinho Neto

satz von rhodesischen Militär- und Polizeikräften, Söldner eingeschlossen, zurückgriffen, um „Gesetz und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, die Grenzen zu den Frontstaaten zu bewachen und um sogar ungestraft Kämpfer der Patriotischen Front zu ermorden.

Natürlich ist die Absicht der britischen Behörden klar. In deutlicher Komplizenschaft mit dem rassistischen und faschistischen Regime in Pretoria wollen sie die Machtergreifung durch die Muzorewa-Clique zum Schaden der Patriotischen Front begünstigen, um ein neokolonialistisches Regime in Zimbabwe zu gewährleisten.

Ausgehend von dieser Situation bekräftigt das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der MPLA-Partei der Arbeit seine bedingungslose kämpferische Solidarität mit der Patriotischen Front und tritt für die Aktionseinheit während des Wahlprozesses ein. Schon jetzt erklärt es die britische Regierung und deren imperialistische Verbündete für die tragischen Ereignisse verantwortlich, die in Zimbabwe geschehen werden, wenn weiterhin die verschiedensten Manöver zur Ausschaltung der Patriotischen Front betrieben werden.

Was Namibia betrifft, so hegt das rassistische und faschistische Regime in Pretoria gegenüber der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) mit Duldung derselben Westmächte identische Pläne.

Nach der Annahme der Resolution 435 durch den UN-Sicherheitsrat hat das Regime in Pretoria die trügerischsten Vorwände vorgebracht, um die Durchsetzung dieser Resolution zu verhindern (die UN-Resolution 435 von 1978 verurteilte alle einseitigen Maßnahmen der illegalen südafrikanischen Verwaltung in Namibia bezüglich von Wahlen; d. Red.).

So hat Pretoria die Scheinwahlen vom Dezember 1978 (siehe: AIB, Nr. 2 und 4/1979; d. Red.) zum Nutzen der sog. Demokratischen Turnhallen-Allianz, der Marionettenorganisation im Dienste des südafrikanischen Regimes, vorbereitet und finanziert sowie Bedingungen für eine interne Regierungslösung in Namibia und deren folgende internationale Anerkennung geschaffen. Damit wurde beabsichtigt, die SWAPO, den einzigen und legitimen Repräsentanten des namibischen Volkes, von der Teilnahme am Wahlprozeß und an der Machtübernahme auszuschalten.

Das Regime von Pretoria hofft, auf diese Weise die illegale Besetzung Namibias verewigen zu können, um einerseits die zügellose Ausbeutung der Reichtümer dieses Territoriums fortzusetzen und andererseits das Eindringen bewaffneter Marionettenbanden nach Angola mit dem Ziel zu forcieren, die wehrlose Bevölkerung anzugreifen und ökonomische Aufgaben zu sabotieren.

Südafrikas nichterklärter Krieg

Parallel dazu beschwört das Regime in Pretoria das Gespenst der „Expansion des Kommunismus“, um die riesigen Finanzinvestitionen, den Verkauf ausgeklügelter militärischer Ausrüstung und die Übergabe von Kerntechnologie durch die imperialistischen Mächte zu rechtfertigen. Einige von diesen sind in der sog. Gruppe der Fünf (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada; d. Red.) zusammengeschlossen, deren Bildung merkwürdigerweise dazu bestimmt war, eine Lösung für die Unabhängigkeit Namibias zu finden.

Pretoria ging dazu über, allmählich einen nichterklärten Krieg gegen die Volksrepublik Angola zu entfesseln. Durch häufige Verletzungen des angolanischen Luftraumes und wiederholte Land- und Luftoperationen wurden Menschenleben sowie Agrar- und Viehzuchtkomplexe und Industrieanlagen vernichtet, die fälschlicherweise als SWAPO-Stützpunkte ausgegeben worden waren. Diese militärischen Überfälle sollten das angolanische Volk einschüchtern, die vielfältige Unterstützung für die SWAPO unterbinden und die angolanische Revolution destabilisieren.

In jüngster Vergangenheit schickt sich das Regime in Pretoria an, einen Plan durchzusetzen, der darauf abzielt, dem namibischen Territorium den Status eines „Dominions“ zu geben. Dabei rechnet man mit der Hörigkeit der angeblichen Verfassungsgebenden Versammlung Namibias. Ein solcher Schritt würde Südafrika auch formal die Annexion des namibischen Territoriums ermöglichen (siehe: AIB, Nr. 3/1980; d. Red.).

Damit demonstriert das rassistische und faschistische Regime in Pretoria die offenkundige Absicht, die Entkolonialisierung Namibias zu verhindern. Deshalb widersetzt es sich der Verwirklichung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates und der Schaffung einer entmilitarisierten Zone entlang der angolanisch-namibischen Grenze. Eine solche Zone aber würde eine vorherige Feuereinstellung zwischen den bewaffneten Kräften der SWAPO und denen Pretorias voraussetzen und die Durchsetzung der Resolution 435 fördern.

Diese ungewöhnliche Herausforderung der internationalen

Gemeinschaft durch das Regime in Pretoria und die Schritt für Schritt intensivierte Aggressionen gegen die Volksrepublik Angola – insbesondere nach dem Tod des unsterblichen Führers der angolanischen Revolution (Präsident Dr. Agostinho Neto starb am 11.9.1979; d. Red.) – basieren auf der unleugbaren militärischen und finanziellen Unterstützung durch die Westmächte.

SWAPO und ANC – von Angola bedingungslos unterstützt

Die schändlichen Absichten der imperialistischen Mächte und ihrer Agenten gegenüber der Volksrepublik Angola werden auch durch den Rückgriff auf verhetzte und bewaffnete Marionettenbanden getarnt. Indem diese zum einen versuchen, die Erdöl- und Diamantförderung oder die Kaffeeproduktion zu beeinträchtigen und zum anderen die Harmonie der Beziehungen zu den übrigen Nachbarstaaten zu stören, sollen sie die ökonomische und soziale Entwicklung der Volksrepublik Angola sabotieren. Angesichts dieses düsteren Panoramas bekräftigt das Politbüro des ZK der MPLA-Partei der Arbeit einmal mehr seine feste Entschlossenheit, die SWAPO Namibias und den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) Südafrikas mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen – ungeachtet der schweren Folgen, denen zu begegnen ist, oder des hohen Preises an menschlichen und materiellen Verlusten, den die Volksrepublik Angola für ihren Beitrag zu einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit der Völker Namibias und Südafrikas zu tragen hat.

Luanda, den 29. Januar 1980 – „Jahr des 1. Außerordentlichen Kongresses der Partei und der Schaffung der Volksversammlung“

(Quelle: Jornal de Angola, Luanda, 30.1.1980)

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS
ARGUMENT
120

Dritte Welt und Erste Welt (III)
Kulturelle Identität, Self-Reliance,
Grundbedürfnisse. Alltägliche Krisen-
bewältigung. Spontaneismus. Kommen-
tierte Bibliographie: Umweltfragen.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



W. Haug: Ideologie/Warenästhetik/
Massenkultur
Thesen über Ideologie. Kritische Psy-
chologie und Ideologie-Theorie. Thesen
zur ästhetischen Erziehung.
SH 33 4,00 DM.



Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.
Nationalisierungsprogramm BRD.
Demokratische Wirtschaftsplanung
Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Bouzid Kouza Zwölf Tage in Kabul

Eine erste Bilanzierung der Afghanistankrise zur Jahreswende 1979/80 brachten wir bereits in AIB 2/1980. Inzwischen wurden weitere Details bekannt, die zur Erhellung des Krisenhergangs um den 27. Dezember 1979 (Sturz H. Amins und Machtübernahme B. Karmals), aber auch neue Legenden bekannt, welche von westlichen Desinformanten zu den Vorgängen in Afghanistan im Januar/Februar 1980 hinzugesetzt wurden. Zu den profiliertesten progressiven Gegeninformanten zählt zweifellos der Afrique-Asie-Sonderkorrespondent in Kabul, Bouzid Kouza. Er greift in dem hier dokumentierten Bericht ohne Scheu in die westliche Gerüchtküche hinein.

Nach B. Kouzas zwölfjährigem Kabul-Aufenthalt kam es Ende Februar d.J. zu dem bislang größten Rebellionsversuch gegenrevolutionärer Kräfte. Nachdem am 21. Februar die Kabuler Händler und Geschäftsleute in den Streik getreten waren, folgten zweitägige Demonstrationen, Straßenkämpfe und Brandschätzungen. Die Zahl der Opfer bei den Unruhen wurde auf rund 300 Tote und 1000 Verletzte geschätzt. Die Organisatoren hatten sich durch in die Stadt eingeschleuste Waffen auf den Übergang zu militärischen Attacken vorbereitet, wie die spätere Sicherstellung von etwa 200 Maschinengewehren, Granaten u.a. Waffen amerikanischer, chinesischer und pakistanischer Herkunft nach der Niederschlagung der Rebellion ergab. Wie der Korrespondent der Zeit zum 7.3.1980 zu berichten wußte, bedrohten die sog. islamischen Rebellen im übrigen auch die Kabuler Basaris, indem sie ihnen „die Befolgung des Streikaufrufes nahelegten und andernfalls mit Leib und Leben, Gut und Habe gefährdenden Repressalien drohten“. Wie ferner die Verhaftung des CIA-Agenten Robert Lee und einer Gruppe von 16 eingeschleusten pakistanischen Militärexperten bloßlegte, waren die Carter-Administration und Zia-ul-Haqs Mannen bei den Straßenkämpfen einmal mehr mit von der Partie.

Die Lage in Kabul ist gespannt, Afghanistan gevierteilt. Es gibt keine afghanische Armee mehr. Soldaten mit rosigen und pausbäckigen Gesichtern ersetzen die stolzen schnurrbartigen Krieger. Usbeken und Tadschiken aus der UdSSR sind als afghanische Soldaten verkleidet. Explosionen in Kabul. Aufstände im Pul-i-Cherchi (Gefängnis in Kabul; d. Red.). Oppositionelle Zeitungen machen nachts die Runde. Die sowjetischen Soldaten machen ihre Einkäufe mit der Kalaschnikow in der Hand...

Märchen um Pul-i-Cherchi u.a.

Das sind einige Überschriften, die ich nach meiner Rückkehr aus Kabul gelesen habe. Und es gibt andere, Dutzende, gleicher Machart; ebensoviele Lügen. Die Wahrheit ist, daß Kabul erleichtert ist, auch wenn das Ausgehverbot noch in Kraft ist. Gespannt sind die Tausenden von Kadern und Verantwortlichen – von denen die Hälfte aus den Gefängnissen kommt –, die voller Aktivität darangehen, die Ordnung in den verschiedenen Staatsverwaltungen wiederherzustellen, um den Verwaltungsapparat zum Funktionieren zu bringen, um die Partei zu reorganisieren und die politischen Bedingungen für den neuen Aufschwung der Revolution vor-



Aus Pul-i-Cherchi im Januar d. J. befreiter Student

zubereiten.

Dies alles zu einer Zeit, in der die Gefahr von Sabotageakten nicht ganz vorüber ist und in einem Klima verdeckter Aggression an den Grenzen.

Was die Sowjets betrifft: weder verschämte oder hinterlistige Zurückhaltung, noch triumphierendes und provokatorisches Zurschaustellen. Man weiß, daß sie da sind, und daß sie ihre Aktivitäten auf genau bestimmten Gebieten durchführen. (...)

Die Aufstände in Pul-i-Cherchi? Sprechen wir davon. Es gab ein großes Gedränge vor diesem Gefängnis. Jeder wartete auf einen Bruder, einen Vater oder einen Sohn. Und nicht alle haben das Glück gehabt, sie wiederzusehen, aus dem einfachen und schrecklichen Grund, weil sie vor dem 27. Dezember 1979 umgebracht worden sind.

Die Menge hat demonstriert? Ja. Gegen die Regierung? Nein. Gegen die Amin-Anhänger – ca. 20 – die sie in diesem selben Gefängnis eingesperrt glaubte und die man ihr ausliefern sollte.

Man hat geschrien „Nieder mit den Russen“? Vielleicht. Wer kann behaupten, daß sich in eine Menge nicht Konterrevolutionäre mischen können? Sind nicht genau deshalb Sicherheitsmaßnahmen sowohl in Kabul als auch im Rest des Landes getroffen worden? Es ist jedoch ein unverschämtes Märchen, zu behaupten, daß 2.000 Menschen diesen Slogan aufgenommen hätten. (...)

Aber das Land selbst, das afghanische Volk, seine Opfer und seine Hoffnungen? Verdeckt oder verfälscht. Gegen die ungeheure Knüppelei der großen imperialistischen Presse, ergänzt durch sog. linke Organe, hat es die Stimme der authentisch fortschrittlichen Kräfte und in erster Linie diejenige Afghanistans sehr schwer, sich Gehör zu verschaffen.

Zwei der vielen Fragen, die sich stellen, sind besonders wichtig. Was ist seit der April-Revolution (27.4.1978; d. Red.), welche die Volksdemokratische Partei (VDPA) an die Macht gebracht hat, passiert? Welcher Grund hat die Inhaber der Staatsmacht von Kabul dazu veranlaßt, den afghanisch-sowjetischen Beistandsvertrag (vom Dezember 1978; d.

Red.) anzuwenden?

Die ersten Elemente der Antwort, die wir vorschlagen, sind die Frucht geduldiger und aufmerksamer Untersuchung, der Diskussion mit den afghanischen Revolutionären, der Konfrontierung mit den Tatsachen. Was hat es damit auf sich? Es ist vergebens leugnen zu wollen: Die afghanische Revolution ist eine Realität. Seit 1977 hat sie sich als unvermeidlich angekündigt, selbst in den Augen der Vereinigten Staaten. Zu dieser Zeit stellte die nach 10jähriger Spaltung wiedervereinigte VDPA mit ihrem ökonomischen und sozialen Programm und ihren 50.000 Aktiven die einzige kämpferische Kraft dar, fähig, die wahren Bestrebungen des afghanischen Volkes auszudrücken.

Die afghanische Revolution ist eine Realität!

Im Großen und Ganzen zielten die wichtigen Punkte des Programms auf die Abschaffung der Feudalherrschaft, die das Land in einer mittelalterlichen Lage hielt; auf die Sicherung einer unabhängigen ökonomischen Entwicklung, auf die Schaffung der besten Bedingungen, damit zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans das Volk selbst die Verantwortung für sein Schicksal übernehmen kann.

Mit der Machtübernahme durch eine Aufstandsbewegung, die die Aktion der Volksmassen und von Einheiten der bewaffneten Streitkräfte, die schon seit vielen Jahren von der VDPA gewonnen wurden, miteinander verband, wurde ihr (der VDPA; d. Red.) eine besonders schwierige Situation hinterlassen. Es blieb alles zu tun in diesem Land von 17

Mio Einwohnern, bestehend aus 22 ethnischen Gruppen, die sich in Dutzende von Stämmen und in Hunderte von Clans unterteilen. Ein Land, in dem neben den zwei Hauptsprachen (Dari und Paschtu) mehrere Dialekte gesprochen werden, aber in dem durch den Analphabetismus 90% der Bevölkerung jede geschriebene Information vorenthalten wird; ein Land, in dem der größte Teil der landlosen Bauern mit ihren Familien von und für die Minderheit von Feudalherren lebte, die Land und Handel in ihrer Hand hatten sowie den Verwaltungsapparat und die verschiedenen Staatsorgane vermittels ihrer Kader kontrollierten.

Diese Situation wurde durch die Größe des Landes und das Nichtvorhandensein eines wirklichen Kommunikationsnetzes erschwert. Die Stammes- und Konfessionsrivalitäten (20% Schiiten, 80% Sunniten) wurden aufrechterhalten, weil sie ein Gleichgewicht der Stagnation garantieren, das dem alten Regime gestattete, sich zu halten. (...)

Die Tür in die Zukunft? Das ist die Agrarreform, das ist die massive Alphabetisierungskampagne, das ist die Demokratisierung der Staatsinstitutionen und die Einsetzung neuer Organisationsformen. Das ist die Öffnung gegenüber der Welt, gegenüber den anderen kämpfenden Völkern, die Entdeckung des Bauern, daß er das Haupt erheben kann, ohne vom Feudalherren geschlagen zu werden, schließlich die Möglichkeit für alle Jugendlichen lesen und schreiben zu lernen, sich weiterzubilden. Für die allerärmsten Schichten in den Städten ist das die berechtigte Hoffnung auf eine weniger dunkle Zukunft.

Und zu Recht: Die Regierung hat unverzüglich einen Entwicklungs- und Reformplan in Angriff genommen, der in 5

Gespräch mit Babrak Karmal

FRAGE: Sie haben kürzlich die Konstituierung einer antifeudalen und antiimperialistischen Nationalen Front angekündigt. In welchen Formen wird sie organisiert werden, und welche sind die sozialen Schichten und die politischen Kräfte, die in ihr repräsentiert sind?

B. KARMAL: Jedes Land hat seine eigenen Charakteristika: Klassenstrukturen, Kultur, Geschichte, Religionen usw. Die Charakteristika unseres Landes sind analysiert worden und aus dieser Analyse entstand eine Plattform, die der aktuellen Etappe, die unser Land erreicht, Rechnung trägt. Die Nationale Front ist keine taktische Konzeption, sondern eine strategische Vision, die von den objektiven historischen Bedingungen Afghanistans diktiert wird.

Die nationaldemokratische Front ist schon eine Realität, die sich in der Zusammensetzung des Revolutionsrates und der Regierung konkretisiert, in denen Persönlichkeiten sitzen, die nicht Mitglieder der Partei sind. Mit gewissen anderen Persönlichkeiten laufen im Augenblick Kontakte und Diskussionen, um sie in die Front einzubeziehen, um diese zu verbreitern. (...)

Die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) ist die führende Kraft des Landes. Sie leitet die Front an, die allen sozialen Schichten offensteht, welche die Entwicklung des Landes wollen: alle diejenigen, die das nationale Interesse, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit allem voran stellen. Niemand wird ausgeschlossen und alle demokratischen Freiheiten werden geachtet werden, besonders das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Organisation für die Bürger, die Parteien und die sozialen, kulturellen und religiösen Organisationen, die sich für diese antifeudalen und antiimperialistischen Plattform aussprechen. Die Front ist ebenso für Persönlichkeiten des politischen, sozialen und religiösen Lebens geöffnet, einschließlich derjenigen, die Verantwortlichkeiten unter dem Regime vor der April-Revolution ausgeübt haben. Die einzige Vorbedingung ist die, daß sie in der Vergangenheit nicht in Handlungen gegen das Volk verwickelt waren. Wir berücksichtigen ihre moralische und politische Integrität, ihre Kompetenz und ihren Wunsch, dem Land zu dienen.

Was ihre politischen Auffassungen betrifft, ist das allermindeste erforderliche Minimum, daß sie sich neutral verhalten und daß sie das nationale Interesse über alles stellen.

FRAGE: Sie bestehen auf der territorialen Integrität. Das bedeutet, daß diese weiterhin als bedroht gilt. In welchem Maße und von wem?

B. KARMAL: Afghanistan ist noch durch eine direkte Intervention bedroht. Das ist der Sinn unserer Bitte um militärische Hilfe an die Sowjetunion (afghanisches Hilfegesuchen vom 28.12.1979; d. Red.). Diese Hilfe wird an dem Tag keinen Sinn mehr haben, an dem diese Bedrohung verschwunden ist.

Wie ich schon Gelegenheit hatte, zu sagen, hat der CIA Söldner rekrutiert, die in Verbindung mit Straßenräubern und Feudalherren und unter dem Deckmantel des Islam an unseren Grenzen Aufruhr gestiftet haben und dies noch tun, um das Land im Zusammenwirken mit den Unternehmungen der Bande von Amin zu destabilisieren. Dieses Zusammenspiel zielte darauf ab, die notwendigen Bedingungen für eine imperialistische Intervention herzustellen, um unsere Revolution zu zerschlagen und die Feudalherrschaft in unserem Lande wiederzuerrichten. (...)

FRAGE: Die von der UdSSR gewährte Hilfe ist von zahlreichen fortschrittlichen nichtpaktgebundenen Ländern unterschiedlich eingeschätzt worden; man registriert eine gewisse Vorsicht, oder sogar Zurückhaltung...

B. KARMAL: Es muß noch einmal unterstrichen werden, daß es unser absolut uneingeschränktes Recht ist, uns auf ein Land zu stützen, mit dem wir einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit haben. Jedes Land besitzt dieses Recht, und es ist nicht das erste Mal im Laufe der Geschichte, daß ein Land auf Hilfe in vielen Formen und besonders militärische zurückgreift. (...)

Was uns im besonderen betrifft, so profitiert das afghanische Volk von der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion, ohne daß diese sich irgendwie einmischen würde, in welcher Weise die afghanischen Revolutionäre und unser Volk den revolutionären und demokratischen Prozeß zu führen hätten. Dies wird von unserer Partei bestimmt.

Mit anderen Worten, unsere Partei allein hat bestimmt und bestimmt über die Form der Hilfe, über ihren Umfang, über die Bereiche, in denen sie notwendig ist, in Berücksichtigung unserer Bedürfnisse und der Gefahren, die die Errungenschaften unseres Volkes bedrohen. Das ist eine klare prinzipielle Position ohne Zweideutigkeit weder für die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistans noch für die Regierung der Sowjetunion.

Jede andere Interpretation ist nur die Frucht eines vorsätzlichen Willens, die Fakten zu entstellen, Verwirrung zu säen, um die wirklichen ausländischen Interventionen in die inneren Angelegenheiten der Völker zu rechtfertigen, die ihrerseits allein Tat des Imperialismus sind. (...)

Jahren die Grundsteine für die Geburt eines neuen Afghanistan legen dürfte.

Dieses Programm war – und ist es immer noch – ein großartiges Unternehmen, das auf den Schultern eines zahlenmäßig kleinen Teils des Volkes ruht: den Avantgarde-Mitgliedern der VDPA. Sie sind wirklich aufopferungsvoll und voll Selbstüberwindung, aber auch unerfahren und noch dazu mit einem Feind konfrontiert, der selber nie die Waffen ablegt. Dazu kommen interne Uneinigkeiten in der noch zu frisch wiedervereinigten Partei. Die Partei war in den Städten fest verankert, konnte aber nie tief in das Land eindringen, das der Gnade der Grundbesitzer ausgeliefert blieb.

Zerstörungswerk gegen die VDPA

Demgegenüber kamen seit dem Triumph der Revolution massenhaft neue Mitglieder, davon ein großer Teil aus dem Subproletariat. Dieses wird für die Amin-Gruppe schnell zur Haupttriebkraft des Zerstörungsprozesses der Partei von innen heraus und ihre Angriffswaffe der brutalen und zur Karikatur gemachten Anwendung des revolutionären Programms. Säuberungsaktionen, heimliche Exekutionen, Verhaftungen, Entführungen brachen über die Partei hinein, über die keimenden Massenorganisationen, die Gläubigen, die kleinen Leute. (...)

Das Zerstörungswerk (der Amin-Gruppe; d. Red.) berührte selbstverständlich die Armee als strategisch wichtigen Sektor. Mir wurde gesagt, daß innerhalb von zwei Jahren mehr als 1000 Offiziere exekutiert worden waren. Die Amin-Gruppe bewerkstelligte massive Umbesetzungen und setzte ihre Getreuen – Verwandte und Freunde – sowie unfähige Anhänger an die Spitze von Armeeinheiten.

Die Infiltrationen aus Pakistan kamen täglich. Mehr als 20.000 automatische Waffen (amerikanischer oder chinesischer Herkunft) wurden nach Afghanistan eingeschleust. (...)

Seit Anfang 1979 und in flagranter und eingestandener Verbindung mit dem proimperialistischen Regime in Islamabad und dem in Peking wurde Afghanistans Destabilisierung programmiert.

Weil er sich – endlich – der tödlichen Gefahr bewußt wurde, die der Revolution und dem Land durch Amin drohte, entschloß sich Taraki im September 1979, sich von seinem Premierminister und wahren Diktator zu trennen. Unglücklicherweise übergab ein Leibgardist Tarakis die Mikrokassette an Amin, auf welcher er das Zusammentreffen zwischen diesem (Taraki; d. Red.), den er schützen sollte, und Babrak Karmal in Moskau aufgenommen hatte. So kam es dann zur Ermordung Tarakis und zur Gefangennahme der Führer der VDPA, die gegen Amin waren.

Die Sowjetunion, die mehrfach von Amin gerufen wurde, um ihm zu helfen, seine Macht zu festigen – Machiavellismus oder Blindheit? die Geschichte wird urteilen –, entschied sich, dieser Bitte zu entsprechen unter Berücksichtigung von drei hauptsächlich Faktoren: 1. die Aggressionsbedrohungen nahmen deutliche Formen an – in Verbindung mit einem ausgedehnteren Plan, der die Gesamtheit des Subkontinents berührte; 2. die Amin-Gruppe bereitete die massive Liquidierung aller Führer der VDPA vor (das Hinrichtungsdatum war für den 29. Dezember 1979 oder den 2. Januar 1980 festgesetzt worden); 3. die geheime Führung der VDPA war entschlossen, Amin zu stürzen und der inneren Konterrevolution den Weg zu versperren.

Die beiden Operationen – sowohl verbunden als auch voneinander getrennt – wurden vom 24. Dezember 1979 an durchgeführt. Auf der einen Seite schickte die Sowjetunion Material und Truppen, die an den Grenzen und an neuralgischen Punkten des Landes Stellung bezogen, um sowohl

eine ausländische Aggression als auch inländische Aktionen von konterrevolutionären Gruppen zu verhindern.

Andererseits konzentrierte die VDPA, die von der Sorge befreit war, einem Gegner zu trotzen, der sie hinterrücks angriff, alle ihre Kräfte, um die Bewegung des 27. Dezember auszulösen. Diese stützte sich, wie übrigens auch die April-Revolution, sowohl auf Einheiten der Armee – hauptsächlich die gepanzerten – als auch auf die bewaffneten Gruppen der VDPA. Das Regime Amin stürzte nach einigen Stunden des Kampfes an drei Stellen: In Darulaman, wo sich Amin mit seiner pretorianischen Garde verschanzt hatte; in der Fernsprechzentrale; im Gefängnis von Pul-i-Cherchi.

Die gesamte westliche Presse hat sich mit Muße über die Beteiligung der Sowjets an den Kämpfen ausgebreitet. Kein Journalist, kein Beobachter unter denen, die Zeugen der Ereignisse dieses Tages waren, kann zu diesen Behauptungen den Schatten eines greifbaren Beweises heranziehen.

Der Sturz des Amin-Regimes ist ausschließlich das Werk der afghanischen Revolutionäre gewesen. Und sie brechen jetzt zu einer neuen Etappe auf: das Vertrauen der Volksmassen wiederzugewinnen, die Grundlage der Macht zu verbreitern, die Wunden eines mißhandelten Volkes zu verbinden, die Fehler zu korrigieren und mit Wachsamkeit und Mobilisierung den Prozeß der fortschrittlichen und demokratischen Umwandlung der afghanischen Gesellschaft wieder voranzutreiben.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 206/4.2.1980)

Stirbt die Entspannung am Khyberpass?

Hubert Kuschnik

Augenzeuge in Afghanistan

BERICHTE · DOCUMENTE · FOTODOKUMENTE



UZ aktuell

Erschienen Anfang März

Umfang 144 S., Preis 5,80 DM

Zu erhalten in allen Collectiv-Buchhandlungen oder direkt zu bestellen bei: Plambeck, Xantenerstr. 7, 4040 Neuss

Wolfgang Ritter

Trends unter Präsident A. Bani-Sadr



Mit den Präsidentschaftswahlen vom 25. Januar d.J. und den Wahlen zum Parlament im März/April d.J. etablieren sich derzeit zwei wesentliche politische Institutionen, wie sie in der islamisch-republikanischen Verfassung des Iran verankert sind.

Die Herrschaft der während der Revolution z.T. spontan entstandenen Organe und Komitees soll damit abgelöst werden von einer staatlichen Organisation mit dem Zwang zu einer effektiven Verwaltung. Daß sich hierbei verschiedene Vorstellungen herauskristalliert ist für die Perspektive der islamischen Revolution gerade deshalb von großer Bedeutung, da niemand weiß, wie lange der herzkrankte Ayatollah Khomeini seine Funktion als integrierende Kraft und charismatischer Führer der Revolution noch ausüben kann.

Nachdem mit der Ablösung der Bazargan-Regierung Ende Oktober 1979 und der faktischen Auflösung der mit dem Ayatollah Shariat-Madari sympathisierenden reaktionär-klerikalen Islamisch-Republikanischen Volkspartei bereits wichtige politische Vorentscheidungen gefallen waren, boten die Präsidentschaftswahlen Gelegenheit zur genaueren Abschätzung des politischen Kräfteverhältnisses. So ist davon auszugehen, daß die überwältigende Mehrheit der Stimmen für Abolhassan Bani-Sadr (75,7%) gegenüber seinem Hauptkonkurrenten, dem rechtsorientierten Admiral Madani (14,6%) eine Absage an die liberalbourgeoise Politik unter Mehdi Bazargan, d.h. an die Politik des sozialen Status quo, darstellt. Eine wichtige Rolle spielten dabei die studentischen Besetzer in der Teheraner US-Botschaft. Mit der Veröffentlichung von Dokumenten über konspirative Tätigkeiten und Kontakte zu US-Diplomaten bzw. zum spionageverdächtigen ehemaligen Regierungssprecher Entezam sowohl von seiten Madanis als auch rechter Funktionäre innerhalb der Partei der Islamischen Republik (sie wird angeführt von Ayatollah Beheshti u.a. Revolutionsrats-Mitglieder) waren sie dem Wahlsieg Bani-Sadrs trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Besetzungsfrage förderlich.

A. Bani-Sadr versuchte zunächst durch ein Bündel von Maßnahmen, seinen Machtspielraum zu erweitern und andere wichtige Strömungen und „Machtzentren“ auszuschalten. Dazu gehörte auch, die Verantwortung für die in der US-Botschaft gefangengehaltenen Geiseln dem Revolutionsrat zu übertragen, dessen Vorsitzender er selbst ist. Enthüllungen der Besetzer über angebliche US-Kontakte des Informationsministers Minachi kritisierte der Präsident als leichtfertig. Der zunächst verhaftete Minachi wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, um Durchsetzungsvermögen gegen die Studenten zu demonstrieren.

Differenzen in der Besetzungsfrage

Generell wollte A. Bani-Sadr mit Aufforderungen wie: „Jeder, der Ordnung und Disziplin mißachtet, rebelliert in Wirklichkeit gegen den Islam,“¹ seine Autorität sowohl gegenüber eigenmächtigen Übergriffen der Revolutionsgarden (Pasdaran) als auch fanatischer rechts-islamischer Esbollahs (Parteigänger Gottes) durchsetzen. Indem Ayatollah Khomeini ihm außer den gesetzlich festgelegten Vollmachten auch noch den Oberbefehl über die Streitkräfte (und damit die Verantwortung für die Pasdaran) übertrug, unterstützte er A. Bani-Sadrs Bemühen, die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen und eine Regierungssouveränität herbeiführen zu können.

Nachdem es anfangs den Anschein hatte, als könne A. Bani-Sadr die Geisellaffäre unter Ausschaltung der Studenten in der Botschaft lösen, nahm Ayatollah Khomeini am 21. Februar d.J. zu diesem Problem kontrovers Stellung.² Er lobte die Besetzer und pflichtete ihnen bei, man müsse auf der Auslieferung des Schah bestehen, ansonsten solle das vom Volk gewählte Parlament über die Geiseln entscheiden.

Als sich auch der Revolutionsrat dahingehend entschieden hatte, hielt Bani-Sadr seine Kritik nicht zurück: „Wenn der Revolutionsrat ... nicht alle Tage seine Meinung ändern würde, auf den Druck dieser oder jener pressure-group hin, wären wir nicht da, wo wir jetzt sind. ... Ich habe meinen Kollegen gesagt, daß man so kein Land regieren kann.“³

An diesem Vorgang wird vor allem zweierlei deutlich: Ayatollah Khomeini ist nach wie vor die einzige wirkliche volkstümliche Autorität im Iran. Das stellt auch A. Bani-Sadr, der sich selbst immer wieder auf Khomeini beruft, in Rechnung. Bei der Umsetzung seines Programms ist A. Bani-Sadr auf die Unterstützung anderer Kräfte angewiesen, zumal sein Versuch scheiterte, kurzfristig einen eigenen Einheitskongreß zu gründen, und er somit über keine solche organisatorische Schlagkraft verfügt wie etwa die Partei der Islamischen Republik.

Die Kernpunkte dieses Programms hat A. Bani-Sadr inzwischen selbst umrissen und konkretisiert.⁴ Im nationalen Rahmen ist er bestrebt, durch Zentrierung der Entscheidungsbefugnisse auf die Regierung und die offene Auseinandersetzung mit anders gesinnten Gruppen (so auch die Mojahedin-e-Khalq und die Fedayin-e-Khalq) eine integrierende Wirkung in Richtung auf die angestrebte islamische „Einheit“ zu erzielen. Klar wurde von ihm auch erkannt, daß die von ihm versprochenen Reformvorhaben nur bei einer rigorosen Säuberung der alten Verwaltungseinrichtungen und der Armee durchgeführt werden können.⁵ In der Nationalitätenfrage wendet er sich gegen weitgehende Autonomievorstellungen, zeigt aber eine gewisse Flexibilität.

Als Wirtschaftswissenschaftler hat A. Bani-Sadr schon vor längerer Zeit ein Wirtschaftsprogramm entworfen, daß nach seiner Ansicht auf den Grundsätzen des Koran fußt. Es umfaßt:

- die Aufhebung der ökonomischen Abhängigkeit des Iran. Die Lösung aus einer Arbeitsteilung, nach der der Iran Öl exportiert und Gebrauchsgüter importiert;
- die Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien;
- die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Selbstversorgung.

Zum Teil wurde dieses Programm schon in die Praxis umgesetzt. Verstaatlichungen wurden durchgeführt, die Produktion auf „sozial nützliche Güter“ konzentriert, die Einfuhr von Luxuswaren verboten. Wichtigster Schritt bisher ist das Landreformgesetz vom März d.J. Danach sollen Großgrundbesitzer enteignet und bislang staatlich verwaltetes Land an Bauerngenossenschaften übergeben werden. Unbewirtschaftetes Land wird vollständig enteignet, bewirtschaftete Ländereien sofern sie dreifache Größe des regional üblichen Besitzes übersteigen.

Es ist allerdings noch zu früh, um die Wirkungen bzw. Konsequenz der eingeleiteten Reformmaßnahmen und der Wirtschaftskonzeption beurteilen zu können.

Außenpolitisch hat Präsident Bani-Sadr wiederholt ein Konzept vertreten, das auf einer Variante der maoistischen Drei-Welten-Theorie beruht und mit dieser insbesondere die Vernachlässigung jeglicher Klassenspezifika gemeinsam hat: „Die Europäer müssen eines vom Iran lernen: Eine von den Amerikanern wie von den Russen unabhängige Politik zu machen. Dann können Europa und wir im Interesse der ganzen Menschheit eine gemeinsame Front bilden.“⁶ Im Namen der Verbreitung des Islam und der Einheit der islamischen Staaten macht er weiter Front gegen die afghanische Revolution.

Insgesamt ist A. Bani-Sadrs Programm recht widersprüchlich. Der endgültige Ausgang der Parlamentswahlen (in den Wahlkreisen, in denen kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hatte, wird es am 3. April eine Stichwahl geben) dürfte erste Anhaltspunkte für seine Realisierbarkeit liefern. Setzt sich freilich der Trend des 1. Wahlgangs, d.h. einer Mehrheit der Stimmen für die Partei der Islamischen Republik, fort, so sind erneute Umgruppierungen möglich.

Anmerkungen:

- 1) Tageszeitung, 25.2.1980
- 2) U.S. News & World Report, Washington, 3.3.1980
- 3) Le Monde, Paris, 12.3.1980
- 4) Vgl. auch Interview mit A. Bani-Sadr in: AIB, Nr. 7-8/1979, S. 36
- 5) Dies betonte er in einem Interview in: Afrique Asie, Paris, Nr. 208/3.3.1980
- 6) Stern, 6.3.1980

Wolfram Brönner/Paul Maaskola

Die Ölkrise – Werk der OPEC? (2. Teil)

„Je höher der Preis des dunklen Safts aus den Bohrlöchern von den Förderstaaten veranschlagt wurde, um so mehr klingelte es bei den Öl-Trusts in den Kassen . . . eine untrennbare katholische Heirat zwischen den 13 OPEC-Staaten und den Multis“, so der britische Energieexperte Anthony Sampson im Stern vom 8.11.1979. Es ist dies eines von unzähligen Beispielen dafür, wie westliche Propagandisten und Politiker ein Gleichheitszeichen zwischen Ölländer und „Ölimperialisimus“ mogeln. So will man den NATO-Interventionsdrohungen gegen die erdölexportierenden Entwicklungsländer eine Rechtfertigung verschaffen. So soll den OPEC-Staaten die Verantwortung für die Superprofite der Ölmultis zugeschrieben werden (siehe ausführlich: AIB, Nr. 3/1980, S. 10-15). So soll die Geschichte des Ölraubes auf den Kopf gestellt werden.

Jahrzehntelang wurde der Raubzug der angloamerikanischen Ölmultis auf die profitträchtigen Ölquellen mit einem System von Konzessionsverträgen, einem Relikt aus dem Kolonialzeitalter, juristisch abgesichert. In diesen Abkommen sicherten sich die Konzerne die Hoheitsrechte oftmals über die Gesamtfläche des Förderlandes, über den Besitz der Ölquellen, über ein Alleinrecht am Weiterverkauf und an der Verarbeitung des Rohöls.

Die Degradierung der erdölfördernden Entwicklungsländer zu reinen Rohöllieferanten war eine der Folgen der Allmacht der 7 Ölmajors: Die Raffineriekapazität (Erdölverarbeitungskapazität) wurde von ihnen völlig einseitig in den westlichen Zentren ausgeweitet, mit dem Ergebnis, daß der OPEC-Anteil an der Raffineriekapazität 1976 nur 5,6% im Weltmaßstab ausmachte.¹

Die Konzernstätigkeit bedingte weiter eine infrastrukturelle Fehlentwicklung in den Förderländern, d.h. die Infrastrukturmaßnahmen blieben einseitig auf die Enklaven des fremdbeherrschten Ölsektors beschränkt bzw. zugeschnitten.

Jahrzehntelang nichts als Almosen

Noch maßgeblicher aber für die Konzernexpansion in die unterentwickelt gehaltenen Ölländer insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens waren schließlich Sondervergünstigungen wie die zumeist völlige Steuer- und Zollfreiheit, das faktische Alleinrecht auf Vertragskündigung oder das Recht auf freien Profittransfer. Eingangs der 70er Jahre kamen etwa 45% sämtlicher repatriierter Auslandsprofite der US-Monopole allein aus der Ölregion des Nahen und Mittleren Ostens. Aus den OPEC-Staaten Saudi Arabien, Irak, Libyen, Algerien, Iran, Nigeria und Venezuela registrierten Statistiker der UNO die Zunahme des Kapitalabflusses von 1,91 Mrd Dollar (Zufluß 386,9 Mio Dollar) im Jahre 1965 auf 3,66 Mrd Dollar (Zufluß 322 Mio Dollar) im Jahre 1970.²

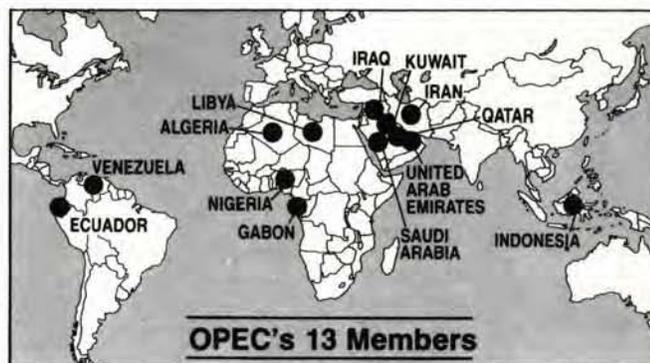
Angesichts derartiger Vorrechte und Extraprofite kamen die finanziellen Gegenleistungen an die Förderländer Almosen gleich. So betrogen beispielsweise nach einer UN-Berechnung die gesamten Erdöleinnahmen Saudi Arabiens im Jahre

1952 ganze 0,04% des Gewinns, den das dort tätige US-Konsortium allein aus der Förderung des Rohöls (also ohne Transport-, Verarbeitungs- und Vertriebsgewinne) im gleichen Jahr erzielte.³

Die internationalen Ölgesellschaften glaubten lange Zeit mit dem geringsten finanziellen Aufwand (Apanagen an die korrupten Oberschichten) sowohl den Erhalt von anachronistischen feudalliberalen Herrschaftssystemen als auch ihre quasikoloniale Ausplünderung der fremden Ölreichtümer fortsetzen zu können.

Die Formierung der OPEC

Bis Anfang der 60er Jahre wagten die herrschenden Kreise in den Förderländern lediglich den Konkurrenzkampf unter den Ölkonzernen auszunutzen, der infolge des Eindringens von kartellunabhängigen Ölkonzernen auf den Mineralölmarkt entstanden war. Die Förderländer schlossen günstige



re Konzessionsverträge zu höheren Preisen, bildeten einheimische Kader aus, intensivierten ihre Zusammenarbeit untereinander und schufen damit allmählich einen Teil der Voraussetzungen, die zu ihren organisatorischen Zusammenschluß führten.

Die Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) wurde im September 1960 vom Iran, dem Irak, Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela gegründet. Gemäß dem in Caracas 1961 verabschiedeten ersten OPEC-Statut (zweites Statut 1965) steht die Mitgliedschaft jedem Land offen, das einen „wesentlichen Rohölexport sowie im wesentlichen die gleichen Interessen wie die Mitgliedsländer hat. . . , sofern es die Drei-Viertel-Mehrheit der ordentlichen Mitglieder und die Zustimmung aller Gründungsmitglieder zuläßt“. ⁴ Bis 1979 waren der Organisation Qatar (1961), Indonesien und Libyen (1962), Abu Dhabi (1967), Algerien (1969), Nigeria (1971), Ekuador (1973) und Gabun (1975) beigetreten.⁵ Die herausragende Stellung der OPEC-Staaten auf dem Weltölmarkt ergibt sich daraus, daß sie – nach dem Stand von 1978 – 66,7% der nachgewiesenen Erdölreserven, 47,8% der Rohölförderung und ca. 80% der Welterdölexporte auf sich vereinen (siehe Tabelle 1 in: AIB, Nr. 3/1980, S. 11). Die Ölländer des arabischen-iranischen Raumes hielten dabei Mitte der 70er Jahre (Stand 1973/74) alleine die dominie-

rende Position im Weltmaßstab inne, wie ihr Anteil an den Welterdölexporten von annäherungsweise 50% ausweist.⁶ Im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens nahmen sich die Erfolge der OPEC dennoch relativ bescheiden aus. Sie blieben im wesentlichen auf eine allmähliche Erhöhung des Gewinnanteils der Mitgliedsländer an der Rohölförderung und auf die Abwehr einer Listenpreis-Senkung beschränkt. Eine Wende in der OPEC-Politik kam erst im Laufe der 70er Jahre durch den Gewichtszuwachs nationaldemokratischer Regimes bzw. des linken Flügels der OPEC zustande. Die Fürsprecher einer radikaleren antiimperialistischen Erdölpolitik konnten sich zunächst innerhalb der 1968 gegründeten Organisation Arabischer Erdölexportierender Länder (OAPEC) durchsetzen. Die Rückeroberung der Besitzrechte und der Verfügungsgewalt über die nationalen Reichtümer wurde Anfang der 70er Jahre zur Hauptfrage für die OPEC-Länder, hatten doch die progressiven Regimes Perus (1968), Algeriens (1971), des Irak und Syriens (1972) die Enteignung ausländischer Erdölkonzerne in ihren Ländern erfolgreich durchgestanden. Die Nationalisierung der Erdölförderung aber schuf überhaupt erst die Voraussetzung für die OPEC-Länder, eine eigenständige Preis-, Förder- und Industrialisierungspolitik in Angriff zu nehmen. Der Widerstand der Ölmultis gegen diese Entwicklung blieb erfolglos, so etwa ihr Versuch, durch einen Boykott die 1972 erfolgte Verstaatlichung der angloamerikanischen Iraq Petroleum Company (IPC) im Irak rückgängig zu machen.

Unter dem Eindruck der Erfolge, die die Nationalisierungspolitik progressiver Förderländer gerade auch in Gestalt erhöhter Öleinkünfte zeitigte, wurde bis Mitte der 70er Jahre im Großteil der erdölexportierenden Länder eine staatliche



Saudische Delegation unter Scheich Yamani (M.) auf der Genfer OPEC-Konferenz im Juni 1979

Beteiligung an der Ölförderung vorgenommen. Sogar Länder wie die Golfstaaten mit feudal-reaktionären Regimes paßten sich dieser Entwicklung an und schlossen Abkommen über Kapitalbeteiligungen an den ausländischen Fördergesellschaften. Hatten 1972 von den OPEC-Mitgliedern lediglich Algerien und der Irak durch nationale Mineralölgesellschaften die volle Kontrolle über ihre Erdölförderung erlangt, so gab es im Jahr 1976 nur noch drei Länder (Ecuador, Gabun und Indonesien – allesamt Länder mit einem geringen Anteil an der OPEC-Gesamtproduktion), in denen ausländische Konzerne die Kontrolle über mehr als die Hälfte der Rohölförderung des Landes ausübten.⁷

Parallel zur Verstaatlichungspolitik der OPEC radikalisierte sich auch ihre Politik an der Ölpreisfront. Unter Androhung eines Öllieferstopps erzwang die OPEC 1971 das Ja der internationalen Erdölkonzerne dazu, das Prinzip der gleichen „Gewinnteilung“ bei der Ermittlung der Einkommensteuern (es war Anfang der 50er Jahre eingeführt worden) aufzuheben. Nunmehr wurde der Listenpreis (Berechnungsgrundlage für die Abgabe der Konzerne an die Förderländer) im Verhältnis 40:60 zugunsten der Förderländer aufgeteilt.⁸ Darüber hinaus hob man den Listenpreis um 5% an. Den Ölkonzernen wurden weitere Listenpreiserhöhungen auf den Gen-

fer OPEC-Konferenzen 1972 und 1973 (wegen einer Dollarabwertung um 8,5% bzw. wegen Wechselkursschwankungen der Leitwährungen um 11%) auferlegt.

Durch diese Anhebungen der Listenpreise sowie durch einzelne Ausgleichszahlungen erhöhten sich in der Periode 1970-73 die Einnahmen der Förderländer um 70-80%, gegenüber Einnahmesteigerungen von durchschnittlich 13,5% in der Periode 1962-70. Im Zeitraum 1970-73 stiegen aufgrund dieser Listenpreiserhöhungen und höherer Fördermengen die Öleinkünfte der OPEC-Staaten um fast das Doppelte an.⁹

Signalwirkung der arabischen Ölwanne 1973

Der Einsatz des arabischen Öls als politische Waffe im Oktoberkrieg 1973 bewirkte schließlich die Errichtung einer soliden Gegenmachtposition der OPEC-Länder gegenüber den Ölmultis und kapitalistischen Industriestaaten.

Schon zum Auftakt des 4. Nahostkrieges hatte der Irak mit der demonstrativen Enteignung des noch verbliebenen US-Ölkapitals als erstes arabisches Ölland eine komplette Verstaatlichung der nationalen Erdölförderung wahrgemacht, und damit Zeichen gesetzt. Mit dem OAPEC-Beschluß vom 17. Oktober 1973 in Kuwait, der Ölsanktionen gegen die Israel stützenden Westmächte (USA, Holland) und Rassistregimes (Südafrika, Rhodesien sowie die Kolonialmacht Portugal) beinhaltete, wurde erstmals eine kollektive Kraftprobe mit dem „Ölperialismus“ eingegangen und bestanden. Die Reduzierung der OAPEC-Erdölförderung von vorübergehend monatlich 5% und die einseitigen Listenpreiserhöhungen um durchschnittlich das Vierfache stellten ein Novum dar.

Erstmalig demonstrierte eine Gruppierung rohstoffexportierender Entwicklungsländer, daß es heutzutage möglich geworden ist, ohne Absprache mit den marktbeherrschenden internationalen Konzernen eine eigenständige Preisgestaltung und Festlegung der Fördermengen durchzusetzen. Als weiteres Stärkemoment kam hinzu, daß mit der Nationalisierung der Ölquellen und -anlagen innerhalb der OPEC im Zeitraum 1973-76 eine weitgehende nationale Kontrolle über die heimische Ölwirtschaft hergestellt werden konnte. Auf diese Weise vermochten die arabischen Ölländer stellvertretend für die OPEC-Staaten grundlegende Veränderungen gegenüber den Ölmultis und ihren Regierungen zu erzwingen. Ihnen gegenüber konnten die Mitglieder der OPEC bis Mitte der 70er Jahre ihre nationalen Anteile am Surplusprofit aus den Rohölexporten auf rund 50% erhöhen (siehe Tabelle 5).

Die hieraus erwachsenden gewaltigen Einnahmesteigerungen ließen die OPEC-Länder innerhalb kürzester Zeit zu einer bedeutenden internationalen Wirtschaftsmacht avancieren. Von 1973-77 verdoppelte sich der OPEC-Anteil am Gesamtexportvolumen der kapitalistischen Weltwirtschaft auf etwa 12% (BRD 1977: etwa 10%); im Zeitraum von 1973-77 schnellten ihre Öleinnahmen von 28 auf jährlich über 170 Mrd Dollar und der OPEC-Anteil an den Weltwährungsreserven stieg von gut 5% (1970) auf etwa 24% (1977).¹⁰ Die so geschaffene Gegenmachtposition speziell der arabisch-iranischen Erdölexportländer sollte sich, wenngleich die Ölmultis ihre Monopolstellung im System der internationalen Verteilung und Verarbeitung wahren konnten, bis zum Ende der 70er Jahre als verhältnismäßig stabil erweisen. Das verbindende Moment zwischen den erdölexportierenden Entwicklungsländern, nämlich die kollektive Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem mächtigen Kartell der internationalen Ölkonzerne und gegenüber der Druckpolitik der Westmächte, erwies sich dabei als stark genug, um die verschiedentlich vehementen Interes-

Tabelle 5
Verteilung des Surplusprofits aus dem OPEC-ÖL
1950-75

Jahr	OPEC-Länder		Ölkonzerne		Westl. Verbraucherstaaten*)	
	in Mio Dollar	in %	in Mio Dollar	in %	in Mio Dollar	in %
1950	391	16	895	37	1123	65
1960	2180	20	2453	23	6181	57
1970	7343	20	7204	19	23342	61
1973	22691	23	13428	14	58602	63
1974	95601	53	21377	12	62715	35
1975	85277	50	17952	11	68531	39

*) o. USA und Kanada

(Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 10/1978, S. 1220)

senkonflikte innerhalb der OPEC zu überbrücken. Worin aber ist dieses interne Konfliktpotential angelegt?

Zum einen ergibt es sich aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher sozialer Systeme und politischer Machtverhältnisse in den 13 OPEC-Staaten: Das sozialistisch orientierte, revolutionär-demokratische Algerien findet sich neben dem nationalbourgeois Nigeria, dem großbourgeois Venezuela oder dem feudalsolutistischen Saudi Arabien.

Der feudale Flügel um Saudi Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Qatar repräsentiert dabei sowohl die rückschrittlichste Entwicklungskonzeption, einschließlich der vorwiegend parasitären Verwendung der Ölgelder, als auch die prowestlichste außenpolitische Tendenz unter den Ölländern. Der nationaldemokratische, linke Flügel der OPEC-Staaten, verkörpert von Algerien, Libyen, dem Iran und dem Irak nutzt die Öleinkünfte vornehmlich zum Aufbau einer diversifizierten, unabhängigen Industrie, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen. Und er vertritt eine außenpolitische Linie des radikalen Antimperialismus.

Daraus resultiert u.a. ein verschiedenartiger Abhängigkeitsgrad von den internationalen (Öl-)Monopolen und eine unterschiedliche Konsequenz im Auftreten gegenüber den neokolonialistischen Hauptmächten. Die konservativen Ölstaaten am Persischen Golf gründen ihre Erdölpolitik auch nach den Teilnationalisierungen weiterhin auf die Dominanz des aus- und inländischen Privatkapitals im Vertriebs- und Verarbeitungsbereich, bevorzugt in Form von Gemischtunternehmen. Die Ölmultis behalten auf diese Weise bedeutsamen Einfluß auf die Wirtschaft und die gesellschaftliche Orientierung dieser Länder. Überdies sorgt die anteilmäßig beträchtliche Anlage von Ölmilliarden feudalsbourgeois Regime auf den westlichen Kapitalmärkten, in Großbanken bzw. Industriekonzernen (Krupp, Babcock u.a.) dafür, daß deren neokolonialistische Anbindung und Rücksichtnahme gegenüber den Eigeninteressen der kapitalistischen Industriestaaten tendenziell zunimmt.

Demgegenüber fußt die Erdölpolitik der nationaldemokratischen Ölländer, auch wenn ihre technologische Abhängigkeit von den Ölmultis andauert, auf einer Verdrängung des Auslandskapitals aus allen Sektoren der nationalen Wirtschaft. Der Staat übernimmt hier die alleinige Verfügungsgewalt über die gesamte Ölwirtschaft sowie die ihr verbundenen Zweige, er fungiert als souveräner Eigentümer, Investor und Planungsinstanz. Die Öleinkünfte kommen überwiegend der nationalen Wirtschaftsentwicklung zugute. Die teils enge Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager festigt überdies ihren ökonomisch-politischen Unabhängigkeitskurs. Und es versteht sich, daß diese OPEC-Staaten seitens der Westmächte weitaus weniger anfällig, d.h. durch politischen Druck weniger manipulierbar sind.

Umgekehrt ermöglichte die neokolonialistische Abhängigkeit Saudi Arabiens, der Emirate oder des iranischen Schah-Regimes in der Periode 1973-79 dem „Ölperialismus“ immer wieder das Hineinwirken in die internen Entscheidungsprozesse der OPEC, sei es in Sachen Preispolitik, bei der Koordination der Fördermengen oder bei dem möglichen Wiedereinsatz der Ölwanne gegen die Westmächte. Diese neokolonialistische Einflußnahme wurde objektiv dadurch begünstigt, daß sich die größten Anteile der Ölexporte und Öleinkünfte auf die konservativen Golfstaaten Saudi Arabien, Emirate, Kuwait, Qatar und – bis Februar 1979 – den Iran konzentrierten. Da die genannten arabischen Golfstaaten ihre riesigen Kapitalüberschüsse nur zu einem geringen Teil in die innere Entwicklung investieren und da sie – abgesehen von Libyen – die relativ geringste Bevölkerungsdichte unter den Ölländern aufweisen, entfielen auf sie in den Jahren 1976-78 alleine rund 75% bzw. über 90% des gesamten Leistungsbilanzüberschusses der OPEC-Staaten; er betrug im Jahre 1977 31,5 Mrd, sank allerdings 1978 auf 11 Mrd Dollar ab.¹¹ Unterdessen sahen sich bevölkerungsreiche OPEC-Staaten wie der Irak, Algerien, Nigeria, Indonesien oder der Iran (hier kamen überdimensionale Rüstungsimporte und die extreme parasitäre Verschwendung der Oberschicht hinzu) gezwungen, aufgrund anspruchsvoller Industrialisierungs- und Entwicklungsprogramme auf den internationalen Kapitalmärkten Kredite aufzunehmen; und dies trotz des bei ihnen ebenso sprunghaften Anstiegs der Öleinkünfte.

Interessenkonflikte in den Reihen der OPEC

Aus dieser unterschiedlichen Ausgangsposition folgt eine weitere Interessendivergenz unter den OPEC-Staaten: Erstere Gruppierung zeigt sich aufgrund ihrer extremen Kapitalüberschüssigkeit in der Preispolitik oder beim Entscheid über eventuelle politische Gegenmachtdemonstrationen gegenüber dem „Ölperialismus“ prinzipiell nachgiebiger. Ganz anders jedoch das gleichsam bevölkerungsarme, kapitalüberschüssige Libyen, das sich aufgrund einer sozialrevolutionären, antiimperialistischen Verwendung der Ölmilliarden sehr wohl imstande sieht, die überschüssigen Kapitalmengen im Sinne einer antineokolonialistischen Politik zu absorbieren. Die zweite Gruppierung der bevölkerungsreichen, relativ kapitalknappen Ölländer entwickelt hingegen ein starkes Eigeninteresse, gegenüber Ölmultis und Westmächten eine radikalere, eigenständigere Ölpreis- und Förderpolitik der OPEC durchzusetzen.

Strenggenommen tritt noch eine dritte Ebene divergierender Ausgangsinteressen hinzu. Jene Ölländer, die über die größten nachgewiesenen Erdölvorräte verfügen, haben ein besonderes Interesse daran, ihre Ölförderung zu drosseln, um für die projektierte nationale Wirtschaftsentwicklung bzw. beschleunigte Industrialisierung ihre heimischen Energieressourcen zu schonen. Staaten wie Saudi Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate, bei denen sich größte Erdölvorräte mit der geringsten Absorptionsfähigkeit und sozialen Umverteilung paaren, sind auf eine Drosselung ihrer Erdölförderung am wenigsten erpicht. Außerdem bleiben sie auch in der Frage der Fördermengen eher geneigt, den Wünschen der Ölmultis und westlichen Regierungen zuungunsten langfristiger nationaler Interessen nachzugeben bzw. entgegenzukommen.

In jedem Fall aber bleibt die objektive Interessenlage der Ölexportländer überlagert vom jeweiligen Klassencharakter und neokolonialistischen Abhängigkeitsgrad ihrer Regierungen. Das zeigt nicht nur das angedeutete Beispiel Libyens. Den umgekehrten Beweis erbrachte das iranische Schah-Regime, als es sich 1977/78 trotz einer empfindlichen Kapital-

knappe dem politischen Druck der Carter-Administration beugte und innerhalb der OPEC plötzlich auf Seiten Saudi Arabiens für eine „Mäßigung“ der Preispolitik der erdölexportierenden Entwicklungsländer votierte.

Zuguterletzt hat der Sturz des Schah-Regimes einen weiteren Beleg für das Überwiegen des Klassenaspekts geliefert. Denn aus der antiimperialistischen Anlage der Erdölpolitik der kleinbürgerlich-bourgeois iranischen Volksregierung ergab sich im Frühjahr 1979 eine deutliche Gewichtsverlagerung zugunsten des radikalen OPEC-Flügels.

Diese Tendenz wird auch sichtbar, bilanziert man die Entscheidungsprozesse, welche die Ölpreisgestaltung innerhalb der OPEC im Zeitraum 1973-79 betreffen.

Die „gespaltene“ Ölpreispolitik

Nachdem die OPEC die Listenpreise für Rohöl nach 1973/74 mehrfach geringfügig erhöht hatte, war es den größten Ölexporturen der kapitalistischen Welt, Saudi Arabien und den konservativen Golfstaaten, gelungen, die Organisation 1975 und 1976 zum preispolitischen Stillhalten und in den Folgejahren zu einer markanten Dämpfung von Preiserhöhungen (1977 um 5%) zu zwingen.¹²

Auf den Konferenzen der Ölländer von Caracas (Dezember 1977) und Genf (Juni 1978) verhinderte Saudi Arabien erneut eine Preisanhebung – diesmal im engen Bündnis mit dem kaiserlichen Iran, der für erhöhte Waffen- und Wirtschaftshilfeszusagen der USA auf die saudische Linie einschwenkte. Die OPEC-Tagung im Dezember 1978 in Abu Dhabi markierte schließlich einen Kompromiß zwischen den Forderungen der konservativen und der progressiven Förderländer: Man beschloß eine stufenweise Preiserhöhung zwischen 5% und 2,7%, um eine Gesamterhöhung von etwa 14% für das folgende Jahr zu erreichen.

Doch die revolutionären Ereignisse im Iran veränderten das Kräfteverhältnis innerhalb der OPEC derart, daß Saudi Arabien mit seiner Position auf der außerordentlichen OPEC-Konferenz im März 1979 in Genf nicht mehr durchkommen konnte. Denn einmal zog das altbewährte saudische Drohmittel nicht mehr, bei OPEC-Preiserhöhungen den Ölmarkt durch die heimische Überproduktion zu überschwemmen, um so eine Preissenkung zu erzwingen. Saudi Arabien war zu diesem Zeitpunkt allenfalls imstande, für die westlichen Ölimporture den iranischen Rohölausfall mit einer überhöhten Eigenproduktion auszugleichen. So beschloß die OPEC in Genf die für Ende 1979 vorgesehene Preiserhöhung zum 1. April 1979 vorzuziehen. Überdies wurde die obere Preisgrenze jedem Mitgliedsland freigestellt.

Die turnusmäßige OPEC-Konferenz von Genf im Juni 1979 konnte sich wegen der Weigerung Saudi Arabiens, einer durchschnittlichen Erhöhung des Listenpreises auf 20 Dollar zuzustimmen, wiederum nicht auf einen einheitlichen Preis einigen. So wurde der Listenpreis ab 1. Juli 1979 je nach Ölbeschaffenheit auf Werte zwischen 18 und 23,5 Dollar festgelegt. Dabei gilt die untere Grenze für Saudi Arabien, die obere für das hochwertigste Rohöl in der Nähe der Absatzmärkte, nämlich für Libyen, Nigeria und Algerien. Damit erhöhte sich der Rohöl-Listenpreis seit Jahresbeginn 1979 um durchschnittlich 37,6% auf 20 Dollar pro Barrel. Auf der OPEC-Konferenz von Caracas im Dezember 1979 erzielte man keine Einigung über ein einheitliches Preisniveau bzw. eine Richtpreisspanne, so daß nach Rohölpreisanhebungen Saudi Arabiens, des Irak, Kuweits, des Iran, Nigerias und der VAE Anfang Februar 1980 die Verkaufspreise der OPEC-Länder zwischen 24 und 34 Dollar pro Barrel pendelten.

Allerdings darf diese kräftige Anhebung der OPEC-Richtpreise für Rohöl nicht mit dem realen Einkommenszuwachs

der Ölländer verwechselt werden. Sie kommt eher, wie der Vergleich zwischen Rohölpreisen und den unverhältnismäßig höheren Importpreisen für Industriegüter aus kapitalistischen Industriestaaten anzeigt einem Nachschlag der OPEC-Länder gegenüber den Inflationsschüben der imperialistischen Monopole gleich: Während im Zeitraum 1974-79 (1. Quartal) der Indexwert für Importpreise von Industriegütern aus den westlichen Metropolen von 100 auf 154 schnellte, stieg der Index für Rohölpreise nur von 100 auf 125 an. Die Austauschrelation (Terms of Trade) verschlechterte sich demnach für die erdölexportierenden Länder in der gleichen Periode von 100 auf 81, d.h. um rund 20%.

Zu dieser Inflationsabwälzung auf die OPEC-Staaten kommt der Kursverfall des Dollar, also der Verrechnungswährung bei Ölgeschäften, hinzu. Danach sank der reale Einkaufspreis der kapitalistischen Industriestaaten für OPEC-Rohöl in den Jahren 1974-78 infolge des Dollar-Kursverfalls nochmals um durchschnittlich 20%.¹³

Zusammengenommen erfuhren die OPEC-Einkünfte so eine Minderung ihres Realwertes um 40-60%. Von einem Raubzug der Förderländer auf die Brieftaschen der Endverbraucher von Heizöl und Benzin kann also keine Rede sein. Die Räuber sitzen vielmehr in den Chefetagen der Ölmultis, in New York, Washington und London.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

- 1) Nach P.A. Stockil (Verf.), The British Petroleum Company Limited (Hrsg.), Our Industry Petroleum, London 1977, S. 579; W. Bröner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 93/94
- 2) United Nations, Multinational Corporations in World Development, New York 1973, S. 192
- 3) Konzerngewinn 424 Mio Dollar, Regierungseinnahmen 0,16 Mio Dollar. B. Shwadran, The Middle East Oil and the Great Powers, New York/Toronto/Jerusalem 1973, S. 354 und 359
- 4) OPEC (Hrsg.), The Statute of the Organization of the Petroleum Exporting Countries, Wien 1971, Article 7, C., S. 7
- 5) Die organisatorische und operative Arbeit der OPEC mit Hauptsitz in Wien leisten ein Verwaltungsrat, in dem alle Mitgliedsländer vertreten sind, ein Sekretariat und ein Generalsekretär. Der Generalsekretär wird für ein Jahr jeweils aus der Vertretung eines anderen Mitgliedslandes gewählt. Die Richtung und die Tätigkeit der OPEC werden auf jährlich zweimal stattfindenden Konferenzen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgearbeitet. Die Konferenzbeschlüsse, die nach dem Konsensprinzip gefaßt werden, treten nach Bestätigung durch die Regierungen der Mitgliedsländer in Kraft.
- 6) H. Askari/J.T. Cummings, Middle East Economies in the 1970s. A Comparative Approach, New York 1976, S. 31; epd, Hamburg, Nr. 5-8/1975, S. 13
- 7) IPW-Berichte, Berlin, Nr. 3/1979, S. 70
- 8) Zu den Preis-Richtwerten im Erdölgeschäft siehe im Detail unseren Einleitungsbeitrag in: W. Bröner u.a., Die Ölkrise und die Ölländer des arabisch-iranischen Raumes, Frankfurt 1980
- 9) H. Askari/M. Salehizadeh, Reflections on OPEC Pricing Policies, in: OPEC Review, Wien, Nr. 1/1979, S. 21
- 10) Deutsche Bank (Hrsg.), OPEC. Organization of the Petroleum Exporting Countries. Fünf Jahre nach der Erdölverteuerung. Informationen und Analysen, Frankfurt 1978, S. 9; OPEC Bulletin Supplement, Implications of the New Oil Situation. World Financial Markets, by Morgan Guaranty Trust Company of New York, For Bulletin Nr. 23/11.6.1979, S. i
- 11) Daten berechnet nach: Information der Deutschen Außenhandelspolitik, Berlin, Nr. 1/16.1.1978, S. 5; OAPEC News Bulletin, Kuwait, Nr. 5/1978, S. 19; Nachrichten, Frankfurt, Nr. 6/1979
- 12) Siehe ausführlicher unseren Einleitungsbeitrag in: W. Bröner u.a., Die Ölkrise...
- 13) H. Askari/M. Salehizadeh, Reflections..., a.a.O., S. 28

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung

Aufschrei der Völker der Entwicklungsländer (3. Teil)



Vor ein paar Jahren haben wir darauf hingewiesen, daß die vernunftwidrige Vergeudung materieller Güter und die Verschwendung ökonomischer Ressourcen in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft untragbar geworden sind. Was sonst ist die Ursache für die derzeitige schwere Energiekrise? Und wer sonst, wenn nicht die nichterdölexportierenden unterentwickelten Länder, hat die schlimmsten Folgen zu tragen?

Diese Kriterien hinsichtlich der Notwendigkeit, mit der Verschwendung in den Konsumgesellschaften Schluß zu machen, werden heute allgemein anerkannt. In einem kürzlich veröffentlichten Dokument der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung wird bestätigt, daß „die heutige Lebensweise besonders in den Industrieländern möglicherweise einen radikalen und schmerzhaften Wandel erfahren wird“.

Natürlich können die Entwicklungsländer nicht erwarten – und sie rechnen auch nicht damit –, daß sie die angestrebten Veränderungen und die benötigten Gelder lediglich aufgrund einer Analyse der internationalen Wirtschaftsprobleme geschenkt bekommen. In diesem Prozeß voller Widersprüche, Kämpfe und Verhandlungen müssen die nichtpaktgebundenen Länder vor allem auf ihre eigenen Entscheidungen und Anstrengungen bauen.

Zu dieser Überzeugung sind wir mit aller Klarheit auf der VI. Gipfelkonferenz gelangt. Im ökonomischen Teil der Schlußerklärung erkennen die Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit an, in ihren Ländern entsprechende Strukturveränderungen wirtschaftlicher und sozialer Art vorzunehmen, da dies der einzige Weg ist, um die gegenwärtige Anfälligkeit ihrer Volkswirtschaften zu überwinden und das einfache statistisch ausgewiesene Wachstum zu einer echten Entwicklung werden zu lassen. Nur so wären nach Meinung der Staatschefs die Völker den Preis zu zahlen bereit, den ihnen ihre Rolle als Haupttriebkraft des Prozesses abverlangt würde. Wie ich damals sagte: „Wenn das System sozial gerecht ist, sind die Möglichkeiten des Überlebens und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unvergleichbar größer.“

Die Geschichte meines Landes liefert dafür ein unwiderlegbares Beispiel. Die dringende Notwendigkeit, das Problem der Unterentwicklung zu lösen, führt uns – Herr Präsident – erneut zu der vorhin behandelten Frage, mit der ich meine Rede auf dieser XXXIV. Vollversammlung der Vereinten Nationen zu schließen gedenke. Ich meine die internationale Finanzierung.

Eine der nächsten Folgen der wachsenden Verschuldung der Entwicklungsländer besteht wie gesagt darin, daß diese Länder gezwungen sind, den größten Teil des vom Ausland erhaltenen Geldes dazu zu verwenden, ihre defizitären Handelsbilanzen und laufenden Rechnungen auszugleichen, neue Schulden zu machen und Zinsen zu bezahlen.

So hat beispielsweise die Zahlungsbilanz der nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer, auf deren Lage ich auf der Konferenz von Havanna einging, allein in den letzten sechs Jahren ein Defizit von über 200 Mrd Dollar erreicht. Demgegenüber benötigen die Entwicklungsländer tatsächlich enorme Investitionen, hauptsächlich, ja fast ausschließlich, in den weniger rentablen Wirtschaftszweigen und Betrieben, die für die Investoren und Geldverleiher nicht attraktiv sind. Um die Nahrungsmittelproduktion zu steigern und damit die Unterernährung der erwähnten 450 Mio Menschen zu überwinden, wird man neue Boden- und Wasserressourcen erschließen müssen. Speziellen Berechnungen zufolge müßten im nächsten Jahrzehnt in den Entwicklungsländern 76 Mio ha zusätzlich landwirtschaftlich nutzbar gemacht und über 10 Mio ha zusätzlich bewässert werden. Auf mehr als 45 Mio ha müßten die Bewässerungsanlagen wieder instand gesetzt werden.

Deshalb gehen die bescheidensten Berechnungen davon aus, daß die internationale Finanzhilfe – wir sprechen von Hilfe und nicht vom gesamten Fluß der Gelder – jährlich 8-9 Mrd Dollar betragen müßte, damit die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern um 3,5-4% wachsen kann.

Hinsichtlich der Industrialisierung liegen die Summen weit aus höher. In Lima behandelte die Konferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO) die von uns genannten Ziele und legte fest, daß im Mittelpunkt der internationalen Entwicklungspolitik die Finanzierung stehen und bis zum Jahr 2000 eine Höhe von jährlich 450-500 Mrd Dollar erreichen müsse. Davon müsse 1/3, also 150-160 Mrd, von äußeren Quellen kommen.

Vonnöten sind unprofitable Investitionen

Doch, Herr Präsident und wertere Repräsentanten, Landwirtschaft und Industrialisierung sind nur zwei Aspekte der Entwicklung. Entwicklung bedeutet in erster Linie Sorge um den Menschen, der Hauptakteur und Ziel jeden Bemühens um Entwicklung sein muß. Unser Land, Kuba, hat beispielsweise in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt fast 200 Mio Dollar jährlich in die Errichtung von Schuleinrichtungen investiert. Die Investitionen für den Bau und die Ausrüstung von Krankenhäusern, Polikliniken usw. belaufen sich durchschnittlich auf über 40 Mio pro Jahr. Und Kuba ist nur eines von fast 100 Entwicklungsländern – eines der kleinsten hinsichtlich seines Territoriums und seiner Bevölkerungszahl. Deshalb muß man davon ausgehen, daß die Entwicklungsländer für Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen weitere Dutzende Milliarden Dollar pro Jahr brauchen werden, um die Folgen der Rückständigkeit zu überwinden.

Das ist das große Problem, mit dem wir konfrontiert sind. Und das, meine Herren, ist nicht nur unser Problem, nicht

nur das Problem der Länder, die Opfer der Unterentwicklung und der ungenügenden Entwicklung sind. Es ist ein Problem, das die internationale Gemeinschaft als ganze betrifft.

Mehr als einmal haben wir darauf hingewiesen, daß uns die Unterentwicklung durch die kolonialistische und neokolonialistische Politik des Imperialismus aufgezwungen wurde. Deshalb ist die Aufgabe, uns zu helfen, die Unterentwicklung zu überwinden, hauptsächlich eine historische und moralische Verpflichtung derjenigen, die sich jahrhundertlang an unseren Reichtümern und an der Ausbeutung unserer Männer und Frauen bereichert haben. Doch zugleich ist es die Aufgabe der gesamten Menschheit, wie die VI. Gipfelkonferenz feststellte.

Die sozialistischen Länder haben sich weder an der Ausplünderung der Welt beteiligt noch sind sie für die Unterentwicklung verantwortlich. Uns bei ihrer Überwindung zu helfen, sehen sie als eine Verpflichtung an, die sie entsprechend dem Wesen ihrer Gesellschaftsordnung erfüllen, die die internationale Solidarität als eine Hauptaufgabe betrachtet.

Wenn die Welt erwartet, daß auch die erdölproduzierenden Länder zum weltweiten Strom der Gelder zur Finanzierung der Entwicklung beitragen, so tut sie das nicht aufgrund irgendwelcher historischer Verbindlichkeiten oder Auflagen, die ihnen niemand aufzwingen könnte, sondern in der Hoffnung auf eine Verpflichtung zur Solidarität zwischen den unterentwickelten Ländern. Die großen erdölexportierenden Länder müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Und auch die auf einem höheren Niveau stehenden Entwicklungsländer haben ihren Beitrag zu leisten. Kuba, das hier weder in seinem eigenen Interesse spricht, noch ein nationales Ziel verfolgt, ist bereit, entsprechend seinen Möglichkeiten Tausende, Zehntausende von Technikern, Ärzten, Lehrern, Ingenieuragronomen, Wasserbauingenieuren, Maschinenbauingenieuren, Ökonomen, mittleres technisches Personal, Facharbeiter usw. zur Verfügung zu stellen.

Daher ist es an der Zeit, daß wir gemeinsam darangehen, ganze Völker und Hunderte Millionen Menschen von der Rückständigkeit, dem Elend, der Unterernährung, von Krankheiten und Analphabetentum zu befreien, denn all dies verwehrt es ihnen, sich ihrer Würde als Mensch zu erfreuen und sich voller Stolz Mensch nennen zu dürfen.

Also ist es unser aller Aufgabe, die Mittel für die Entwicklung zu mobilisieren. Es gibt, Herr Präsident, derartig viele Sonder-, multilaterale, staatliche und private Fonds, die auf diese oder jene Weise zur Entwicklung – der Landwirtschaft oder der Industrie oder aber zur Verringerung des Defizits in den Zahlungsbilanzen – beitragen sollen, daß es mir schwerfällt, der XXXIV. Vollversammlung, der ich die auf der VI. Gipfelkonferenz erörterten wirtschaftlichen Probleme vortrage, einen konkreten Vorschlag zur Schaffung eines neuen Fonds zu unterbreiten.

Zweifelsohne müssen aber die Fragen der Finanzierung gründlich und umfassend diskutiert werden, um zu einer Lösung zu kommen. Die verschiedenen Bankinstitute, Kreditanstalten, internationalen Organisationen und privaten Finanzorgane haben zwar bereits Mittel bereitgestellt, aber wir müssen darüber diskutieren und entscheiden, wie in der nächsten Entwicklungsdekade eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von mindestens 300 Mrd Dollar (im realen Wert von 1977) aufgenommen werden kann. Dieser Betrag soll in Jahresraten von mindestens 25 Mrd schon in den ersten Jahren aufgeteilt und in den unterentwickelten Ländern investiert werden. Diese Hilfe soll in Form von Schenkungen und langfristigen Krediten zu einem äußerst niedrigen Zinssatz erfolgen.

Es ist unbedingt notwendig, daß diese zusätzlichen Mittel von der entwickelten Welt und den über Ressourcen verfügenden Ländern in den nächsten zehn Jahren den unterent-

wickelten Ländern zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir Frieden wollen, werden diese Ressourcen erforderlich sein. Ohne Ressourcen für die Entwicklung wird es keinen Frieden geben. Einige denken vielleicht, wir verlangen zu viel. Ich halte diese Summe für durchaus bescheiden.

Wie ich bereits auf der Eröffnungsveranstaltung der VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten darlegte, werden statistischen Angaben zufolge in der Welt jährlich mehr als 300 Mrd Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. Mit diesen 300 Mrd Dollar könnten in einem Jahr 600.000 Schulen für insgesamt 400 Mio Kinder oder 60 Mio Komfortwohnungen für 300 Mio Menschen oder 30.000 Krankenhäuser mit 18 Mio Betten oder 20.000 Fabriken mit über 20 Mio Arbeitsplätzen errichtet oder aber 150 Mio ha Boden bewässert werden, so daß bei einem entsprechenden technischen Niveau der Bodenbearbeitung Milliarden von Menschen ernährt werden könnten. So viel verschwendet die Menschheit jedes Jahr auf militärischem Gebiet. Hinzu kommt das enorme Reservoir an jungen Menschen, wissenschaftlich-technischen Ressourcen, an Brennstoffen, Rohstoffen und anderen Gütern. Dieser horrende Preis wird dafür gezahlt, daß in der Welt kein wirkliches Klima des Vertrauens und des Friedens herrscht.

Entwicklungshemmnis Rüstungswahn

Allein die Vereinigten Staaten werden von 1980 bis 1990 eine sechsmal höhere Summe für militärische Zwecke ausgeben. Wir fordern für zehn Jahre Entwicklung weniger Mittel, als heute in einem Jahr von den Verteidigungsministerien ausgegeben werden, und weitaus weniger als den zehnten Teil dessen, was in den kommenden zehn Jahren für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt wird.

Einige mögen diese Forderung für irrational halten: Wirklich irrational aber sind die Torheit der heutigen Welt und die der Menschheit drohenden Gefahren.

Die äußerst verantwortungsvolle Aufgabe, die vorhandenen Ressourcen zu analysieren, aufzubieten und zu verteilen, muß voll und ganz von der Organisation der Vereinten Nationen übernommen werden. Die Verwaltung dieser Fonds sollte der internationalen Gemeinschaft obliegen. Dabei müssen alle Länder – unabhängig davon, ob sie in den Fonds einzahlen oder Nutznießer sind – völlig gleichberechtigt sein, es dürfen keine politischen Bedingungen gestellt werden, und die Höhe der Schenkungen darf nicht abhängig gemacht werden von der Stimmgewalt bei der Entscheidung über die Vergabe von Anleihen und die Verwendung der Fonds.

Wengleich der Fluß der Ressourcen in finanzieller Hinsicht ausgewiesen werden muß, darf er nicht nur aus Geldern bestehen. Die Ressourcen können auch Ausrüstungen, Düngemittel, Rohstoffe, Brennstoffe und komplette Anlagen sein, die nach den im Welthandel üblichen Kriterien zu bewerten sind. Auch die Hilfe durch technisches Personal und die Ausbildung von Fachleuten ist als Beitrag anzuerkennen.

Werter Herr Präsident! Werte Repräsentanten!

Die auf dieser Vollversammlung dargelegten Vorstellungen werden dann verwirklicht werden können, wenn der Generalsekretär der Vereinten Nationen gemeinsam mit dem Präsidenten der Vollversammlung – gestützt auf das Ansehen und Gewicht dieser Organisation und auf die nachdrückliche Befürwortung dieser Initiative durch die Entwicklungsländer und besonders die Gruppe der 77 – all die erwähnten Momente ins Kalkül zieht. So könnte die Diskussion beginnen, in der es weder einen sog. „Nord-Süd“- noch einen „Ost-West“-Gegensatz gäbe, sondern in der alle Kräfte an einer gemeinsamen Aufgabe, in einer gemeinsamen Verpflichtung, in einer gemeinsamen Hoffnung zusammenwir-

ken. Denn es handelt sich um ein Projekt, das nicht nur den Entwicklungsländern, sondern allen Ländern zugute käme. Uns Revolutionäre kann die Konfrontation nicht erschrecken. Wir haben Vertrauen in die Geschichte und in die Völker. Doch als Sprecher und Vertreter der Bestrebungen von 95 Völkern haben wir die verantwortungsvolle Aufgabe, für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu kämpfen. Wenn diese Zusammenarbeit auf neuer gerechter Grundlage erreicht wird, kommt sie allen heute zur internationalen Gemeinschaft gehörenden Ländern zugute. Und vor allem wird sie dem Weltfrieden dienen.

Über einen kurzen Zeitraum betrachtet ist die Entwicklung möglicherweise eine Aufgabe, die nach Meinung bestimmter Länder Opfer, ja sogar Schenkungen erfordert, die verloren zu sein scheinen. Doch der große Teil der Welt, der heute in Rückständigkeit, ohne jede Kaufkraft lebt und einen äußerst niedrigen Prokopfvverbrauch aufweist, wird mit seiner Entwicklung ein Heer von Hunderten Millionen von Konsumenten und Produzenten schaffen. Und nur sie werden in der Lage sein, die Wirtschaft in der Welt einschließlich der entwickelten Länder, die heute die Wirtschaftskrise hervorbringen und darunter leiden, gesunden zu lassen.

Welchen Sinn hat die Welt für die Armen?

Die Geschichte des internationalen Handels hat bewiesen, daß die Entwicklung die Triebkraft des Welthandels ist. Gegenwärtig vollzieht sich der größte Teil des Handels zwischen hochindustrialisierten Ländern. Wir können versichern: Je weiter die Industrialisierung voranschreitet, und je stärker sich der Fortschritt in der Welt durchsetzt, um so umfangreicher wird auch der für alle Seiten vorteilhafte Handelsaustausch sein.

Deshalb stellen wir im Namen der Entwicklungsländer Forderungen und treten für die gemeinsame Sache unserer Länder ein. Doch wir verlangen keine milde Gabe. Wenn wir keine angemessenen Lösungen finden, werden wir alle der Katastrophe zum Opfer fallen.

Herr Präsident, werte Repräsentanten!

Es wird häufig von den Menschenrechten gesprochen, aber man muß auch von den Rechten der Menschheit sprechen. Warum müssen einige Völker barfuß gehen, damit andere in Luxusautos fahren können? Warum können einige nur 35 Jahre leben, damit andere 70 Jahre leben? Warum müssen einige bettelarm sein, damit andere reich sind?

Ich spreche im Namen der Kinder der Welt, die kein Stück Brot haben. Ich spreche im Namen der Kranken, die keine Medikamente haben. Ich spreche im Namen derer, denen das Recht auf Leben und Menschenwürde versagt ist.

Einige Länder haben ein Meer, andere nicht. Einige haben Energiere Ressourcen, andere nicht. Einige haben einen Überfluß an Land für die Produktion von Nahrungsmitteln, andere nicht. Einige verfügen über derartig viele Maschinen und Fabriken, daß man ihre verpestete Luft kaum noch atmen kann. Andere haben lediglich ihre mageren Arme, um sich ihr Brot zu verdienen.

Kurzum, einige Länder verfügen über reichliche Ressourcen, während andere nichts haben. Welches Schicksal erwartet sie? Hungers zu sterben? Ewig arm zu bleiben? Wozu ist dann die Zivilisation da? Was nützt dann das Bewußtsein der Menschen? Wozu gibt es dann die Vereinten Nationen? Welchen Sinn hat die Welt?

Man kann nicht im Namen von Millionen Menschen, die Jahr für Jahr auf der ganzen Welt verhungern oder an heilbaren Krankheiten sterben, vom Frieden sprechen. Im Namen von 900 Mio Analphabeten kann man nicht von Frieden sprechen.

Die reichen Länder dürfen die armen Länder nicht mehr

ausbeuten. Ich weiß, daß es in vielen armen Ländern auch Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Ich wende mich an die reichen Nationen, damit sie einen Beitrag leisten. Und ich wende mich an die armen Länder, damit sie diesen Beitrag gerecht verteilen.

Genug der Worte! Laßt uns Taten vollbringen! Genug der Abstraktionen, wir brauchen konkrete Aktionen! Genug des Geredes von einer imaginären Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, die niemand versteht. Wir müssen von einer realen, objektiven, jedem verständlichen Ordnung sprechen. Ich bin nicht als Prophet der Revolution hierher gekommen. Ich bin nicht gekommen, um zu bitten oder zu wünschen, daß die Welt sich gewaltsam verändert. Ich bin gekommen, um davor zu warnen, daß die Zukunft apokalyptisch sein wird, wenn die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten und Diskrepanzen nicht auf friedlichem Wege und mit Überlegung beseitigt werden.

Das Waffengeklirr, die Drohreden und die Arroganz in der internationalen Szenerie müssen aufhören. Schluß mit der Illusion, die Probleme der Welt könnten mit Kernwaffen gelöst werden. Die Bomben können die Hungernden, die Kranken und die Unwissenden töten, doch den Hunger, die Krankheit und die Unwissenheit können sie nicht beseitigen. Und noch weniger können sie das gerechte Aufbegehren der Völker unterdrücken. Und in einem Weltbrand werden auch die Reichen, die in dieser Welt am meisten zu verlieren haben, sterben.

Ächten wir die Waffen und befassen wir uns mit den dringenden Problemen unseres Zeitalters auf friedliche Weise. Das ist die Verantwortung und heiligste Pflicht aller Staatsmänner der Welt. Und das ist auch die unerläßliche Voraussetzung für das Überleben der Menschheit.

Vielen Dank!

Schluß

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 42/19.10.1979, S. 48-60)

NEUE STIMME

Evangelische
Monatsschrift zu
Fragen in Kirche,
Gesellschaft
und Politik

Die NEUE STIMME ist ein Organ engagierter Christen. Herausgeber, Mitarbeiter und Redaktion bemühen sich,

- Christen und Kirchen in der BRD für Frieden und Abrüstung zu aktivieren.
- die gesellschaftliche Verantwortung der Christen und Kirchen für den Bestand der Demokratie in der BRD herauszuarbeiten.
- die Kirchen aus ihrer Bindung an die wirtschaftlich Mächtigen zu lösen.
- die ökumenische Verantwortung der Kirchen in der BRD zu betonen.
- Kirchen und Christen an die gebotene Solidarität mit den um Gerechtigkeit und Freiheit kämpfenden Völkern heranzuführen.

Wir stehen in der Tradition der Bekennenden Kirche. Unsere Parteinahme begründen wir aus dem Evangelium, das das Recht des Menschen und der Völker auf menschenwürdiges Leben und soziale Gerechtigkeit fordert. Wir haben Konsequenzen gezogen.

Fordern Sie kostenlos und unverbindlich Probeexemplare an!
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Die Ratte, die Geschichte schrieb...



1967. Rudolf Augsteins Projekt einer liberalen Zeitung für Berlin, als Antwort auf die große Koalition, wird - kaum 1 Jahr alt - eingestellt. Der Spiegel toleriert niemanden links von sich. Die Leute des Projekts „Heute“ gründen daraufhin das „berliner EXTRA-Blatt“, das vier Monate später pleite ist. Grund: Boykott der Kioske, überhasteter Aufbau und zu schmale Finanzdecke. **Sie kommen wieder.** Der „berliner EXTRA-dienst“ erscheint 2x wöchentlich und entwickelt sich in der Folge zu einem „Organ zur Verbreitung höheren Orts unerwünschter Nachrichten“ (Tagespiegel). **Böll und Wallraf** äußern sich **positiv** und publizieren im ED. **Walser** bezeichnet den ED als „**einziges Blatt**, das er von der ersten bis zur letzten Zeile liest.“ Auch andere Prominenz meldet sich zu Wort. **F.J. Strauß** identifiziert sich in einem rotierenden Hakenkreuz des Karikaturisten Rainer Hachfeld und **klagt**. Die **Polizeiführung** befindet auf „Zersetzung der Polizei“ und **klagt** ebenfalls. Die **Berliner SPD** findet Wortprotokolle ihrer Vorstandssitzungen und **ärger sich**. **Schering** fühlt sich **brüskiert**, als der ED den Duogynon-Skandal aufdeckt und muß das Präparat vom Markt ziehen. Der Wanderpreis des ED, die „Unterwanderratte“, alljährlich an besonders heftige „Unterwanderungsgläubige“ verliehen, macht

die Runde. Der Polizeipräsident, der SPD-Vorstand und der Intendant des SFB haben die zweifelhafte Ehre. Das **Auswärtige Amt** in Bonn fühlt sich **schmerzlich auf den Fuß getreten**, als der ED anhand von Telegrammen der Lissaboner Botschaft den Nachweis der Einmischung in die Portugiesische Revolution erbringt. Das von der **Bundesanwaltschaft** eingeleitete Verfahren wegen „**landesverräterischer Fälschung**“ wird eingestellt. Die Telegramme sind echt. Einige Diplomaten, vom AA als Informanten des ED verdächtigt, müssen den Dienst quittieren.



Nach mehr als 10 Jahren können die Leute vom ED ihre Supervision einer Tageszeitung realisieren. Als DIE NEUE im September 1978 erstmals als Nullnummer erscheint, **gratuliert auch die Justiz**. - Mit einem **Untersuchungsverfahren**. Grund: DIE NEUE zitiert aus den Akten im Fall des einem Lauschangriff ausgesetzten Kernphysikers Traube. Der beabsichtigte Prozeß fällt unter den Tisch. Seit Mai 1979 erscheint DIE NEUE täglich außer sonntags und montags. **Ihr entscheidender Vorteil: Brisante Themen, die andere scheuen.**

Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Postkarte genügt. Name und Adresse nicht vergessen.

DIE NEUE
Abteilung W/18
Oranienburger Str. 170/172
1000 Berlin 26



Kampuchea-Filme



Nachdem Kampuchea zwischen April 1975 (Sturz des proimperialistischen Lon-Nol-Regimes) und Januar 1979 (Befreiung von der Diktatur Pol Pots) hermetisch nach außen abgeriegelt war, wurde erst im nachhinein das volle Ausmaß der Grausamkeiten, die von der Pol Pot/Ieng Sary-Clique am kampucheanischen Volk begangen wurden, bekannt. Ein mehr als eindrucksvolles Bild davon vermittelt der erste Dokumentarfilm, der im Januar 1979 nach der Befreiung in Kampuchea gedreht wurde und auf der 22. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche im Dezember 1979 den ersten Preis, die Goldene Taube, erhielt:

Kampuchea, 3+4, Kampuchea 1979, schwarz/weiß, 39 Minuten, 16 mm, Magnetton

Zwar weist der Film einige formale Schwächen auf (man merkt deutlich, daß er unter noch recht widrigen Produktionsbedingungen und wohl auch in sehr kurzer Zeit zustande gekommen ist), doch vermag er auf dem vielleicht etwas zu gedrängten Raum eine unglaubliche Fülle an Informationen zu bieten.

Der Titel 3+4 steht symbolisch für die 7 Mio Menschen, die vor der Machtergreifung Pol Pots 1975 in Kampuchea gelebt haben. 3 Mio davon sind diesem Regime zum Opfer gefallen, die 4 Mio Überlebenden sind, wie der Film zeigt, überwiegend Frauen und Kinder. Von nahezu unschätzbarem dokumentarischem Wert sind die erschütternden Aufnahmen, mit denen uns vor Augen geführt wird, wie entsetzlich die Bevölkerung in jener Zeit gelitten haben muß. In fast allen Dörfern finden sich Massengräber. Kaum versteckte Leichenhaufen zeugen von den Massakern, die von der Pol-Pot-Clique noch auf der Flucht begangen wurden.

Wir sehen Folterkammern und Verbrennungsöfen, die unweigerlich an die Konzentrationslager des Nazi-Regimes erinnern. Fein säuberlich wurden auch hier die Daten der täglich Ermordeten festgehalten. Ein Gefängnisregister über hungergetriebene politische Gefangene weist auffallend viele Namen von Parteimitgliedern auf: Personen, die zu viele Einzelheiten über die Unterdrückungsmechanismen des Systems kannten. Doch nicht nur das vielleicht gefährliche Wissen hierüber, sondern auch Wissen generell wurde vom Pol-Pot-Regime als Bedrohung empfunden, weshalb es die Ausrottung der Intellektuellen mit besonderer Anstrengung betrieb: nur 10% von ihnen haben die Verfolgung überlebt, im Januar 1979 gab es in Kampuchea noch ganze 140 Personen mit höherer Schulbildung.

Nicht weniger ergreifend als diese Bilder und der Kommentar (er wurde dankenswerterweise aus Gründen der Verständlichkeit auch beim hier bestehenden Informationshintergrund vom Verleih bei der Übersetzung überarbeitet) sind die Aussagen der Überlebenden, von denen viele nur im letzten Moment und mit entsetzlichen Verwundungen den Henkersknechten entkommen konnten. Sie berichten von den Folterungen, von den Todesopfern in ihren Familien, von der Zerstörung der Dörfer und Städte und vom Leben in den von Pol Pot eingerichteten „Volkskommunen“. Angetrieben von Peitschenhieben mußten sie hier täglich 12 Stunden lang Zwangsarbeit verrichten. Die Hütten, in denen sie, nach Geschlechtern getrennt, ihr Dasein fristeten, verdienen diesen Namen nicht. Wie man sieht, besaßen sie nicht einmal Wände.

Mit welchen Mitteln konnte sich dieses brutale Regime überhaupt aufrechterhalten? Auch diese Frage berührt der Film: Ehemalige Angehörige der Sicherheitskräfte berichten, wie sie ihre Mordaufträge erhalten und ausgeführt haben. Zur Bekämpfung der inneren und äußeren Feinde scheute man sich nicht, auch Frauenregimenter aufzustellen und selbst Kinder wurden als Folterknechte eingesetzt. Ihre Erziehung war systematisch auf die Erzeugung von Haß und

Mordlust ausgerichtet worden.

Deutlich wird jedoch insbesondere, daß sich dies alles nicht allein aus eigenen Kräften bewältigen ließ. Das Pol-Pot-Regime hat massive materielle Unterstützung durch die VR China erhalten und wurde seit 1976 enorm aufgerüstet. Die Gründe hierfür gibt der Kommentar mit dem Expansionsstreben der Pekinger Führung an, die Kampuchea als Ausgangsbasis für Angriffe auf die Nachbarstaaten verstand. Daß die Massaker dabei mit revolutionären Parolen getarnt wurden, nimmt der Film zum Anlaß, zu besonderer Wachsamkeit gegenüber China zu mahnen.

Nach der Befreiung steht die Bevölkerung Kampuchreas vor fast unüberwindlichen Problemen: extremes Elend, zerstörte Häuser und Dörfer, zerstörte Fabriken, Schulen, Hörsäle und Bibliotheken, Schwierigkeiten bei der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, Mangel an Fachkräften usw. Nur mit Hilfe Vietnams und anderer sozialistischer Staaten konnte der Wiederaufbauprozess in Gang gesetzt werden. Von seinen Anfängen berichtet der Film am Beispiel einer Getränke- und einer Textilfabrik, er zeigt die Einrichtung der ersten Volksschulklassen und beschreibt, wie die Bevölkerung langsam wieder in ihre Dörfer zurückkehrt.

Gerade dieser letzte Aspekt, nämlich der oft monatelang dauernde Zug zurück in die Heimat, in die verlassenen Dörfer und Städte, steht im Mittelpunkt des Films

Zaghafte Rückkehr, Dokumentarfilmstudio Ho-Chi-Minh-Stadt 1979, 35 Minuten, 16 mm, Magnetton

„Rückkehr in die Heimat, für immer. Das war, vier Jahre lang, der Traum jeder der dunklen Nächte des alten Lebens gewesen, dies ist jetzt das Ziel der mit letzten Kräften unternommenen Wanderung von Millionen von Kampucheanern, die alle das gleiche Schicksal erlebt haben, die alle die Opfer einer teuflischen Unterdrückung gewesen sind.“ (Aus dem Kommentar des Films.) Der Film zeigt die Menschenströme auf der Rückkehr. Auch er berichtet, wie während des Pol-Pot-Regimes sämtliche traditionellen Strukturen und Lebensformen vernichtet, welche Verbrechen am kampucheanischen Volk begangen wurden, doch bedient er sich dabei anderer künstlerischer Ausdrucksformen. Im Vergleich zum ersten Film wirken seine Bilder sehr harmonisch, drohen manchmal fast ins Pathos abzugleiten. Die Menschen haben, selbst wenn sie von den grausamen Erlebnissen der zurückliegenden Jahre berichten, einen frohen, hoffnungsvollen Gesichtsausdruck, der signalisiert, daß für sie trotz allem das Leben nicht aufgehört hat, daß sie die schwierigen Aufgaben, die vor ihnen stehen, jetzt unter den Bedingungen der Freiheit mit doppeltem Einsatz angehen werden.

Im Kontrast zu diesen hoffnungsvollen, farbigen Bildern stehen die Schwarz-Weiß-Aufnahmen von den Hinterlassenschaften des Pol-Pot-Regimes, die zu den Erzählungen der Deportierten eingeblenndet werden: zu Folterkammern umfunktionierte Schulen, die erst dann wieder in Betrieb genommen werden können, wenn die grauenhaften Spuren beseitigt sind; die zerstörte Universität, in die ein Medizin-Student zurückkehrt, der der einzige Überlebende von 95 Kommilitonen seines Semesters ist; die „Genossenschaften“ auf dem Lande, deren Mitglieder Reis anbauten und selbst hungern mußten, weil der Reis, wie sie zu sagen pflegten, „das Fliegen gelernt“ hatte, usw.

Nach Aufnahmen von der Erstürmung Phnom Phens am 7.1.1979 zeigt der Film die Siegesfeier, wir hören die Rede Heng Samrins und sehen wieder die von Freude und Hoffnung auf eine bessere Zukunft erfüllten Gesichter der Menschen. Symbolisch dafür, daß auch die Greuelthaten des von China unterstützten Pol-Pot-Regimes die Kraft eines Volkes nicht brechen konnten, das in der Geschichte so bedeutende Kulturtraditionen wie die Zivilisation von Angkor hervorgebracht hat, sehen wir am Ende des Films, wie die Bevölkerung die Ruinen und Paläste besteigt, die heute noch Zeugen jener alten Kulturtradition sind.

Da beide Filme sowohl von der Machart her als auch von den inhaltlichen Schwerpunkten, die sie setzen – einerseits die Zerstörung und das unvorstellbare Elend, andererseits der Aufbau und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft – recht unterschiedlich aber auch einander ergänzend sind, sollten sie nach Möglichkeit im Zusammenhang gezeigt werden.

Neben den besprochenen sind beim Filmdienst Vietnam noch zahlreiche weitere Filme zur Problematik Vietnam/Kampuchea erhältlich. Ein ausführlicher Verleihkatalog kann beim Filmdienst angefordert werden. Anschrift: Filmdienst Vietnam, c/o Prof. Dr. G. Giesenfeld, Frankfurter Str. 55, 3550 Marburg/L., Tel. 06421/12170.

J. Weber

Surinam



In dem südamerikanischen Staat Surinam übernahmen am 25. Februar d.J. nach einem Militärputsch junge Offiziere die Macht. Grund für den Regierungswechsel war zum einem die allgemeine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlich-sozialen Situation im ehemaligen Niederländisch-Guyana (seit November 1975 ist Surinam unabhängig). Ein zweiter Grund war der anhaltende Konflikt zwischen Premierminister Henk Arron und der kürzlich gegründeten Soldatengewerkschaft. H. Arron, der der kreolischen Nationalen Partei Surinams (NPS) angehört, hatte es nicht geschafft die Spannungen unter den ethnischen Gruppen der Bevölkerung einzudämmen (37% Inder, 30% Kreolen, 15% Javaner, Chinesen usw.) noch ökonomische Verbesserungen zu erzielen. Die hohe Arbeitslosigkeit von 30% zwang in den letzten vier Jahren 180.000 Surinamesen (Restbevölkerung 300.000) in die Niederlande abzuwandern. Niederländische und US-amerikanische Aluminium-, Edelmholz- und Fruchtkonzerne wie die Aluminium Company of America, Shell oder United Brands kontrollieren die Schlüsselpositionen der surinamesischen Wirtschaft.

Der neue achtköpfige Nationale Militärrat fand bei der Bevölkerung, den beiden größten Gewerkschaftsvereinigungen PWO und SWMB und den Oppositionsparteien Unterstützung, nachdem er unmittelbar erklärt hatte, die demokratischen Rechte des Landes zu respektieren und eine „Neuorientierung und den Wiederaufbau“ realisieren zu wollen. Mitte März d.J. wurde eine neue Zivilregierung eingesetzt, deren Ministerpräsident Henk R. Chin-a-sen ist.

Liberia

Nachdem am 3. März 1980 eine Demonstration der antiimperialistischen Fortschrittlichen Volkspartei (PPP) in Monrovia, William Tolbert, den Staatspräsidenten und Führer der seit 1878 regierenden Wahren Liberalen Partei (TWP), nicht zur Freilassung verhafteter PPP-Mitglieder bewegen konnte, kam es am 8. März d.J. zu einem Generalstreik. Die Regierung reagierte mit der Verhaftung von 45 führenden Mitgliedern der PPP, darunter ihres Vorsitzenden Gabriel Matthews. W. Tolbert beschuldigte die PPP in der Nacht vom 3. auf den 4. März einen bewaffneten Aufstand geplant zu haben. Den Verhafteten droht deshalb die Todesstrafe.

Liberia, auch Firestone-Republik genannt, weil dieser US-Reifenkonzern dort riesige Kautschukplantagen besitzt, stand seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1847 unter der Regie der USA: so rekrutierte sich die bürgerliche Oberschicht stets aus den 2% der Gesamtbevölkerung ausmachenden Amerika-Liberianern (Abkommen afroamerikanischer Sklaven), die sich 60% des Nationaleinkommens aneignen. Dies und eine extrem neokolonialistische Politik der „offenen Tür“ bewirkte die Verarmung großer Teile der Bevölkerung (1,7 Mio).

Als Anfang 1979 die Regierung den Preis des Hauptnahrungsmittels Reis erhöht hatte, war es am 14. April vorigen Jahres zu einer Demonstration mit 50.000 Teilnehmern gekommen, bei der man über 100 Menschen erschossen und mehr als 40 verhaftet hatte. Sie war organisiert worden von der Progressiven Allianz Liberias (PAL), der Bewegung für Gerechtigkeit in Afrika (MOJA) und dem Studentenverband LNSU. Die PAL, die im Jahr 1979 50.000 Mitglieder und Sympathisanten zählte, war 1975 in New York gegründet und nach langen Auseinandersetzungen im Dezember 1979 als PPP zugelassen worden.

Zwar wurden damals die Preiserhöhung zurückgenommen und die Verhafteten freigelassen (wegen der OAU-Konferenz in Liberia), aber die Regierung versuchte weiterhin mit der Einschränkung der Gewerkschaftsrechte, mit Veränderungen des Wahlrechts und weiteren

Verhaftungen den Einfluß der linken Opposition zurückzudrängen. Diese aber sind heute stärker als je zuvor.

Türkei

Die zuletzt durch westliche Milliardenkredite (siehe AIB-Aktuell in diesem Heft) aufgefrischten Rechtskräfte in der Türkei drängen auf eine härtere Gangart. Nachdem die Oberkommandierenden der drei türkischen Teilstreitkräfte und der Gendarmerie in einer gemeinsamen „Warnung“ den politischen Parteien des Landes Anfang d.J. ihre Putschbereitschaft signalisiert hatten, erinnerten sie bald darauf erneut an chilenische Verhältnisse: Mitte Februar d.J. wurden im Stadion von Izmir Tausende Gegner des Regierungskurses S. Demirels vom Militär zusammengetrieben, Verhören und brutalen Mißhandlungen unterzogen.

Anlaß war ein Arbeitskampf. In Izmir hatten 11.000 Arbeiter des agroindustriellen Staatskonzerns Tarsis ihre angekündigte Entlassung mit einer dreitägigen Betriebsbesetzung beantwortet. Ein blutiger Polizei- und Militäreinsatz folgte. Einen daraufhin vom progressiven Gewerkschaftsbund DISK ausgerufenen Generalstreik unterstützten in Izmir 45.000 Arbeiter. Durch den Einsatz von über 10.000 Soldaten, Panzern, Hubschraubern und Flugzeugen wurden die Massenproteste noch einer Woche andauernder Kämpfe unterdrückt: 11 Tote und über 100 Verletzte waren das Resultat.

Libanon

Knapp ein Jahr nach der Unterzeichnung des Separatfriedensvertrages zwischen Israel und Ägypten in Washinton (26. März 1979, Einschätzung siehe AIB, Nr. 5/1979) „normalisierten“ beide Staaten ihre Beziehungen mit dem Austausch von Botschaftern und der Eröffnung des Grenzverkehrs Ende Februar d.J. Mitte Februar d.J. hatten die Begin- und Sadat-Regierung jeweils einen neuen sog. Autonomieplan für Gaza und das Westjordangebiet vorgelegt, um die festgefahrenen Gespräche über eine palästinensische „Autonomie“ (in einer neuerlichen Verhandlungsrunde mit dem US-Unterhändler Sol Linowitz Ende März in Kairo) aus der Sackgasse herauszuführen. Diese „Normalisierung“ wurde begleitet von den seit dem Sommer 1979 stärksten Bombardements durch die Streitkräfte Israels und des Separatisten-Majors Saad Haddad im Südlibanon (zu S. Haddads Separatistaat, proklamiert im April 1979, siehe AIB, Nr. 9/1979, S. 22-27).

Im Februar d.J. auch gab die syrische Assad-Regierung den Teilabzug ihrer Truppen, die Bestandteil der 1976 installierten Arabischen Friedensstreitmacht sind, aus Beirut bekannt. Die saudische Regierung hatte ihr die Finanzierung entzogen. Die Stelle der syrischen Einheiten nahm am 6.3.1980 die reorganisierte, mittlerweile 22.000 Mann starke libanesisch-ägyptische Armee ein, die dem Kommando von Präsident Elias Sarkis untersteht. E. Sarkis gab am gleichen Tage eine Prinzipienklärung ab, in der er die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Staatsautorität auf dem gesamten Territorium herausstrich. Das südlibanonische Territorium, das die Truppen S. Haddads kontrollieren, sei als von Israel okkupiert zu betrachten. Allerdings ließ der libanesisch-ägyptische Staatspräsident gleichzeitig die Legitimität der bewaffneten Präsenz der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Teilen des Libanon unerwähnt (vgl. El Moudjahid, Algier, 7.-8.3.1980).

Das PLO-Exekutivkomitee hat deshalb in Stellungnahmen im Februar/März d.J. darauf verwiesen, daß die palästinensische Präsenz durch das bilaterale Abkommen von Kairo aus dem Jahr 1969 und mehrere Beschlüsse Arabischer Gipfelkonferenzen abgesegnet ist. Der Revolutionsrat der stärksten PLO-Organisation Al Fatah brachte Mitte Februar d.J. die Libanon-Ereignisse in Zusammenhang mit „der Gefahr der letzten US-Aktivitäten im Gefolge der Afghanistan-Ereignisse, die darauf zielen, die Befreiungsbewegung der Region niederzuschlagen... Das hauptsächliche und erste Ziel der US-Ränke in der Region ist es, einen Schlag gegen die palästinensische Revolution zu führen und ihre Wirksamkeit zu reduzieren, speziell im libanesischen Gebiet, das kontinuierlich Gegenstand von Verschwörungen und Druckmaßnahmen seitens der USA, Israels und ihrer Agenten ist. Diese Kräfte suchen jetzt einmal mehr die Situation im Libanon auszunutzen, wobei sie die syrische Neugruppierung innerhalb der Arabischen Trennungstreitkräfte (ADF) ausschalten, um so den Weg für eine erneute israelische Aggression gegen die palästinensische Revolution und die syrischen Kräfte frei zu machen“. (Palestine, Beirut, Nr. 3/16.-29.2.1980)

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Was bringt der Brandt-Bericht?

Nach zweijähriger Arbeit hat nunmehr die Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz von Willy Brandt ihren Bericht vorgelegt (erschienen inzwischen als Buch unter dem Titel „Das Überleben sichern“ bei Kiepenheuer & Witsch, 19,80 DM). Worum ging es in dieser Kommission, die 1977 auf Initiative des Weltbankpräsidenten Robert McNamara zustande gekommen war?

Die Forderung nach einer Umstrukturierung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, mit der sich die Brandt-Kommission befaßte, war zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1971-80) in den Mittelpunkt der internationalen Auseinandersetzungen um Fragen der Schaffung gerechterer Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern gerückt. Auf der 6. UN-Sondergeneralversammlung 1974 hatten diese Forderungen in der Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten ihren dokumentarischen Niederschlag gefunden.

Seither waren alle Konferenzen zur Umsetzung der darin enthaltenen Vorstellungen in praktische Politik an der zunehmend härteren Haltung des Imperialismus gescheitert. Sowohl bei UNCTAD IV (Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) 1976 in Nairobi als auch bei UNCTAD V in Manila 1979 (siehe AIB, Nr. 7-8/1979) konnten nur minimale Fortschritte erzielt werden. Die internationale Seerechtskonferenz, bei der ein Teilaspekt, die Nutzung der Meeresressourcen, verhandelt wird, tritt auf der Stelle, und die jüngst in Neu Delhi vonstattengegangene 3. UN-Konferenz für industrielle Entwicklung (UNIDO) verdeutlichte erneut, daß die kapitalistischen Industrieländer einen Konfrontationskurs fahren.

„Der Süden – Wachstumsmotor des Nordens“

Der Brandt-Kommission oblag es, Ansätze für einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu formulieren und perspektivisch eine Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade zu entwerfen, wie dies 1969 von dem allerdings sehr rasch obsolet gewordenen Pearson-Bericht für die Zweite Entwicklungsdekade versucht worden war.

Die quasi erkenntnisleitende Idee des Brandt-Berichts liegt in der Hervorhebung der gemeinsamen Interessen zwischen einer imaginären Einheit des Nordens, sprich den kapitalistischen und den sozialistischen Industrieländern, und dem Süden, den sog. Entwicklungsländern. Eine Gemeinsamkeit, deren realer Kern zwar in der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung angesiedelt ist, die aber im Kommissionsbericht stark von moralisierenden und sozialpartnerschaftlichen Elementen durchdrungen ist. Ihr letztendliches Ziel ist in der Milderung der Krisenhaftigkeit des Weltwirtschaftssystems mit keynesianischen Mitteln zu suchen. „Der Süden als Wachstumsmotor für den Norden“, wie es die Kommission ausdrückt. Weder findet eine Analyse der Ursachen der anhaltenden Krise im Weltmaßstab statt, noch wird auf die tatsächlich bestehenden Abhängigkeiten und Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Industrieländern und ihren ehemaligen Kolonien in ausreichender Weise eingegangen.

Gleichwohl bietet der Bericht Diskussionsvorschläge an für die internationalen Auseinandersetzungen der 80er Jahre, die in wesentlichen Punkten mit den Vorstellungen der Entwicklungsländer über die Neugestaltung der Weltwirtschaft identisch sind; und dies, so gilt es hervorzuheben, unter Beteiligung von maßgeblichen Vertretern der kapitalistischen OECD-Staaten wie dem ehemaligen Premierminister Heath aus Großbritannien oder dem Wallstreet-Bankier Peterson. Angesichts der wachsenden Tendenz zu einer Neuaufgabe des Kalten Krieges verdient die Betonung des Zusammenhangs von Frieden, Abrüstung und Entwicklung durch die

Kommissionsmitglieder besondere Beachtung.

Um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zu finden und um ihre weitere Zuspitzung zu verhindern, schlägt die Kommission nicht nur ein Notprogramm für die Jahre 1980 bis 1985 zur unmittelbaren Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer vor. Sie stimmt auch und vor allem längerfristigen Struktur-reformen der Weltwirtschaft und internationaler Organisationen zugunsten der Entwicklungsländer prinzipiell zu. Die zentralen Elemente des integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD, mit Ausnahme der Koppelung der Rohstoffpreise an die Preise für Industriegüter (Indexierung), fanden in die Überlegungen der Brandt-Kommission Eingang. Zwar fällt der Bericht etwa in der Frage der Nationalisierung von Auslandskapital in Entwicklungsländern mit der Empfehlung der Übernahme international üblicher Entschädigungsregelungen hinter die ökonomische Charta der UNO zurück und lassen sich auch in anderen Punkten weitgehendere Vorschläge in UN-Resolutionen oder UNIDO-Papieren finden. Doch muß der Maßnahmenkatalog des Brandt-Berichts insgesamt als ein positiver Beitrag gewertet werden, der – würde er durchgesetzt – die Positionen der Entwicklungsländer stärkt. (Eine detailliertere Analyse der einzelnen Empfehlungen des Berichts folgt in AIB, Nr. 5/1980.)

Die teils heftigen Reaktionen auf den Bericht nehmen daher nicht Wunder. Die Zuspitzung der politischen Weltlage im Zuge der Afghanistankrise (siehe Beitrag zur Carter-Doktrin in AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.) und das In-den-Vordergrund-Rücken kurzfristiger Interessen der Systemsicherung bei imperialistischen Strategen wie J. G. Todenhöfer läßt überdies den Brandt-Bericht als untaugliches Instrumentarium zur „Eindämmung des Kommunismus“ erscheinen. Aber auch von flexibleren imperialistischen Kreisen, wie dem BRD-Außenministerium, das eine Bereitschaft zur Diskussion dieser Vorschläge anzeigt, wird ²¹ Befürchtung geäußert, daß die Entwicklungsländer sich sozusagen legitimatorisch auf die Ergebnisse der Brandt-Kommission bei den weiteren Nord-Süd-Verhandlungen berufen könnten.

Die Aussichten für die Realisierung der Empfehlungen der Brandt-Kommission erscheinen daher nicht gerade rosig. Aufgrund des durch die Beteiligung von Vertretern der kapitalistischen Länder und der Entwicklungsländer bereits erreichten Kompromisses muß dem Bericht jedoch ein hohes Gewicht beigemessen werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Ende August/Anfang September des Jahres anstehenden Sondervollversammlung der UNO zur Neuen Internationalen Entwicklungsstrategie.



Nord-Süd-Kommissions-Mitglieder W. Brandt (vorne), Heath (l.) u. a. auf Visite in Saudi-Arabien.